

Im Blickpunkt

FRAUEN IN DEUTSCHLAND



Im Blickpunkt

FRAUEN IN DEUTSCHLAND

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

**Texte und
Redaktion:** Gruppe I C
Jeannette Nagel
e-mail: jeannette.nagel@destatis.de
Tel.: +49 (0) 611 / 75 33 84
Fax: +49 (0) 611 / 72 40 00

**Daten-
recherche:** Gruppe I C
Barbara Janke
e-mail: barbara.janke@destatis.de
Tel.: +49 (0) 18 88 / 6 44 94 35
Fax: +49 (0) 18 88 / 6 44 94 40

Fachliche Informationen zu dieser Publikation erhalten Sie von den Ansprechpartnern auf Seite 79.

Allgemeine Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes erhalten

Sie im Internet unter www.destatis.de oder

von unserem Informationsservice:

e-mail: info@destatis.de

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Erschienen im März 2004

Preis: EUR 14,80 [D]

Bestellnummer: 1021211-03900

ISBN: 3-8246-0706-9

Fotorechte:

Titelbild: 541030/©digitalvision

Kapitel 4: 55740/©One to X

Kapitel 1: 21863/©One to X

Kapitel 5: b_0262/©irisblende.de

Kapitel 2: AA039554/©gettyimages.de

Kapitel 6: p_0075/©irisblende.de

Kapitel 3: 20222/©One to X

Kapitel 7: BON-436-ARG-GER/©Bongarts

Vertriebspartner: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH

Postfach 43 43

72774 Reutlingen

Tel.: +49 (0) 7071 / 93 53 50

Fax: +49 (0) 7071 / 93 53 35

destatis@s-f-g.com

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf stets der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

In Deutschland sind Frauen in wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen noch immer nicht entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. Frauen haben oft eine andere Lebensplanung als Männer. Sie wählen vielfach andere Berufe und Studienfächer als ihre männlichen Altersgenossen. Sind Kinder zu betreuen, schränken insbesondere Mütter ihre Erwerbstätigkeit zeitlich ein, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

In der Vergangenheit haben Staat und Gesellschaft – über die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz hinaus – vieles unternommen, um eine Gleichstellung von Mädchen und Frauen zu erreichen. Dazu gehört die Erweiterung des Artikels 3 Absatz 2 unseres Grundgesetzes im Jahr 1994 um die Verpflichtung des Staates, die tatsächliche Gleichstellung zu fördern und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen. Im Jahr 2001 wurden die gesetzlichen Regelungen für eine berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern (mit dem Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung) und für eine Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit (insbesondere mit dem Gesetz zur Elternzeit) verbessert.

Die Neuauflage des Blickpunktbandes “Frauen in Deutschland” meines Hauses soll einen umfassenden Überblick über die Situation von Mädchen und Frauen in Deutschland bieten und ist sowohl für Experten und Entscheidungsträger in Politik und Wissenschaft als auch für die interessierte Öffentlichkeit geschrieben. Die Veröffentlichung stellt im Text mit übersichtlichen Grafiken und Tabellen die Situation der weiblichen Bevölkerung aus demographischer Sicht dar und geht auf den Bildungs- und Ausbildungsstand von Mädchen und Frauen ein. Formen der Erwerbstätigkeit von Frauen werden ebenso dargestellt wie ihre Lebensumstände und es wird deren finanzielle Situation beleuchtet. Weiterhin wird die gesundheitliche Situation von Frauen betrachtet und ihre Beteiligung am öffentlichen Leben vorgestellt.

Allen, die an dieser Publikation mitgewirkt haben, danke ich ganz herzlich und wünsche dem neuen Blickpunktband eine große Verbreitung.

Johann Hahlen

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

Vorwort	3
Allgemeine Vorbemerkungen	5
Zusammenfassung.	6
1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung	9
Anteil an der Gesamtbevölkerung — Geburtenhäufigkeit — Lebenserwartung — Wanderungen — Altersstruktur — Geburten und Sterbefälle	
2 Bildung und Ausbildung	15
Generelles Bildungsniveau — Allgemeine Schulausbildung — Berufliche Bildung — Hochschulausbildung	
3 Frauen im Erwerbsleben	25
Erwerbsbeteiligung — Erwerbstätigkeit — Frauen in Führungspositionen — Frauen im öffentlichen Dienst — Arbeitslosigkeit	
4 Wie Frauen leben	35
Familienstand — Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften — Allein erziehende Mütter — Allein lebende Frauen — Mutterschaft und Kinderbetreuung — Zeitverwendung	
5 Finanzielle Situation von Frauen	47
Lebensunterhalt — Löhne und Gehälter — Sozialhilfe — Arbeitslosengeld und -hilfe — Krankenversicherung — Renten	
6 Frauen und Gesundheit	61
Gesundheitszustand — Krankenhausaufenthalte — Entbindungen — Schwangerschaftsabbrüche — Schwerbehinderte — Übergewicht — Rauchgewohnheiten — Verkehrsunfälle — Häufigste Todesursachen — AIDS	
7 Frauen im öffentlichen Leben	73
Wahlbeteiligung — Gewählte Abgeordnete — Frauen in Gewerkschaften — Frauen in Vereinen	
Ansprechpartner	79

Allgemeine Vorbemerkungen

Gebietsstand

Deutschland: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Früheres Bundesgebiet: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990 einschließlich Berlin-West.

Neue Länder und Berlin-Ost: Angaben für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie für Berlin-Ost.

Abkürzungen

Maßeinheiten

Mill.	=	Millionen
%	=	Prozent

Sonstige Abkürzungen

ABM	=	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
BA	=	Bundesagentur für Arbeit
BMI	=	Body-Mass-Index
CGB	=	Christlicher Gewerkschaftsbund
DBB	=	Deutscher Beamtenbund
DGB	=	Deutscher Gewerkschaftsbund
EU	=	Europäische Union
IT	=	Informationstechnik
IuK	=	Telekommunikation, Informationstechnik und Medien
ver.di	=	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
WHO	=	Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen

Zeichenerklärung

.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
–	=	nichts vorhanden
/	=	Keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Zusammenfassung

Die vorliegende Veröffentlichung informiert über die aktuelle Situation von Mädchen und Frauen in Deutschland. Sie zeichnet anhand von statistischen Daten aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ein umfassendes Bild, wie Mädchen und Frauen derzeit in Deutschland leben. Dabei wird anhand von Texten mit übersichtlichen Grafiken und Tabellen verdeutlicht, in welchen Bereichen unserer Gesellschaft Frauen gegenüber Männern über- bzw. unterrepräsentiert sind und in welchen Lebensbereichen sich Frauen anders verhalten als Männer. Darüber hinaus wird Veränderungen der Lebenssituation von Mädchen und Frauen seit Anfang der 1990er-Jahre nachgegangen und Unterschiede zwischen den Lebensumständen der Frauen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost werden dargestellt.

Eine Einführung in das Thema gibt das erste Kapitel, welches die Situation der Mädchen und Frauen aus demographischer Sicht vorstellt. Gegenwärtig liegt der Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Deutschlands bei 51 %. Die Lebenserwartung von Frauen, ihr Wanderungsverhalten und mit welcher Häufigkeit sie Nachwuchs bekommen, sind die Themen des ersten Kapitels. Die Auswirkungen dieser Aspekte auf die Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands heute und in Zukunft werden ebenfalls beleuchtet. Frauen bekommen durchschnittlich 1,4 Kinder im Laufe ihres Lebens und haben eine höhere Lebenserwartung als Männer. Ab einem Alter von 56 Jahren sind Frauen in unserer Gesellschaft z. T. deutlich zahlreicher vertreten als Männer. In Zukunft werden ältere Frauen einen noch größeren Teil der Bevölkerung Deutschlands ausmachen, der Anteil jüngerer Frauen wird dagegen weiter schrumpfen.

Im zweiten Kapitel werden die schulischen und beruflichen Qualifikationen von Frauen betrachtet. Das

Kapitel geht darauf ein, in welchen Schultypen Frauen stärker als Männer vertreten sind und es zeigt, dass Mädchen und Frauen andere Berufe bzw. Studienfächer als Jungen bzw. Männer wählen. Darüber hinaus informiert das Kapitel, zu welchem Anteil Frauen in verschiedenen Positionen der akademischen Laufbahn vertreten sind. Während Frauen in allgemein bildenden Schulen vor allem in Realschulen und Gymnasien die Mehrheit stellen und auch unter den studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern zu 53 % vertreten sind, sind sie in allen Stadien der akademischen Laufbahn in der Minderheit.

Immer mehr Frauen versuchen, Berufsleben und Familie miteinander zu vereinbaren. Die nächsten beiden Kapitel sind deshalb diesen Themen gewidmet. Das dritte Kapitel informiert zu Beginn über die generelle Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Im Jahr 2002 waren 44 % der Erwerbstätigen weiblich, von ihnen waren über die Hälfte im Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt waren 40 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen, im öffentlichen Dienst lag der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen geringfügig höher (43 %). Darüber hinaus stellt das dritte Kapitel dar, auf welche Weise eine Familiengründung die Erwerbstätigkeit von Frauen beeinflusst. 61 % der Mütter waren im Jahr 2002 aktiv erwerbstätig (also nicht wegen Elternzeit beurlaubt), aber ein deutlich größerer Anteil der Väter ging aktiv einer Erwerbstätigkeit nach (86 %). Inwiefern Frauen gegenwärtig von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wird im weiteren Verlauf des Kapitels deutlich: Insgesamt waren weniger als die Hälfte der arbeitslos gemeldeten Personen im Jahr 2002 weiblich.

Das vierte Kapitel beschreibt, auf welche Art und Weise Mädchen und Frauen in Deutschland leben und wohnen. Dabei werden neben den traditionellen auch neuere Formen des Zusammenlebens angesprochen. Die Angaben für das Jahr 2002 zeigen,

dass weniger als ein Drittel (29 %) der weiblichen Bevölkerung Deutschlands als Ehegattin, Lebenspartnerin oder alleinerziehende Mutter in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft lebte. Außerdem informiert das Kapitel anhand von Daten aus der Zeitbudgeterhebung, wie und für welche Tätigkeiten Frauen ihre Zeit verwenden, um u. U. Anforderungen einer Erwerbsarbeit und in der Familie gerecht zu werden. Der Text macht deutlich, dass insbesondere Mütter ihre Erwerbstätigkeit zeitlich einschränken, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Das fünfte Kapitel informiert über die finanzielle Situation von Frauen. Zunächst wird darauf eingegangen, auf welche Weise Frauen ihren Lebensunterhalt decken. Die Angaben zeigen, dass die weibliche Bevölkerung stärker als die männliche vor allen von Unterhaltsleistungen Angehöriger abhängig ist. Inwiefern sich die Verdienste zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie zwischen weiblichen und männlichen Angestellten unterscheiden und worin die Gründe dafür liegen, werden hier ebenfalls genauer unter die Lupe genommen. Dabei zeigt sich, dass der geschlechtsspezifische Verdienstabstand bei Arbeiterinnen und Arbeitern geringer als zwischen weiblichen und männlichen Angestellten ist und dass dieser geschlechtsspezifische Verdienstabstand z. T. anhand von Unterschieden in den Arbeitszeiten, durch differierende berufliche Qualifikationen und über Unterschiede in den ausgeführten Tätigkeiten erklärt werden kann. Inwieweit Mädchen und Frauen von Mitteln aus der Sozial- und Arbeitslosenversicherung abhängig sind und welche Rentenansprüche Frauen im Unterschied zu Männern besitzen, wird im weiteren Verlauf des Kapitels verdeutlicht.

Im sechsten Kapitel steht die gesundheitliche Situation von Mädchen und Frauen im Mittelpunkt. Angesprochen wird u. a., aus welchen Gründen Frauen ein Krankenhaus aufsuchen, wie hoch ihr Anteil an den Schwerbehinderten ist, ob Frauen häufiger übergewichtig als Männer sind und wie hoch das Risiko

für Frauen ist, bei einem Verkehrsunfall zu Schaden zu kommen. Die Daten zeigen, dass Frauen häufiger krank sind als Männer aber ein geringeres Risiko als Männer haben, im Straßenverkehr bei einem Unfall zu Schaden zu kommen. Die häufigsten Gründe für einen stationären Krankenhausaufenthalt sind bei Frauen eine Entbindung oder die Diagnose Brustkrebs.

Am Schluss des Bandes wird die Beteiligung von Mädchen und Frauen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens vorgestellt. Dabei wird nicht nur das Wahlverhalten der weiblichen Bevölkerung Deutschlands analysiert, sondern auch ihre Partizipation in Gewerkschaften, in Sportverbänden und im Deutschen Sängerbund. Frauen beteiligten sich mit 79 % ähnlich stark an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag wie Männer (80 %), sie bevorzugten jedoch anderen Parteien: 42 % der ostdeutschen Wählerinnen gaben ihre Stimme der SPD.

1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Der größte Teil der Bevölkerung unseres Landes ist weiblich. 51 % (42,2 Mill.) der insgesamt 82,5 Mill. Menschen in Deutschland waren Ende 2002 Mädchen und Frauen. Das Geschlechterverhältnis hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr ausgeglichen. Während 1961 z. T. nachkriegsbedingt 1 000 Männern noch 1 127 Frauen gegenüberstanden, waren es Ende 2002 nur noch 1 045 Frauen.

3,5 Mill. Ausländerinnen lebten Ende 2002 in Deutschland, das waren mehr als 47 % der 7,3 Mill. Einwohner Deutschlands mit einem ausländischen Pass. In Deutschland lebende Staatsbürger aus Polen, der Russischen Föderation, der Ukraine und Frankreich sind überwiegend Mädchen und Frauen, obwohl der größere Teil aller in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Jungen und Männer sind. Den größten Anteil an allen Ausländerinnen nehmen türkische Mädchen und Frauen ein, gefolgt von Mädchen und Frauen aus Serbien/Montenegro, Italien und Griechenland.

1,4 Kinder pro Frau

Die Geburtenhäufigkeit wird – über die absoluten Zahlen hinaus – vorrangig mit der „zusammengefassten Geburtenziffer“ beschrieben. Diese gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens geboren hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden.

Gegenwärtig liegt die zusammengefasste Geburtenziffer für das frühere Bundesgebiet bei rund 1,4 Kindern pro Frau. In den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt die Geburtenhäufigkeit zurzeit auf einem niedrigeren Niveau (1,2 Kinder pro Frau). In der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird jedoch angenommen,

dass diese sich bis 2010 an die Geburtenhäufigkeit im früheren Bundesgebiet angleichen wird. Somit dürfte sich die zusammengefasste Geburtenziffer für ganz Deutschland langfristig auf einem Niveau von 1,4 Kindern pro Frau stabilisieren.

Eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau bedeutet, dass jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt wird. Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu erhalten, müssten im Durchschnitt pro Elternpaar jedoch etwas mehr als zwei Kinder geboren werden (zusammengefasste Geburtenziffer von 2,1 pro Frau), die, wenn sie erwachsen sind, selbst wieder mindestens zwei Kinder bekommen und so die vorangegangenen Generationen ersetzen. Die seit Jahren zu beobachtende niedrige Geburtenhäufigkeit führt zu einer sinkenden und alternden Bevölkerung.

Frauen leben länger

Insgesamt leben die Menschen in Deutschland heute wesentlich länger als vor hundert Jahren. Ein heute (1999-2001) geborenes Mädchen hat eine Lebenserwartung von 81 Jahren, ein vor hundert Jahren neugeborenes Mädchen hatte dagegen nur eine

Tab. 1.1: Lebenserwartung

Vollendetes Alter in Jahren	Sterbetafel				
	1891/1900	1932/1934	1960/1962	1986/1988	1999/2001
Männer					
0	40,6	59,9	66,9	72,2	75,1
1	51,9	64,4	68,3	71,9	74,5
20	41,2	48,2	50,3	53,4	55,8
40	25,9	30,8	31,9	34,5	36,8
60	12,8	15,1	15,5	17,6	19,5
80	4,2	4,8	5,2	6,1	7,1
Frauen					
0	44,0	62,8	72,4	78,7	81,1
1	53,8	66,4	73,5	78,2	80,4
20	43,4	49,8	55,2	59,6	61,6
40	28,1	32,3	36,1	40,1	42,1
60	13,6	16,1	18,5	22,0	23,7
80	4,5	5,2	5,9	7,6	8,6

Tab. 1.2: Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2000

Land	Alter
Japan	84,0
Frankreich	82,7
Spanien	82,7
Italien	82,4
Schweden	82,0
Luxemburg	81,3
Österreich	81,2
Deutschland	81,1
Finnland	81,0
Belgien	80,8
Griechenland	80,6
Niederlande	80,5
Vereinigtes Königreich	80,2
Vereinigte Staaten	79,9
Portugal	79,7
Dänemark	79,3
Irland	79,2

Quelle: Eurostat.

Lebenserwartung von 44 Jahren. Die höhere Lebenserwartung von Neugeborenen ist zum einen auf die stark gesunkene Säuglingssterblichkeit zurückzuführen, zum anderen auf Fortschritte im Gesundheitswesen, der Hygiene, der Ernährung, der Wohnsituation, der Arbeitsbedingungen sowie auf den gestiegenen materiellen Wohlstand der Bevölkerung.

Auch die Lebenserwartung der Älteren in Deutschland ist gestiegen. Eine 60-jährige Frau hatte vor hundert Jahren eine Lebenserwartung von knapp 14 weiteren Jahren, heute liegt diese rund zehn Jahre höher. Tabelle 1.1 zeigt die Entwicklung der Lebenserwartung für verschiedene Altersjahre für Frauen und Männer während des letzten Jahrhunderts.

Wie die Daten in Tabelle 1.1 veranschaulichen, ist die Lebenserwartung von Frauen höher als die von Männern. Für ein im Zeitraum von 1999 bis 2001 neugeborenes Mädchen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung sechs Jahre höher als für einen im gleichen Zeitraum geborenen Jungen. Parallel dazu hat eine 60-jährige Frau eine um vier Jahre höhere Lebenserwartung als ein gleich alter Mann.

Zudem hat sich die Lebenserwartung von Frauen seit Anfang des 20. Jahrhunderts deutlicher verbessert als die von Männern. Vor allem die Lebenserwartung von Frauen höherer Altersgruppen ist stärker gestiegen als die Lebenserwartung von Männern.

Trotz aller positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte liegt die Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen in Deutschland im internationalen Vergleich nicht an der Spitze. Tabelle 1.2 enthält eine ganze Reihe von Staaten, in denen Mädchen bei Geburt eine höhere Lebenserwartung als in Deutschland geborene Mädchen aufweisen. Allen voran ist die Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen in Japan mit 84 Jahren sowie in Spanien und Frankreich mit knapp 83 Jahren am höchsten.

Der Anstieg der Lebenserwartung der älteren Menschen hat erhebliche Auswirkungen auf die Altersversorgung. Die ältere Generation ist zahlenmäßig größer als frühere, es gibt potenziell mehr Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher und der Ruhestand dauert länger. Demzufolge verlängert sich die Zeit, in der Renten bezogen werden.

Frauen wandern weniger aus

Bei der Außenwanderung überwiegen sowohl bei Zu- als auch bei Fortzügen die Männer. Im Jahr 2002 wanderten 843 000 Personen nach Deutschland zu, 43 % von ihnen waren Frauen (361 000). Dagegen zogen 623 000 Personen aus Deutschland fort, 37 % von ihnen waren weiblichen Geschlechts (232 000). In diesem Jahr sind damit insgesamt 219 000 mehr Menschen nach Deutschland zugezogen als im selben Jahr Deutschland verließen.

Innerhalb Deutschlands zogen im Jahr 2002 rund 3,8 Mill. Menschen um, von ihnen waren knapp 50 % Frauen (1,9 Mill.).

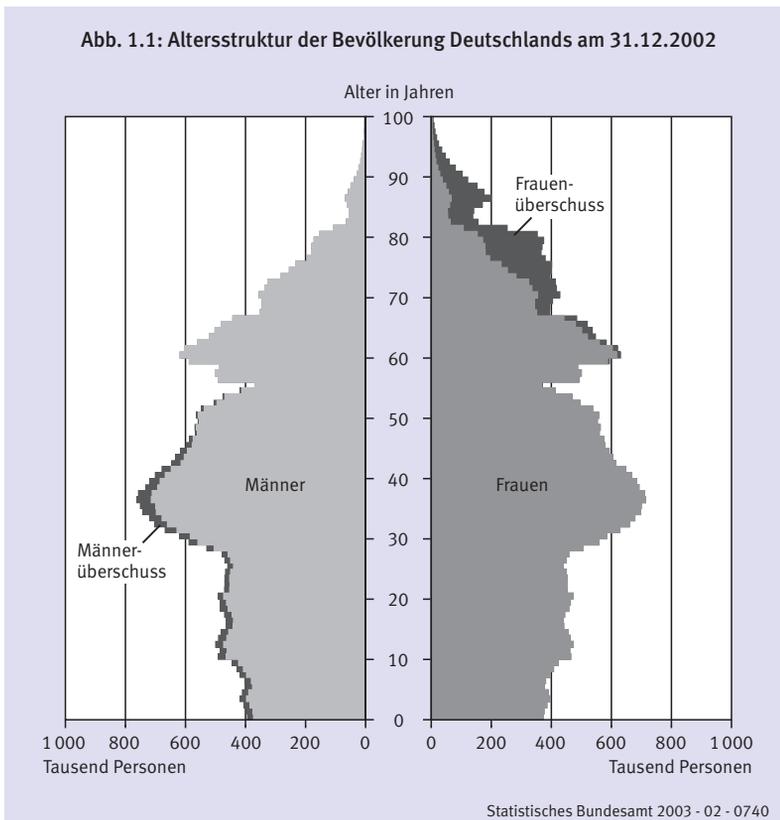
Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Jeder siebte Einwohner Deutschlands ist weiblich und 60 Jahre oder älter

Die Altersstruktur einer Bevölkerungsgruppe lässt sich grafisch durch eine Alterspyramide darstellen. In dieser Grafik spiegeln sich die Geburtenhäufigkeit, die Lebenserwartung sowie das Wanderungsverhalten der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Die Alterspyramide visualisiert die Anzahl der Personen, die innerhalb einer Bevölkerungsgruppe ein bestimmtes Altersjahr erreicht haben.

Alterspyramide entstehen. Einen solchen Altersaufbau hatte noch das Deutsche Reich im Jahr 1910. Die aktuelle Bevölkerungsstruktur weicht jedoch schon lange von der idealen Pyramidenform ab: Heute gleicht der Altersaufbau Deutschlands eher einer zerzausten Wettertanne. Die stärksten Jahrgänge stellen nicht mehr die Kinder, sondern Personen in höherem Alter und die gehäuften Sterbefälle während Kriegszeiten haben zahlreiche Einschnitte in der Alterspyramide hinterlassen. Abbildung 1.1 veranschaulicht die Alterspyramide für die Bevölkerung Deutschlands am 31. Dezember 2002.

Abb. 1.1: Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands am 31.12.2002



Die Alterspyramide für das Jahr 2002 zeigt einen Männerüberschuss in der Bevölkerung Deutschlands bis zum Alter von 55 Jahren (Geburtsjahrgang 1946). Dieser Männerüberschuss in den jüngeren Jahrgängen entsteht, weil generell mehr Jungen als Mädchen geboren werden: auf 1 000 neugeborene Mädchen kommen im Durchschnitt 1 056 Jungen zur Welt. Zudem ist die Sterblichkeit im Säuglings- und Kindesalter stark zurückgegangen.

Ab dem 56. Lebensjahr ist der Anteil der weiblichen Bevölkerung größer

idealerweise steht eine Alterspyramide auf einer breiten Basis, denn die stärksten Jahrgänge stellen die Kinder. Die Besetzungszahlen der späteren Jahrgänge verringern sich allmählich als Folge der Sterblichkeit und lassen so die dreieckige Form der

als der der männlichen. Dieser Frauenüberschuss steigt bei älteren Geburtsjahrgängen an und führt zu einer beträchtlichen Frauenmehrheit an der Spitze der Alterspyramide. Sie entsteht durch die höhere Lebenserwartung von Mädchen und Frauen sowie

die stärkeren Verluste in der älteren männlichen Bevölkerung aufgrund des zweiten Weltkriegs zwischen 1939 bis 1945.

Im Jahr 2002 waren rund 14,4 Mill. Menschen in Deutschland 65 Jahre oder älter, von ihnen waren über 60 % Frauen (8,7 Mill.). Rund 5,7 Mill. Menschen waren zwischen 60 und 65 Jahre alt, darunter 2,8 Mill. Frauen (51 %). Gleichzeitig waren rund 17,1 Mill. Personen unter 20 Jahre alt, von ihnen 8,3 Mill. Frauen (49 %). Bereits heute leben somit mehr 60-Jährige und Ältere als 20-Jährige und Jüngere in Deutschland. Betrachtet man die Geschlechter getrennt voneinander, trifft diese Aussage nur auf die Frauen zu: Auf 8,3 Mill. Frauen unter 20 Jahre kommen 11,6 Mill. Frauen über 60 Jahre. Demgegenüber kommen auf 8,8 Mill. Männer unter 20 Jahre nur 8,5 Mill. Männer über 60. Ende 2002 war jeder siebte Einwohner Deutschlands weiblich und 60 Jahre oder älter, dagegen war nur jeder zehnte Einwohner männlich und über 60.

In Zukunft werden die Älteren einen noch größeren Teil der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmachen und andererseits wird sich der Anteil der jüngeren Jahrgänge in Zukunft weiter verringern. Im Jahr 2050 werden Menschen im Alter von 60 bis 64 Jahren zu den am stärksten besetzten Jahrgängen gehören. In diesen Jahrgängen werden Frauen stärker vertreten sein als die Männer. Der in der Alterspyramide für Ende 2002 ausgewiesene Frauenüberschuss wird sich nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung bis 2050 zwar abschwächen, aber weiter bestehen. Dies zeigt eine interaktive Alterspyramide im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de. Heute sind die stärksten Altersklassen die 35- bis 40-Jährigen, wobei die männliche Bevölkerung etwas überwiegt.

Jährlich sterben mehr Frauen als geboren werden

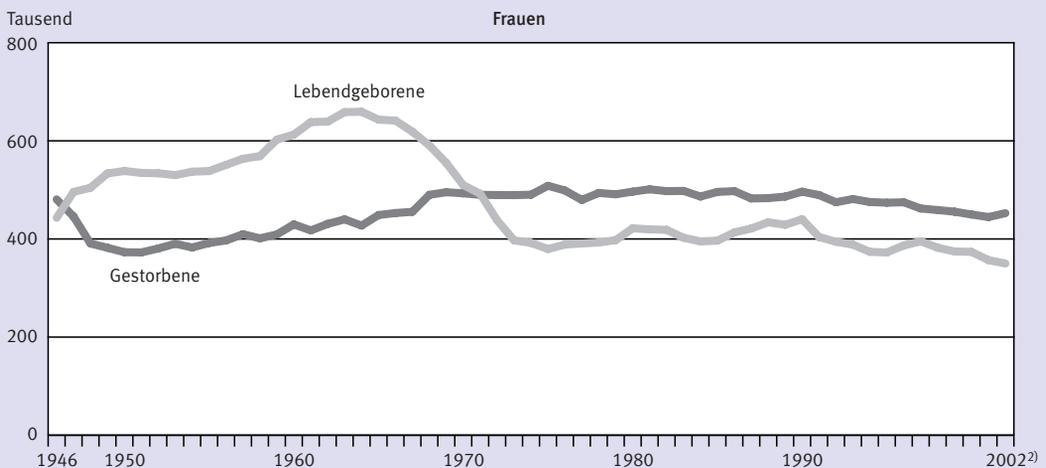
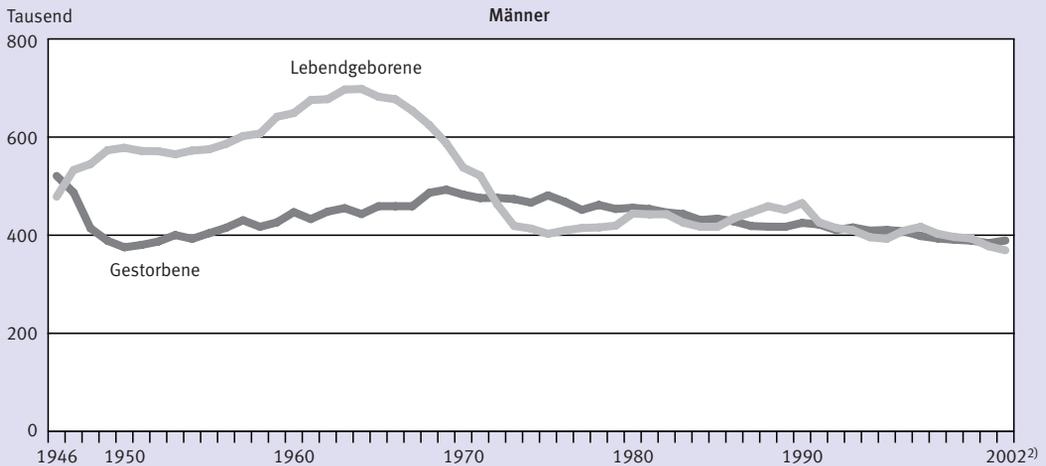
Aufgrund der allgemein höheren Lebenserwartung und eines zahlenmäßigen Überschusses der älteren Frauen liegt die Anzahl der jährlich gestorbenen Frauen höher als die der Männer. So starben im Jahr 2002 in Deutschland 453 000 Frauen, das sind 63 000 mehr als Männer. Die meisten verstorbenen Frauen waren verwitwet (62 %), dagegen war die Mehrheit der gestorbenen Männer verheiratet (62 %).

Seit 1972 sterben in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Im Jahr 2002 z. B. wurden 350 000 Mädchen und 369 000 Jungen geboren, dagegen starben 453 000 Frauen und 389 000 Männer. Da stets weniger Mädchen als Jungen geboren werden und zurzeit mehr Frauen als Männer sterben, ist das Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen bei Frauen und Männern unterschiedlich: Bei der weiblichen Bevölkerung besteht das Geburtendefizit bereits seit Jahrzehnten, bei der männlichen Bevölkerung dagegen überwogen in den vergangenen Jahrzehnten einmal die Sterbefälle und einmal die Geburten. Diese Entwicklungen veranschaulicht Abbildung 1.2 (auf der nächsten Seite).

Die Differenz zwischen der Zahl der Neugeborenen und der Gestorbenen wird sich auch in Zukunft deutlich vergrößern, denn generell ist die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland gekennzeichnet durch eine dauerhaft niedrige Geburtenhäufigkeit und eine ansteigende Personenzahl im höheren Alter. Jede neue Generation potenzieller Mütter wird kleiner sein als die vorherige. So dürfte z. B. die Anzahl Frauen im gebärfähigen Alter (von 15 bis 50 Jahren) von derzeit 19,7 Mill. auf etwa 14,2 Mill. im Jahr 2050 sinken. Auf der anderen Seite rücken die starken Jahrgänge der 35- bis 40-Jährigen in höhere Altersgruppen vor und führen zukünftig somit zum Anstieg der Sterbefälle. Es ist also mit einer sukzessive weiter aufgehenden Schere zwischen den Geburten und

Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Abb. 1.2: Lebendgeborene und Gestorbene¹⁾



1) Gestorbene ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. – 2) Für 2002 vorläufiges Ergebnis nach dem Wohnort.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0741

den Sterbefällen zu rechnen. Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird die Zahl der Gestorbenen im Jahr 2050 mehr als doppelt so groß sein wie die der Neugeborenen. Wegen des unterschiedlichen Altersaufbaus der beiden Geschlechter wird sich das steigende Geburtendefizit zunächst vor allem bei der weiblichen Bevölkerung auswirken. Zunehmende Geburtendefizite führen langfristig zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl,

wenn sie nicht durch Wanderungsüberschüsse ausgeglichen werden. Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung würde die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 bei einer konstant bleibenden Geburtenhäufigkeit selbst bei maximal angenommener Lebenserwartungszunahme und Wanderungssalden (von jährlich 200 000 bis 300 000 Personen) mit etwa 81 Mill. unter dem aktuellen Niveau liegen (Variante 9).

2 Bildung und Ausbildung

Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse zwischen Frauen und Männern bestehen immer noch Unterschiede, diese sind aber geringer als noch 1996. Dies zeigen die Daten des Mikrozensus vom April 2002, der jährlich Angaben zum Bildungsstand von Personen über 15 Jahren erfasst. Alle folgenden Zahlen beziehen sich auf Befragte, die im Rahmen des Mikrozensus Angaben zu ihrem Bildungsstand gemacht haben. So besitzen 21 % der Frauen einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, bei den Männern sind es nur 17 %. Dagegen haben 18 % der Frauen, aber 23 % der Männer die Fachhochschul- oder Hochschulreife erworben.

Mit 9 % ist der Anteil der Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss an den Frauen insgesamt auch noch 2002 weit niedriger als derjenige der Männer (14 %). Dagegen liegt der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Lehrausbildung mit 51 % nur knapp unter dem der Männer (53 %). Insgesamt haben 66 % der Frauen gegenüber 78 % der Männer eine berufliche Ausbildung abgeschlossen.

Jüngere Frauen haben gleiches Bildungsniveau wie jüngere Männer

Die teilweise erheblichen Unterschiede im Bildungsstand von Frauen und Männern in der Gesamtbevölkerung sind vor allem durch die Verhältnisse in den höheren Altersgruppen bedingt. Die Angebote des allgemeinen Bildungssystems werden heute von Frauen und Männern in gleicher Weise wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation hinsichtlich des Bildungsniveaus zwischen beiden Geschlechtern kaum noch nennenswerte Unterschiede existieren. Zudem weisen die jüngeren Jahrgänge einen höheren formalen Bildungsstand auf. 2002 besitzen in der Altersgruppe der 25- bis 35-jährigen 32 % der Frauen und 33 % der Männer eine Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber kön-

nen im gleichen Jahr von den über 65-jährigen nur 6 % der weiblichen und 14 % der männlichen Bevölkerung das Abitur vorweisen.

Was die beruflichen Bildungsabschlüsse angeht, so existieren bei den 25- bis 35-jährigen mit abgeschlossener Lehre nur noch geringfügige Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Der Anteil sowohl der jüngeren Frauen als auch derjenige der jüngeren Männer mit einem Lehrabschluss ist gegenüber 1996 zurückgegangen. Im April 2002 haben 58 % der 25- bis 35-jährigen Frauen eine Lehre abgeschlossen (1996: 62 %), bei den 65-jährigen und älteren Frauen sind es dagegen nur 43 % (1996: 39 %). Bei den Männern der beiden Altersgruppen sind die Anteile mittlerweile fast gleich groß. Sie betragen für 2002 für die 25- bis 35-jährigen Männer 57 % (1996: 60 %) bzw. 58 % für die 65-jährigen und älteren Männer (1996: 56 %).

Bei den Personen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss bestehen bei den 25- bis 35-jährigen ebenfalls nur relativ geringe Unterschiede zwischen Frauen und Männern. 14 % der Frauen gegenüber 15 % der Männer sind Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen. Bei den über 65-jährigen ist der Anteil bei den Frauen mit 3 % deutlich geringer als bei den Männern (12 %).

Tab. 2.1: Anteil der Schülerinnen an allgemein bildenden Schulen

Schulart	1991	1996	2002
	%		
Grundschulen (Klassen 1-4)	49,0	48,9	49,0
Hauptschulen	44,7	44,0	43,7
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	44,4	46,4	46,5
Realschulen	51,4	51,0	50,8
Integrierte Gesamtschulen	47,2	47,8	48,4
Gymnasien	53,7	54,4	54,3
Sonderschulen	36,8	36,4	36,7
Abendschulen und Kollegs	52,6	51,8	49,9
Insgesamt . . .	49,0	49,1	49,2

Mädchen stellen in Gymnasien und Realschulen die Mehrheit

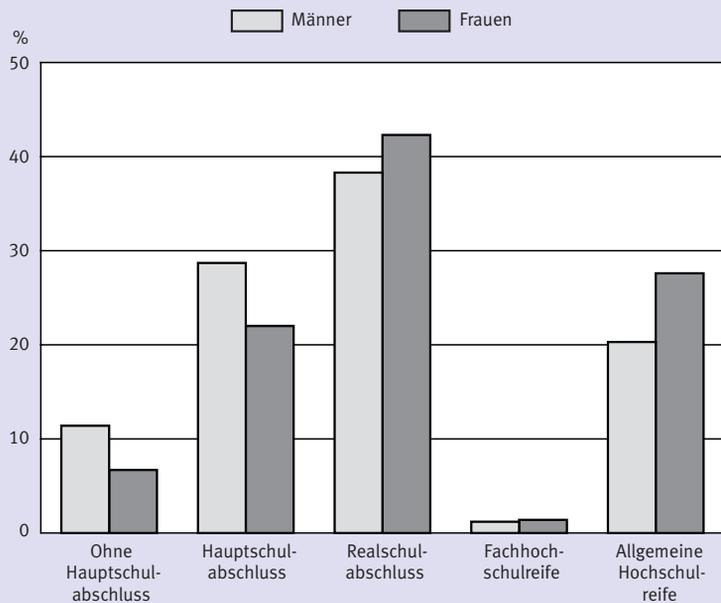
Hat ein Kind am 30. Juni eines Jahres das 6. Lebensjahr vollendet, beginnt für das Mädchen oder den Jungen die Schulpflicht. Sie beträgt in der Regel zwölf Jahre, davon neun bzw. zehn Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Nahezu alle Kinder werden in Grundschulen eingeschult, und zwar in der Regel in ihrem Wohnbereich. Als Folge davon liegt der Anteil der Mädchen in dieser Schulart genauso hoch wie in der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe.

Nach Beendigung des 4. Schuljahres ergibt sich für Schülerinnen und Schüler erstmals die Möglichkeit, die weiterführende Schule bzw. Schulart auszuwählen. Neben den drei traditionellen Bildungsgängen Hauptschule, Realschule und Gymnasium, die auf die jeweilige Abschlussart ausgerichtet sind, gibt es Schularten, die diese Entscheidung noch offen lassen. Dazu gehören die von der Schulart unabhängige Orientierungsstufe, Schulen mit mehreren Bildungsgängen, integrierte Gesamtschulen und Freie Waldorfschulen. Unter dem Begriff „Schularten mit mehreren Bildungsgängen“ sind in den einzelnen Bundesländern namentlich unterschiedliche Schularten zusammengefasst. Ihnen ist gemeinsam, dass sie sowohl zu einem Hauptschulabschluss als auch zu einem Realschulabschluss führen.

Im Schuljahr 2002/2003 besuchten knapp 10 Mill. Schülerinnen und Schüler allgemein bildende Schulen, darunter 3,1 Mill. eine Grundschule, 1,1 Mill. eine Hauptschule, 1,3 Mill. eine Realschule und 2,3 Mill. ein Gymnasium. An integrierten Gesamtschulen (einschl. Freie Waldorfschulen) lernten im selben Jahr 619 000, an Schularten mit mehreren Bildungsgängen 438 000 Schülerinnen und Schü-

Abb. 2.1: Absolventen/Abgänger der allgemein bildenden Schulen am Ende des Schuljahres 2001/2002



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0742

ler. Die Sonderschulen hatten 429 000 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2002/2003. Schulen des zweiten Bildungswegs (Abendschulen und Kollegs) wurden von mehr als 52 000 Erwachsenen besucht.

Die Anteile von Mädchen und Jungen bei den einzelnen Schularten wichen 2002 deutlich voneinander ab (siehe Tabelle 2.1). Der Anteil der Mädchen lag an Hauptschulen bei nur 44 %. Auch an den „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ und den integrierten

Gesamtschulen waren die Mädchen mit 47 % bzw. 48 % unterrepräsentiert. Dagegen stellen sie an Gymnasien (54 %) und Realschulen (51 %) die Mehrheit. Während der Anteil der Mädchen an Hauptschulen und Realschulen in den letzten Jahren abgenommen hat, ist er vor allem an Gymnasien gestiegen.

Sonderschulen werden von Mädchen weitaus seltener besucht als von Jungen. Im Jahr 2002 lag der Anteil der Schülerinnen bei 37 %. Bei den Erwachsenen, die im Rahmen des zweiten Bildungswegs (Abendschulen, Kollegs) einen höheren Abschluss anstreben, waren Frauen 2002 mit 52 % stärker vertreten als Männer.

Entsprechend dem unterschiedlichen Besuch der einzelnen Schularten differieren auch die erreichten Abschlüsse zwischen Frauen und Männern. So blieb am Ende des Schuljahrs 2001/2002 nur etwa jede 15. Schülerin ohne Hauptschulabschluss gegenüber etwa jedem 9. Schüler. Abbildung 2.1 veranschaulicht diese Unterschiede im Detail.

Allgemein bildende Abschlüsse können auch nach Abschluss der allgemein bildenden Schulen noch an beruflichen Schulen erworben werden, wovon Männer häufiger Gebrauch machen als Frauen.

Frauen wählen andere Berufe als Männer

Nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen beginnt der größte Teil der Jugendlichen eine Berufsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. 2002 waren 41 % der insgesamt 1,6 Mill. Auszubildenden im dualen System Frauen. Daneben wird die Berufsschule z. T. auch von Jugendlichen unter 18 Jahren besucht, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllen müssen, ohne einen Ausbildungsvertrag zu haben. Im Schuljahr 2002/2003 lernten 1,7 Mill. Schülerinnen und Schüler in Berufsschulen, rund 5 % von ihnen befanden sich

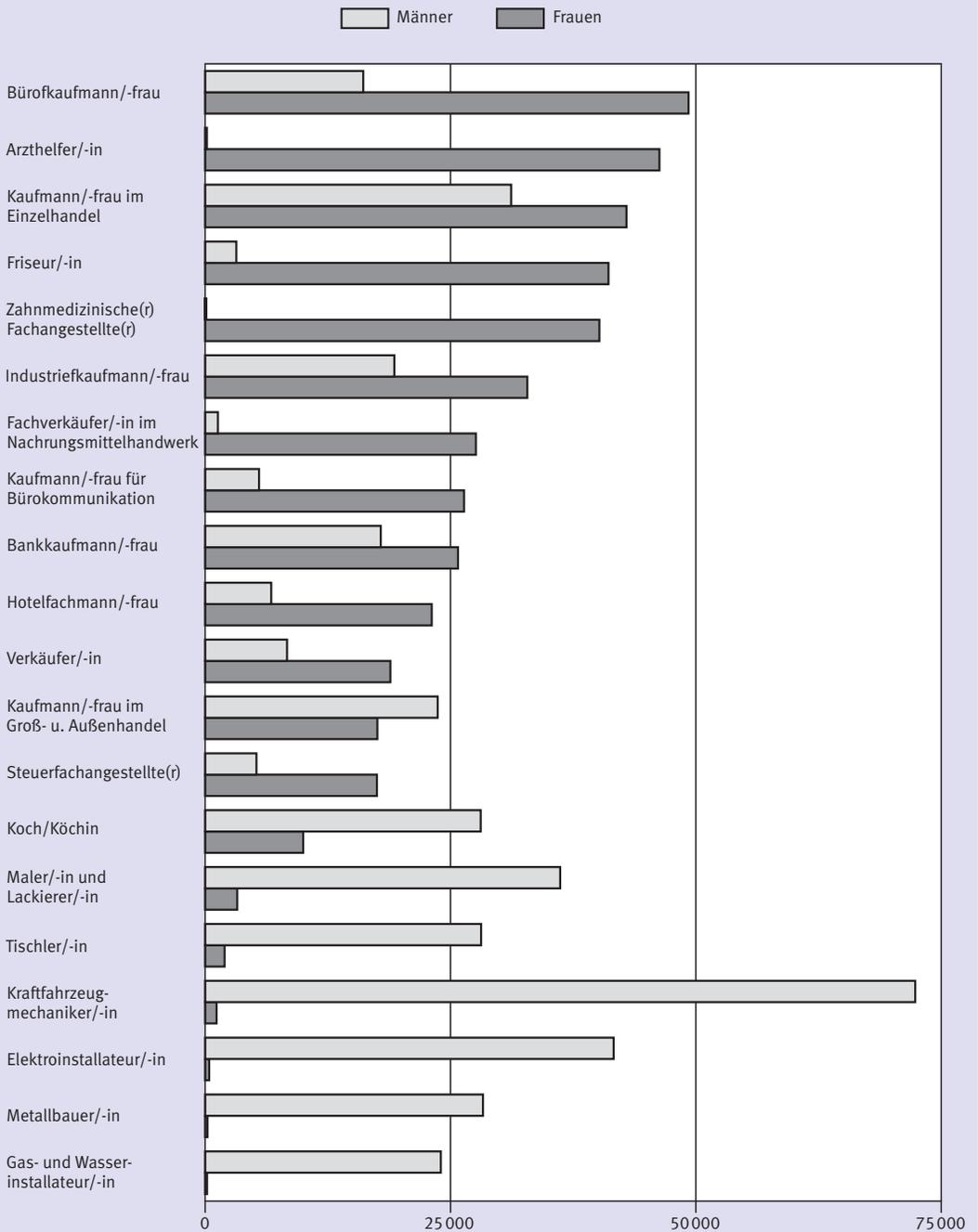
nicht in einer Berufsausbildung. Dieser Anteil war bei Frauen und Männern etwa gleich groß.

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, versuchen meist durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen, wie z. B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen, und/oder das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern. 46 % der rund 351 000 Schülerinnen und Schüler in diesen berufsvorbereitenden Schulen waren im Jahr 2002 Frauen. In den beruflichen Schulen, die zum Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife führen, (Fachgymnasien bzw. Fachoberschulen) lag der Frauenanteil bei den 215 000 Schülerinnen und Schülern bei 49 %.

Die Berufswahl erfolgte auch im Jahr 2002 noch weitgehend geschlechtsspezifisch, obwohl Frauen nahezu alle Berufe offen stehen (eine Ausnahme bildet der Beruf des Bergmanns). Während Frauen in zahlreichen Dienstleistungsberufen die überwiegende Mehrheit stellten, dominieren Männer in den Fertigungsberufen. Die meisten kaufmännischen Berufe scheinen dagegen für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv zu sein.

Sowohl bei den Schülerinnen als auch bei den Schülern ist immer noch eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe zu beobachten. Von den weiblichen Auszubildenden konzentrierten sich ein Drittel auf die Berufe Bürokauffrau und Arzthelferin sowie Kauffrau im Einzelhandel, Friseurin sowie zahnmedizinische Fachangestellte. Mit einem Frauenanteil von jeweils mehr als 90 % im Jahr 2002 können die Berufe Zahnmedizinische Fachangestellte, Arzthelferin, Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk und Friseurin als nahezu reine Frauenberufe angesehen werden. Mehr als ein Fünftel aller männlichen Auszubildenden erlernte dagegen im Jahr 2002 die Berufe Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateur,

Abb. 2.2: Die häufigsten Berufe der Auszubildenden 2002



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0743

Selbstständiger und Lackierer, Kaufmann im Einzelhandel sowie Metallbauer. Bis auf den Beruf des Kaufmanns/der Kauffrau im Einzelhandel sind die genannten Berufe mit einem Frauenanteil von oft weit unter 10 % weitgehend Männerberufe. Abbildung 2.2 veranschaulicht die am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe im Jahr 2002.

Es gibt außerdem Berufe, deren Ausbildung außerhalb des dualen Systems in einem Teil der Berufsfachschulen bzw. in Schulen des Gesundheitswesens erfolgt. Im Schuljahr 2002/2003 wurden insgesamt 338 000 Schülerinnen und Schüler in diesen Berufen ausgebildet, die deutliche Mehrheit von ihnen waren Frauen (73 %). Insbesondere handelt es sich dabei um die nichtakademischen Gesundheitsdienstberufe, Pflegeberufe, Assistenzberufe im medizinischen und kaufmännischen Bereich sowie fremdsprachliche Berufe.

Von den 2002 rund 176 000 Schülerinnen und Schülern in Schulen der beruflichen Fortbildung besuchte der weitaus überwiegende Teil (89 %) Fachschulen. Der Anteil der Schülerinnen an Fachschulen lag im Schuljahr 2002/2003 bei 52 % und hat sich damit gegenüber 1996 (53 %) leicht verringert. Auch bei der beruflichen Fortbildung sind zwischen Frauen und Männern deutliche Unterschiede nach den angestrebten Berufen festzustellen. Während mehr als ein Viertel aller Schülerinnen der Fachschulen in sozialen oder pflegerischen Berufen unterrichtet wurde, lag der Schwerpunkt der Schüler (mehr als die Hälfte) bei technischen Berufen.

Fast drei Viertel der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen sind Frauen

47 % der im Wintersemester 2002/2003 an den Hochschulen in Deutschland eingeschriebenen 1,9 Mill. Studierenden waren Frauen. Fast die Hälfte der Studierenden mit ausländischer Staatsangehör-

Tab. 2.2: Studierende und Studienanfänger¹⁾

Wintersemester	Insgesamt	Frauen
Studierende		
1998/1999	1 801 233	801 282
1999/2000	1 773 956	803 794
2000/2001	1 799 338	829 201
2001/2002	1 868 666	873 230
2002/2003	1 939 233	918 624
Studienanfänger ¹⁾		
1998/1999	230 837	112 152
1999/2000	246 782	121 601
2000/2001	267 486	130 943
2001/2002	292 653	143 135
2002/2003	299 803	151 667

¹⁾ Studierende im 1. Hochschulsesemester.

rigkeit waren Frauen (48 %). Insgesamt hatten 12 % aller Studierenden keinen deutschen Pass.

Im Wintersemester 2002/2003 nahmen insgesamt 300 000 Frauen und Männer erstmalig ein Studium auf. Gegenwärtig sind etwas mehr als die Hälfte aller Studienanfängerinnen und -anfänger weiblich (Wintersemester 2002/2003: 51 %). Der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger beträgt etwa ein Sechstel aller an Hochschulen in Deutschland immatrikulierten Studentinnen und Studenten.

Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen in Deutschland lag mit 1,9 Mill. im Wintersemester 2002/2003 höher als noch vor vier Jahren (1998/1999: 1,8 Mill.). Auch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger hat im gleichen Zeitraum weiter zugenommen, und zwar um 69 000. Dabei hat sich der Anteil der weiblichen Studierenden seit 1998/1999 sowohl an den Studierenden insgesamt erhöht (um 2,9 Prozentpunkte), als auch unter den Studienanfängern (um 2,0 Prozentpunkte). Tabelle 2.2 veranschaulicht die beschriebene Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen in den letzten fünf Jahren.

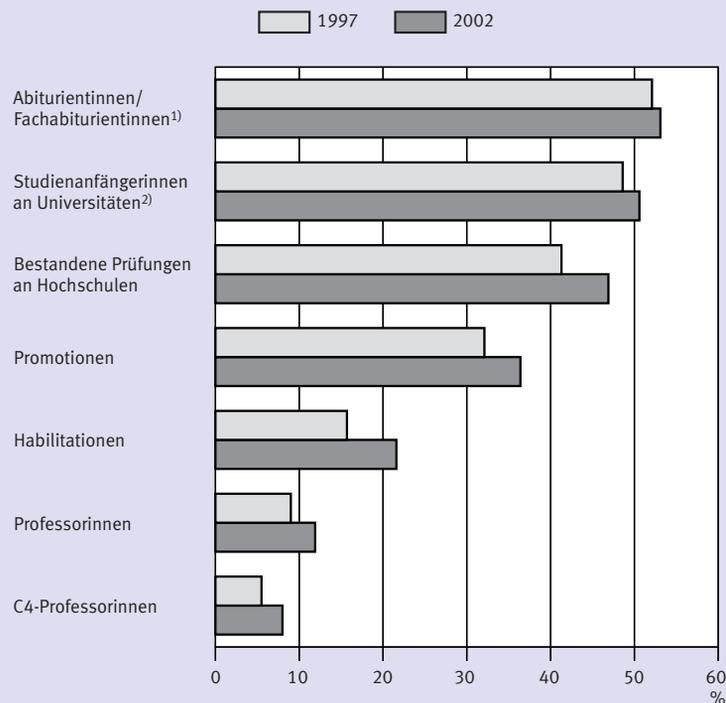
Bei der Diskussion um die berufliche Gleichstellung von Frauen sind die Hochschulen in besonde-

rem Maße tangiert, da häufig nur eine abgeschlossene Hochschulbildung den Aufstieg in höhere Positionen ermöglicht. Bei den studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Fachhochschul- oder Hochschulreife lagen im Jahr 2002 die Frauen noch mit einem Anteil von 53 % vorn, in der akademischen Ausbildung sind sie fast in allen Bereichen in der Minderheit. Der Anteil an Frauen in den verschiedenen Bereichen der akademischen Ausbildung hat jedoch in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen, auch in den höheren Stadien der akademischen Laufbahn. Abbildung 2.3 veranschaulicht diese Entwicklung.

Trotz des gestiegenen Anteils an Frauen in allen Stadien der akademischen Laufbahn existieren noch gravierende Unterschiede im Bildungsverhalten zwischen den Geschlechtern. Diese zeigen sich vor allem in der Studienfachwahl. Die meisten Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester haben sich im Wintersemester 2002/2003 in einem rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studienfach eingeschrieben (102 000 bzw. 34 % aller Studienanfängerinnen und -anfänger). Darunter waren mehr als die Hälfte Frauen (54 %). Weitere sehr beliebte Fächergruppen waren Sprach- und Kulturwissenschaften (20 %), Mathematik und Naturwissenschaften (18 %) sowie Ingenieurwissenschaften (18 %).

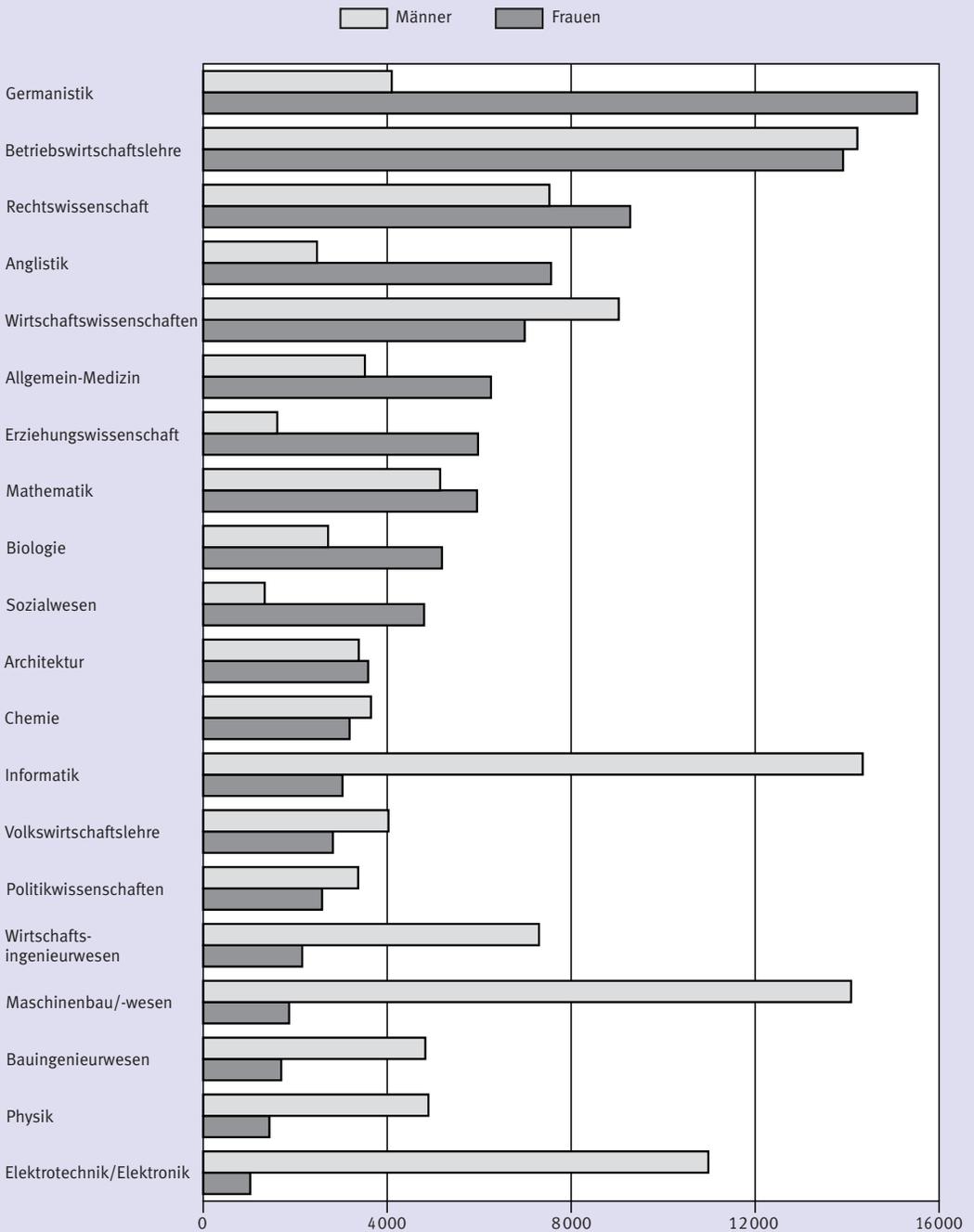
Bei der Fächerwahl der Studienanfänger im 1. Fachsemester lassen sich eindeutige geschlechtsspezifische Präferenzen nachweisen. Die Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“ stellt mit einem Frauenanteil von 72 % beispielsweise eine Domäne der Frauen dar, die Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ mit einem Frauenanteil von 22 % dagegen eine Domäne der Männer. Einzelne Studienfächer dieser Fächergruppen werden sogar fast ausschließlich von Frauen bzw. Männern gewählt: Während z. B. das Studienfach „Germanistik/Deutsch“ von Frauen dominiert ist, studieren die Fächer „Elektrotechnik/Elektronik“ und „Maschinenbau/-wesen“ überwiegend Männer. Abbildung 2.4 (auf der nächsten Seite) veranschaulicht die häufigsten Studienfächer der Studienanfänger im Wintersemester 2002/2003, die im 1. Fachsemester studieren.

Abb. 2.3: Anteil der Frauen in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn



1) Studienberechtigte Schulabgängerinnen mit allgemeiner Hochschul- oder Fachhochschulreife. – 2) Studienjahr, z. B. Sommersemester 2002 plus Wintersemester 2002/2003.

Abb. 2.4: Die häufigsten Studienfächer der Studienanfänger¹⁾ im Wintersemester 2002/2003



1) Studierende im 1. Fachsemester.

Im Jahr 2002 wurden 47 % der über 209 000 erfolgreich abgelegten Abschlussprüfungen an Hochschulen in Deutschland von Frauen bestanden. 44 % der Prüfungsabsolventinnen und -absolventen des Jahrgangs 2002 hatten einen Universitäts- oder entsprechenden Diplomabschluss, 11 % eine Promotion, 11 % einen Lehramtsabschluss und 32 % einen Fachhochschulabschluss erworben, jedoch nur 0,5 % aller Prüfungsabsolventinnen und -absolventen des selben Prüfungsjahrganges einen Bachelorabschluss und 1 % einen Masterabschluss. Den höchsten Frauenanteil (72 %) wiesen die Lehramtsabschlüsse auf, was den „Lehrerberuf“ als einen typischen Frauenberuf charakterisiert. Die Frauen waren im Jahr 2002 auch beim Bachelorabschluss mit 53 % in der Mehrheit. Bei den anderen Abschlussarten waren die Frauen in der Minderheit. Der Frauenanteil lag 2001 beim Universitäts- oder entsprechenden Diplomabschluss bei 48 %. Bei allen anderen Abschlussarten lag der Frauenanteil sogar noch deutlich niedriger: Beim Fachhochschulabschluss lag er bei 41 %, bei den Promotionen bei 36 % sowie beim Masterabschluss bei 33 %.

Rund 2 300 Personen schlossen im Jahr 2002 ein Habilitationsverfahren erfolgreich ab. Sie erbrachten damit den Nachweis zu einer wissenschaftlichen Lehrbefähigung. 22 % dieser hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchskräfte waren Frauen. Dieser Anteilswert ist im Vergleich zu ihrem Anteil an den Studierenden und Absolventen relativ niedrig. Gegenüber 1992 (13 %) hat er sich jedoch fast verdoppelt. Auch bei den Habilitierten in den Fächergruppen, die eine Domäne der Frauen darstellen, waren die Frauen in der Minderheit. So waren 2002 nur 38 % der in der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“ Habilitierten weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil bei den Absolventen dieser Fächergruppe lag aber im selben Jahr noch bei 72 %. Bei der Suche nach den Gründen für den niedrigen Frauenanteil unter den Habilitierten in dieser Fächergruppe ist jedoch zu bedenken, dass zwi-

schen dem Studienbeginn und dem Erwerb einer wissenschaftlichen Lehrbefähigung in Deutschland durchschnittlich fast zwei Jahrzehnte vergehen. Steigende Frauenanteile bei den Studienanfängern wirken sich erst mit einer entsprechenden Zeitverzögerung bei der Zahl der Habilitierten aus.

3 Frauen im Erwerbsleben

Die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands ist aktiv oder passiv am Erwerbsleben beteiligt. Zu den Erwerbspersonen zählen damit Erwerbstätige mit Wohnsitz in Deutschland, die während des Berichtszeitraums des Mikrozensus (i. d. R. letzte Aprilwoche eines Jahres) eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, oder Erwerbslose, die eine solche Tätigkeit suchen. Erwerbspersonen können Selbstständige, mithelfende Familienangehörige oder abhängig Erwerbstätige sein. Dabei wird nicht berücksichtigt, welche Bedeutung diese Tätigkeit für den Lebensunterhalt der Person besitzt. Unerheblich ist außerdem, welche Arbeitszeit tatsächlich geleistet wurde oder vertraglich zu leisten war.

Insgesamt gab es im April 2002 18,0 Mill. weibliche Erwerbspersonen. Das waren 44 % der knapp 40,6 Mill. Erwerbspersonen insgesamt.

Detailliertere Informationen über die Beteiligung von Personen am Erwerbsleben liefert die so genannte Erwerbsquote. Sie gibt den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an. Setzt man das erwerbsfähige Alter bei 15 bis 64 Jahren an, lag die Erwerbsquote im Jahr 2002 bei den Frauen bei 65 % und bei den Männern bei 80 %. Gegenüber 1992 ist die Erwerbsquote der Frauen um 2,8 Prozentpunkte gestiegen.

Generell liegt die Erwerbsquote der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet. 2002 lag sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 73 %, im früheren Bundesgebiet dagegen nur bei 64 %. Während sie zwischen 1992 und 2002 in den neuen Ländern und Berlin-Ost sank (um 2,2 Prozentpunkte; gegenüber 1991 um 4,6 Prozentpunkte), stieg sie im früheren Bundesgebiet im gleichen Zeit-

raum an (um 4,1 Prozentpunkte; gegenüber 1991 um 5,2 Prozentpunkte).

Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen gestiegen

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche des Mikrozensus zumindest eine Stunde gegen Entgelt oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen.

In Deutschland gab es im April 2002 rund 36,5 Mill. Erwerbstätige, 44 % von ihnen waren Frauen (16,2 Mill.). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Frauenanteil an den Erwerbstätigen mit 46 % etwas höher als im früheren Bundesgebiet (44 %). Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen insgesamt ist gegenüber 1992 leicht gestiegen, damals lag er für ganz Deutschland bei 41 %. Jedoch vollzog sich die Entwicklung in Ost und West unterschiedlich. Gegenüber 1992 ist der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet um 3 Prozentpunkte und in den neuen Ländern und Berlin-Ost im gleichen Zeitraum um 1 Prozentpunkt gestiegen. Absolute Angaben zu den weiblichen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost enthält Tabelle 3.1.

Für internationale Vergleiche wird die auf der Basis der Arbeitskräftestichprobe der EU ermittelte Beschäftigungsquote herangezogen. Im Unterschied zur Erwerbsquote gibt sie den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in

Tab. 3.1: Erwerbstätige

Berichtswoche lag im ...	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
	1 000					
April 1992	36 940	15 317	30 094	12 249	6 846	3 068
April 2002	36 536	16 200	30 132	13 252	6 404	2 948

privaten Haushalten an. Ausgehend von einem erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren nimmt die Beschäftigungsquote der Frauen in Deutschland mit 59 % im Jahr 2002 innerhalb der EU eine Mittelstellung ein. An der Spitze aller EU-Länder standen Dänemark und Schweden mit einer Beschäftigungsquote der Frauen von knapp 73 %. Schlusslichter waren Italien und Griechenland, wo 2002 nur knapp 43 % der 15- bis 64-jährigen Frauen erwerbstätig waren (siehe Abbildung 3.1). Die Angaben berücksichtigen jedoch nicht den Beschäftigungsumfang – also die Arbeitszeit – von Frauen.

Hinsichtlich der Stellung im Beruf gibt es deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Im Jahr 2002 übten fast zwei Drittel der weiblichen Erwerbstätigen Angestelltenberufe aus (65 %). Dagegen waren nur 40 % der Männer als Angestellte beschäftigt. Bei den Frauen ist der Anteil der Selbst-

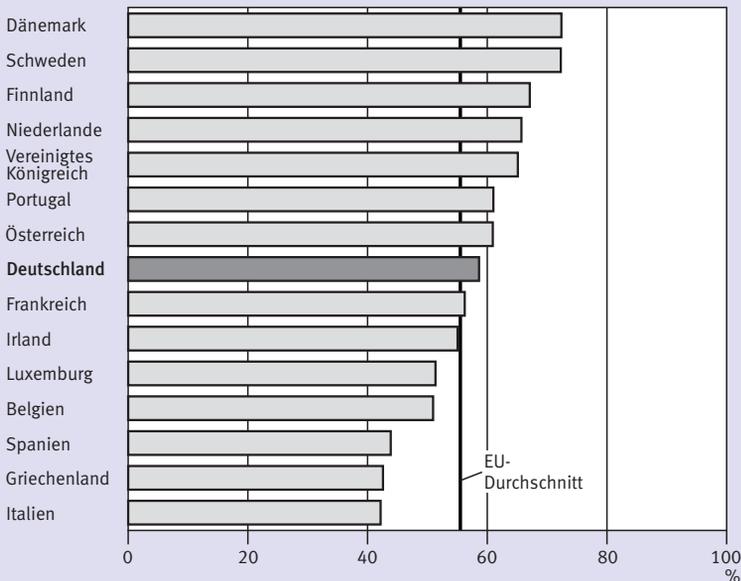
ständigen dagegen knapp halb so hoch (6 %) wie bei den Männern (13 %). Ebenso sind der Anteil der Beamtinnen (5 %) und der Anteil der Arbeiterinnen (22 %) unter den Frauen deutlich niedriger als bei den Männern (7 % bzw. 39 %). Von den erwerbstätigen Frauen waren 2 % als mithelfende Familienangehörige beschäftigt, bei den Männern waren es im Jahr 2002 nur 0,5 %.

Ein Drittel aller Führungskräfte ist weiblich

Im Rahmen des Mikrozensus 2000 konnten die Befragten wieder Angaben dazu machen, ob sie als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer eine Führungsposition inne haben. 11 % der abhängig beschäftigten Frauen (1996: 10 %) gaben an, als Führungskraft oder mit herausgehobener Tätigkeit beschäftigt zu sein, 10 % als leitende Angestellte und 1 % als Be-

amtin im höheren Dienst. Knapp ein Drittel aller Führungskräfte in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung war damit weiblich (1,6 Mill.), mehr als zwei Drittel (3,5 Mill.) männlich. Im Mai 2000 waren knapp 20 % (1996: 19 %) aller abhängig erwerbstätigen Männer als leitende Angestellte (18 %) bzw. als Beamte im höheren Dienst (knapp 2 %) beschäftigt. Insgesamt stufte sich jeder sechste Arbeitnehmer (16 %) als Führungskraft oder Beschäftigter mit herausgehobener Tätigkeit ein.

Abb. 3.1: Beschäftigungsquote¹⁾ der Frauen in der EU 2002



1) Anteil der Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in privaten Haushalten.

Quelle: Eurostat.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0746

Nur in der Altersgruppe der unter 30-jährigen waren Frauen und Männer mit anteilig 7 % – bezogen auf alle abhängig erwerbstätigen Frauen bzw. Männer in dieser Altersgruppe – als Führungskräfte gleich stark vertreten.

Frauen waren mit einem Anteil von gut 13 % an allen erwerbstätigen Frauen in der Altersklasse von 30 bis unter 45 Jahren am häufigsten als Führungskräfte und Beschäftigte mit herausgehobenen Tätigkeiten in Unternehmen oder in der öffentlichen Verwaltung anzutreffen. Bei 45- bis 60-jährigen Frauen nahmen knapp 12 % Führungsaufgaben wahr – familiär bedingte Unterbrechungen dürften ein wichtiger Grund für den zurückgehenden Anteil bei Führungspositionen sein.

1 Mill. Frauen sind Selbstständige

Selbstständige sind Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbstständige Handwerker leiten, sowie alle freiberuflich Tätigen. Im April 2002 waren 28 % der 3,7 Mill. Selbstständigen in Deutschland Frauen (1,0 Mill.). Der Anteil der selbstständigen Frauen an den Selbstständigen insgesamt ist seit 1992 um 2,5 Prozentpunkte gestiegen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Frauenanteil an den Selbstständigen insgesamt im April 2002 etwas höher (31 %) als im früheren Bundesgebiet (28 %).

Mehr als die Hälfte der Frauen im Dienstleistungsbereich beschäftigt

Während heute in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei weniger als 3 % der Erwerbstätigen Beschäftigung finden und der sekundäre Sektor u. a. infolge technischer Fortschritte und steigender Produktivität immer weniger Arbeitskräfte benötigt, gewinnt der tertiäre Sektor zunehmend an Bedeutung.

Der Dienstleistungsbereich spielt gerade für die Beschäftigung von Frauen eine wichtige und weiter zunehmende Rolle. Von den 16,2 Mill. erwerbstätigen Frauen waren im April 2002 rund 9,0 Mill. (56 %) im Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ beschäftigt. Dies waren fast 2,4 Mill. mehr Frauen als Männer. Gegenüber April 1995 ist diese Zahl um 1,3 Mill. gestiegen. Zum Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ zählen z. B. die Bereiche Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie die öffentliche Verwaltung. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ stellen die Frauen mit 4,0 Mill. knapp die Hälfte der Erwerbstätigen. Im Produzierenden Gewerbe sind die Frauen dagegen traditionell schwach vertreten mit 2,8 Mill. gegenüber 8,8 Mill. Männern. Tabelle 3.2 zeigt den Anteil der weiblichen Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen.

Anzahl der Frauen in IuK-Berufen wächst

Von den knapp 1,7 Mill. im April 2002 nachgewiesenen Erwerbstätigen in IuK-Berufen – d. h. Berufe der Bereiche Telekommunikation, Informationstechnik (IT) und Medien – waren knapp 26 % Frauen (425 000). Männer waren damit deutlich überrepräsentiert. Im Zeitraum 1997 bis 2002 betrug der Beschäftigungszuwachs von Frauen in den IuK-Berufen allerdings knapp 17 %. Die Bedeutung dieser Entwicklung wird daran deutlich, dass der entsprechende Vergleichswert auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit 6 % erheblich niedriger ausfiel.

Innerhalb der einzelnen IuK-Berufe verlief die Entwicklung zwischen 1997 und 2002 unterschiedlich. Bei den Telekommunikationsberufen konnten die Frauen einen Beschäftigungszuwachs von 41 % erzielen und erreichten damit im Jahr 2002 fast die Hälfte (49 %)

Tab. 3.2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im April 2002

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männer	Frauen
		1 000	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	923	601	322
Produzierendes Gewerbe	11 656	8 842	2 814
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	8 355	4 298	4 057
Sonstige Dienstleistungen	15 602	6 596	9 006
Zusammen	36 536	20 336	16 200
		%	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	2,5	3,0	2,0
Produzierendes Gewerbe	31,9	43,5	17,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	22,9	21,1	25,0
Sonstige Dienstleistungen	42,7	32,4	55,6
Zusammen	100	100	100

Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigte einstufen. Die folgenden Angaben beruhen auf dieser Selbsteinschätzung der Befragten.

40 % der abhängig erwerbstätigen Frauen, aber nur gut 5 % der abhängig erwerbstätigen Männer waren im Jahr 2002 teilzeitbeschäftigt. Damit hat sich der Anteil sowohl der Frauen als auch der Män-

der Beschäftigtenzahl in diesem Bereich (82 000 weibliche Beschäftigte). In den Medienberufen fiel die Zuwachsrate der erwerbstätigen Frauen mit 16 % seit 1997 ebenfalls überdurchschnittlich aus. Damit waren im April 2002 zwei Fünftel (39 %) aller in Medienberufen tätigen Personen weiblich (199 000). Beim zahlenmäßig größten Bereich, den IT-Berufen (u. a. Elektroingenieure/Elektroingenieurinnen und Elektrotechniker/-innen, Informatiker/-innen sowie Softwareentwickler/-innen), lag die Zunahme der Zahl der weiblichen Beschäftigten nur auf durchschnittlichem Niveau (7 %). Demzufolge war der Frauenanteil in diesem Berufsfeld mit 15 % erheblich niedriger als in den Bereichen Telekommunikation und Medien (144 000 weibliche Beschäftigte). 1997 hatte der Frauenanteil in den IT-Berufen noch bei 18 % gelegen.

Zwei von fünf erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt

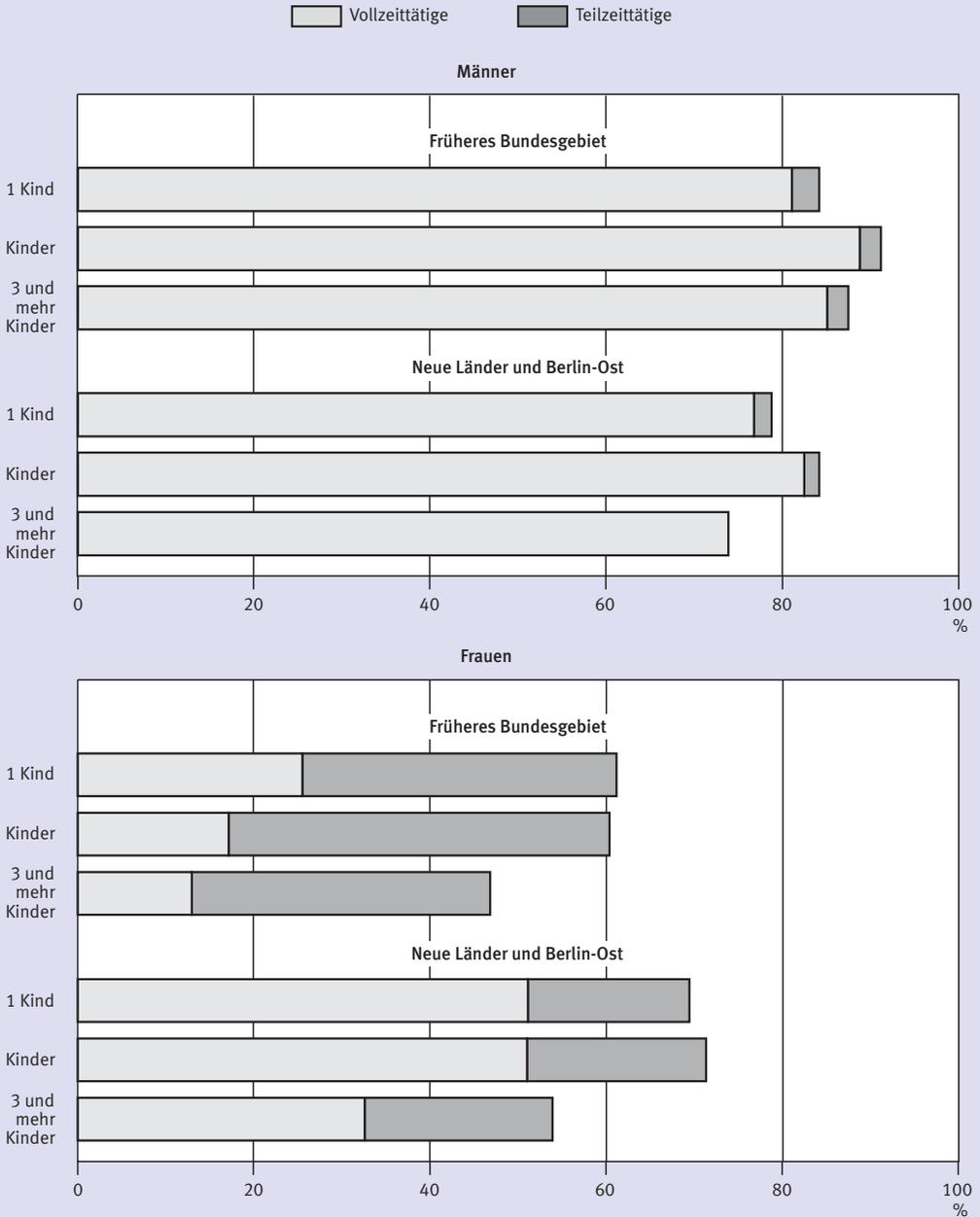
Im Rahmen des Mikrozensus werden zum Thema Arbeitszeit zwei Sachverhalte gefragt: die normalerweise geleistete Arbeitszeit je Woche und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche. Darüber hinaus können sich die Befragten selbst als

ner, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, gegenüber 1997 erhöht. Damals waren 35 % der Frauen, aber nur 4 % der Männer teilzeitbeschäftigt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Teilzeitbeschäftigung im Jahr 2002 bei abhängig erwerbstätigen Frauen weniger verbreitet als im früheren Bundesgebiet: nur 25 % der Frauen gingen dort einer Teilzeitbeschäftigung nach, gegenüber 44 % der Frauen im früheren Bundesgebiet.

43 % der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen sind teilzeitbeschäftigt

Im Jahr 2002 waren im öffentlichen Dienst 4,8 Mill. Personen beschäftigt, von ihnen waren 51 % Frauen (2,5 Mill.). Zum öffentlichen Dienst zählen die Ämter, Behörden, Gerichte sowie die rechtlich unselbstständigen Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie Gemeindeverbände. Außerdem gehören die Zweckverbände, das Bundeseisenbahnervermögen, die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und die ausgegliederten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zum öffentlichen Dienst.

Abb. 3.2: Erwerbstätigenquoten¹⁾ von Männern und Frauen mit Kindern im April 2002²⁾



1) Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren). – 2) Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen). Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne vorübergehend Beurlaubte (z. B. wegen Elternzeit). Kinder: In einer Eltern-Kind-Gemeinschaft lebende ledige Kinder.

43 % der im Jahr 2002 im öffentlichen Dienst erwerbstätigen Frauen waren teilzeitbeschäftigt (1,1 Mill.). Bei den im öffentlichen Dienst erwerbstätigen Männern waren es lediglich 9 % (0,2 Mill.). Die Teilzeitquote im öffentlichen Dienst liegt damit sowohl bei Frauen als auch bei Männern höher als die der abhängig Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt.

Innerhalb der verschiedenen Laufbahngruppen des öffentlichen Dienstes schwankt der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen nur leicht. 36 % der im höheren Dienst beschäftigten Frauen waren teilzeitbeschäftigt (87 000). Mit jeweils 41 % lag der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen im gehobenen (317 000) und im mittleren Dienst (482 000) etwas höher. Unter den im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiterinnen lag der Teilzeitanteil bei 69 % (154 000).

Zwei Drittel der Mütter sind erwerbstätig

Im April 2002 gab es in Deutschland rund 11,8 Mill. Frauen und 10,2 Mill. Männer im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), die mit mindestens einem leiblichen, Stief- oder Adoptivkind in einem gemeinsamen Haushalt lebten. 7,6 Mill. dieser Mütter und 8,8 Mill. dieser Väter waren erwerbstätig. Von ihnen waren 7,2 Mill. Mütter und 8,8 Mill. Väter aktiv erwerbstätig, d. h. sie übten den Beruf zum Zeitpunkt der Befragung tatsächlich aus und waren nicht – z. B. wegen Elternzeit – vorübergehend vom Arbeitsplatz abwesend. Damit betrug die Erwerbstätigenquote der aktiv erwerbstätigen Mütter – d. h. der prozentuale Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe – 61 % im April 2002, während sie für Väter mit 86 % deutlich höher lag.

Deutliche Unterschiede in der aktiven Erwerbsbeteiligung zeigt ein Vergleich der Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt nach dem Alter der Frau. Frauen mit Kindern im Haushalt schränken ihre Berufstätigkeit bis zum Alter

von 40 Jahren merklich ein. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede bei 21- bis 30-jährigen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt: Hier erreichte die Differenz der Erwerbstätigenquoten der Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt z. T. über 40 Prozentpunkte im April 2002.

Sind Kinder zu betreiben, so schränken insbesondere Mütter im früheren Bundesgebiet die Erwerbstätigkeit zeitlich ein. Gemeinsam ist in beiden Teilen Deutschlands ein Rückgang des Anteils vollzeit-tätiger zugunsten teilzeittätiger Mütter. So betrug die Teilzeitquote – also der Anteil der sich bei der Befragung selbst als aktiv in Teilzeit erwerbstätig einstu-fenden Mütter an allen Müttern – im April 2002 im früheren Bundesgebiet rund 39 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost war sie mit 19 % nur halb so groß. Gleichzeitig lag die Vollzeitquote der Mütter im früheren Bundesgebiet mit 20 % deutlich niedriger als die von Müttern in den neuen Ländern und Berlin-Ost (50 %).

Trotz eines leichten Anstiegs bei den Vätern ist die Teilzeitbeschäftigung nach wie vor eine Domäne der Frauen, speziell der (westdeutschen) Mütter. Während die Vollzeitquote der aktiv erwerbstätigen Väter mit 83 % im April 2002 vergleichsweise hoch war, lag deren Teilzeitquote nur bei 3 %. Im Gegensatz zu Müttern variiert die Erwerbsbeteiligung von Vätern – ob als Teil- oder als Vollzeittätigkeit ausgeübt – nur moderat mit der Kinderzahl.

Die aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern – ob als Teil- oder als Vollzeittätigkeit ausgeübt – variiert dagegen deutlich mit der Kinderzahl. Je mehr Kinder zu betreiben sind, umso seltener sind Mütter aktiv erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind im Haushalt gibt ein beträchtlicher Teil der Mütter den Beruf (zumindest vorübergehend) auf. Während die Vollzeittätigkeit der Mütter im früheren Bundesgebiet schrittweise mit jedem weiteren Kind abnimmt, geht sie bei Müttern in den neuen Ländern und Ber-

lin-Ost erst mit dem dritten Kind deutlich zurück (siehe Abbildung 3.2). Dennoch sind Mütter in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit drei und mehr Kindern mit 33 % mehr als doppelt so häufig vollzeittätig als Mütter im früheren Bundesgebiet (13 %).

Abbildung 3.2 veranschaulicht die Erwerbstätigenquoten jeweils von Frauen und Männern mit Kindern in Abhängigkeit von der Kinderzahl.

Arbeitslosenquote von Frauen und Männern gleich hoch

Im Durchschnitt des Jahres 2002 waren 1,8 Mill. Frauen bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose gemeldet – insgesamt waren es 4,1 Mill. Personen. Frauen stellten damit etwas weniger als die Hälfte (45 %) aller Arbeitslosen.

Im Unterschied zu den Arbeitslosen sind Erwerbslose Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich jedoch um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen, da Arbeitslose nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit diejenigen Personen sind, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung ausüben. Darüber hinaus müssen sie der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, dürfen nicht arbeitsunfähig erkrankt sein, dürfen das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müssen sich persönlich beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet haben und somit von der Arbeitsverwaltung registriert sein.

Die Arbeitslosenquote informiert über den Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen. Dabei rechnen zu den zivilen Erwerbspersonen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildende), die geringfügig Beschäftigten, die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie die Beamten (ohne Soldaten). Im Jahresdurchschnitt 2002 lag die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote der Frauen bei 9,5 %. Die vergleichbare Arbeitslosenquote der Männer lag dagegen bei 9,9 %.

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern sind dabei jedoch deutliche Unterschiede erkennbar. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2002 für Frauen 7 %, für Männer 8 %. In den neuen Ländern (einschl. Berlin) lag die Arbeitslosenquote der Frauen in der Vergangenheit erheblich höher als die der Männer. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2002 zeigt jedoch, dass sich diese Entwicklung abgeschwächt hat: So lag die Arbeitslosenquote der Frauen im Jahresdurchschnitt 2002 bei 17,9 % und die der Männer bei 17,5 %. Tabelle 3.3 veranschaulicht die Arbeitslosenquoten für Frauen und Männer im Detail.

Die für den europäischen Vergleich harmonisierte Arbeitslosenquote für Frauen in Deutschland liegt für das Jahr 2002 bei 8,4 % und damit knapp un-

Tab. 3.3: Arbeitslosenquote ¹⁾

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ¹⁾		Neue Länder (einschl. Berlin) ¹⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1995	8,5	10,6	8,0	8,3	10,4	17,8
1997	10,8	12,2	9,7	9,6	15,1	20,6
2002	9,9	9,5	8,0	7,2	17,5	17,9

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen, d. h. an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildenden), den geringfügig Beschäftigten, den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie den Beamten (ohne Soldaten).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tab. 3.4: Dauer der Arbeitslosigkeit

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Wochen					
1999	30,1	37,9	31,8	35,2	26,4	43,2
2002	30,5	38,7	30,2	34,5	31,1	48,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Dauer der Arbeitslosigkeit. Frauen waren im Jahr 2002 durchschnittlich knapp 39 Wochen arbeitslos, Männer hingegen 31 Wochen. Hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit sind besonders die Unterschiede

ter dem EU-Durchschnitt (8,7 %). Auf die niedrigste Arbeitslosenquote der Frauen können die Niederlande blicken, sie liegt für 2002 bei 3 %.

Frauen im Osten sind am längsten arbeitslos

Zu den aktiven Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen gehören u. a. die Förderung der beruflichen Weiterbildung und beschäftigungsschaffende Maßnahmen (z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Frauen sollen an diesen Maßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen teilhaben.

Bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung ist diese Maßgabe inzwischen überschritten worden. Im Durchschnitt des Jahres 2002 nahmen in Deutschland insgesamt 332 000 Personen an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung teil. Etwas mehr als die Hälfte aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen war weiblich (52 %).

In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) fanden im Durchschnitt des Jahres 2002 insgesamt 125 000 Personen mit ungünstigen Arbeitsmarktaussichten eine zeitlich befristete Beschäftigung. 47 % dieser ABM-Arbeitsstellen in Deutschland waren mit Frauen besetzt. Im Verlauf der letzten zwei Jahre ist dieser Anteil zurückgegangen, im Jahr 2000 lag der Frauenanteil noch bei 51 %.

Dass die Beschäftigungsaussichten für Frauen geringer sind als für Männer, zeigen die Angaben zur

de zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost erheblich: Frauen im früheren Bundesgebiet waren durchschnittlich knapp 35 Wochen arbeitslos, ihre Kolleginnen in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen 48 Wochen. Zwischen 1999 und 2002 hat die Dauer der Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet sowohl bei Frauen als auch bei Männern abgenommen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen zugenommen. Tabelle 3.4 zeigt die genannten Unterschiede.

4 Wie Frauen leben

Für die Lebensqualität eines Menschen sind die häuslichen Umstände und das Wohnumfeld meist entscheidend. Um Aussagen über die Wohnverhältnisse der Bevölkerung in Deutschland treffen zu können, werden sowohl Hauptwohnsitz als auch, sofern vorhanden, die Nebenwohnung betrachtet. Im April 2002 wurden in Deutschland 82,5 Mill. Menschen am Ort ihres Hauptwohnsitzes gezählt. 81,8 Mill. lebten nach Ergebnissen des Mikrozensus in Privathaushalten am Ort ihrer Hauptwohnung in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, einer Paargemeinschaft ohne Kinder, allein in einem Einpersonenhaushalt oder in einer sonstigen Lebensform.

28 % dieser 81,8 Mill. Menschen in Privathaushalten waren Eltern, die minder- und volljährige Kinder versorgten (22,9 Mill.).

26 % der Bevölkerung in Privathaushalten waren Kinder (21,1 Mill.), d. h. ledige Personen ohne Altersbegrenzung, die gemeinsam mit ihren leiblichen, Stief- oder Adoptiveltern in einem Haushalt wohnten. Damit lebte über die Hälfte (54 %) der Menschen in

Deutschland in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft. Mit 22,7 Mill. Menschen lebte gut ein weiteres Viertel (27 %) der Bevölkerung in einer Paargemeinschaft (Ehepaar, nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft) in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, versorgte aber keine Kinder. Zu diesen Paaren gehören sowohl Paare, die (noch) keine Kinder haben, als auch jene, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. 17 % der Bevölkerung lebten allein in einem Einpersonenhaushalt (13,7 Mill. Personen). Weitere 2 % der Bevölkerung wohnten ohne eigene Kinder und ohne Lebenspart-

nerin oder Lebenspartner in einem Mehrpersonenhaushalt (1,4 Mill. Personen).

51 % der 81,8 Mill. Personen, die im April 2002 in Deutschland in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung lebten, waren weiblich (42,0 Mill.). 29 % von ihnen waren Ehegattin, Lebenspartnerin oder allein erziehende Mutter in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft (12,3 Mill.), während 23 % als lediges Kind in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft (9,7 Mill.) lebten. Die übrigen 48 % lebten ohne ledige Kinder (20,0 Mill.).

Weniger ledige Frauen

Generell gibt der Familienstand Auskunft über das Heirats- und Scheidungsverhalten der Bevölkerung. Die amtliche Statistik unterscheidet zwischen Ledigen, Verheirateten (die zusammen oder getrennt

Tab. 4.1: Bevölkerung nach Familienstand 2002

Geschlecht	Insgesamt	Davon			
		ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
		1 000			
Männlich	40 345	18 131	18 785	1 077	2 352
Weiblich	42 192	15 438	18 810	5 080	2 864
Insgesamt . . .	82 537	33 568	37 596	6 157	5 216
		%			
Männlich	100	44,9	46,6	2,7	5,8
Weiblich	100	36,6	44,6	12,0	6,8
Insgesamt . . .	100	40,7	45,6	7,5	6,3

leben), Geschiedenen und Verwitweten. In Deutschland waren Ende 2002 41 % der Einwohner ledig, 46 % waren verheiratet, 7 % waren verwitwet und 6 % geschieden. Der Anteil lediger Frauen an den Frauen insgesamt ist deutlich niedriger als der lediger Männer an den Männern insgesamt, dagegen ist der Anteil verwitweter Frauen deutlich höher als der verwitweter Männer. 12 % der Frauen gegenüber 3 % der Männer sind verwitwet. Außerdem sind anteilig an der jeweiligen Geschlechtergruppe etwas mehr Frauen als Männer geschieden. Tabelle 4.1 veranschaulicht diese Angaben im Detail.

Neun von zehn Paaren sind Ehepaare

Obwohl das unverheiratete Zusammenleben zunimmt, überwiegen unter den Paaren immer noch die Ehepaare. Fast neun von zehn (89 %) der 21,6 Mill. Paare in Deutschland lebten im April 2002 als Ehepaar in ihrem gemeinsamen Haushalt (19,3 Mill.). Im Vergleich zu 1996 nahm der Anteil der Ehepaare an allen Paaren in Deutschland um 2 Prozentpunkte ab.

Die Zahl der Ehepaare ohne ledige Kinder im Haushalt ist in Deutschland seit 1991 um 16 % auf 9,7 Mill. Ehepaare gestiegen. Damit lebte die Hälfte der 19,3 Mill. Ehepaare im April 2002 ohne Kinder.

Im Jahr 2002 heirateten 392 000 Paare. Das waren 4,8 Eheschließungen je 1 000 Einwohner Deutschlands. Die Zahl der Eheschließungen ist damit seit 1950 um fast die Hälfte zurückgegangen, denn damals gingen noch 750 000 Paare zur standesamtlichen Trauung (11,0 Eheschließungen je 1 000 Einwohner).

Tab. 4.2: Durchschnittliches Heiratsalter lediger Frauen und Männer

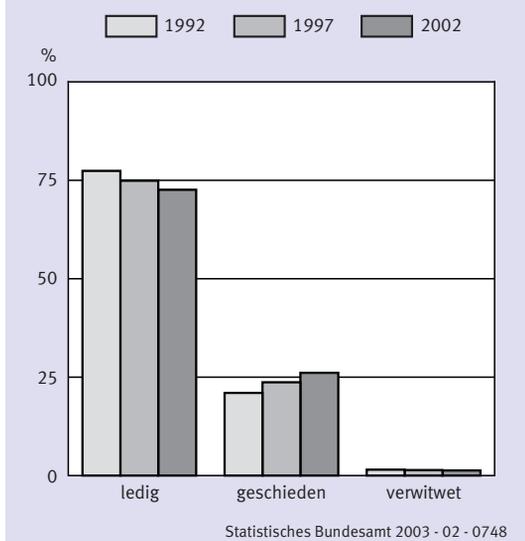
Jahr	Männer	Frauen
1992	28,8	26,4
1993	29,2	26,8
1994	29,4	27,1
1995	29,7	27,3
1996	30,0	27,6
1997	30,3	27,8
1998	30,6	28,0
1999	31,0	28,3
2000	31,2	28,4
2001	31,6	28,8
2002	31,8	28,8

Von den Frauen, die im Jahr 2002 heirateten, waren die meisten zuvor ledig (73 %). 26 % der heiratenden Frauen waren geschieden und 1 % verwitwet. Seit 1992 ist der Anteil der Frauen gesunken, die als Ledige eine Ehe eingingen (1992: 77 %). Dagegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil der wieder heiratenden geschiedenen Frauen (1992: 21 %). Der Anteil der verwitweten Frauen, die erneut den Bund der Ehe eingingen, blieb im gleichen Zeitraum nahezu konstant (1992: 1,5 %). Abbildung 4.1 veranschaulicht diese Entwicklung.

Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Frauen ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Im Jahr 2002 lag es bei 28,8 Jahren, zehn Jahre zuvor bei 26,4 Jahren (siehe Tabelle 4.2). Nach wie vor ist es deutlich niedriger als das durchschnittliche Alter der Männer bei der ersten Eheschließung (2002: 31,8 Jahre). 16 % der Frauen, die 2002 heirateten, hatten bereits vor der Eheschließung gemeinsame Kinder mit ihrem zukünftigen Ehemann.

Vor dem Hintergrund, dass über sieben Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland leben, sind auch die Staatsangehörigkeiten der Ehegatten von besonderem Interesse. Von den insgesamt 392 000 Eheschließungen im Jahr 2002 wurden 81 % zwischen zwei deutschen Staatsangehörigen geschlossen. Der Anteil der deutsch-ausländischen bzw. ausländisch-ausländischen Ehen

Abb. 4.1: Bisheriger Familienstand der heiratenden Frauen



Wie Frauen leben

betrug dagegen 19 %. Dieser Anteil an allen in Deutschland geschlossenen Ehen ist seit 1992 um 6,3 Prozentpunkte auf 73 700 Ehen angestiegen. Bei diesen Eheschließungen war in 49 % der Fälle die Frau Ausländerin und der Mann Deutscher, bei 35 % der Paare war dagegen die Frau Deutsche und der Mann Ausländer und 16 % waren ausländisch-ausländische Ehepaare.

Deutsche Frauen heirateten 2002 am häufigsten Staatsangehörige der Türkei (22 % der Eheschließungen mit Ausländern) und Jugoslawiens (10 %), an dritter Stelle folgten Ehemänner aus Italien (7 %). Dem gegenüber stammten Ehefrauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die einen Deutschen heirateten, am häufigsten aus Polen (15 %), Thailand (8 %) und Russland (7 %).

Im Jahr 2002 wurden mehr als 204 000 Ehen geschieden. Der Antrag auf Ehescheidung wurde dabei

von Frauen häufiger gestellt als von Männern: 58 % aller Anträge wurden von Frauen eingereicht, 36 % von Männern und 6 % von beiden Ehepartnern.

Je 1 000 Scheidungen im Jahr 2002 waren 784 minderjährige Kinder betroffen. Die Hälfte (50 %) der geschiedenen Ehepaare hatte keine Kinder. Dagegen hatten 27 % der 2002 geschiedenen Ehepaare ein, 18 % zwei und 5 % drei und mehr Kinder.

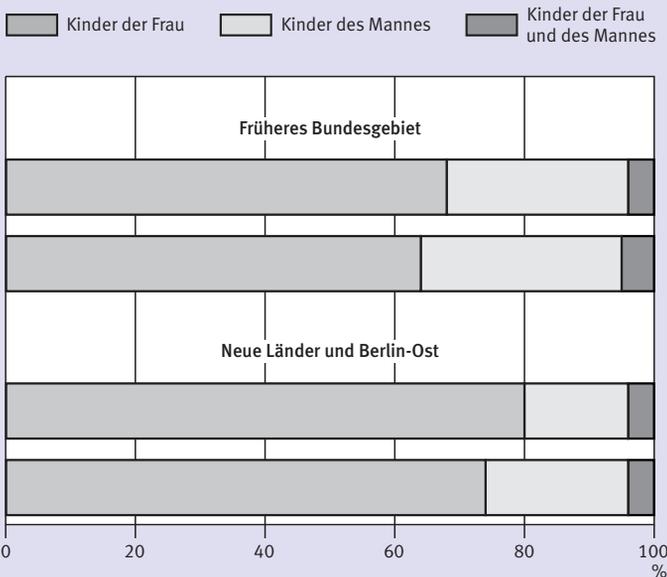
Immer mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften

In Deutschland ist die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften seit 1996 um ein knappes Viertel (24 %) auf 2,2 Mill. im Jahr 2002 gestiegen. Bei 703 000 dieser Lebensgemeinschaften lebten im April 2002 ledige Kinder (31%).

Nach wie vor sind es überwiegend die Frauen, die Kinder in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft

mitbringen. In 68 % der 703 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern wuchsen ausschließlich Kinder der Frau auf. In weiteren 28 % dieser Lebensgemeinschaften wuchsen ausschließlich Kinder des Mannes auf. In 4 % aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern lebten Kinder der Frau und des Mannes. Allerdings lässt der Mikrozensus als Quelle keine Rückschlüsse zu, ob es sich hierbei um gemeinsame Kinder der nichtehelichen Lebenspartner handelt. Abbildung 4.2 veranschau-

Abb. 4.2: Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern¹⁾ nach Herkunft der Kinder



1) Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

licht die hier geschilderten Zusammenhänge für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Zwei Fünftel der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften von Frauen geführt

Seit 1996 wird im Mikrozensus allen nicht mit der Haushaltsbezugs person verwandten Haushaltsmitgliedern die freiwillig zu beantwortende Frage gestellt: „Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“. Diese Frage ermöglicht neben nichtehelichen Lebensgemeinschaften (Paare unterschiedlichen Geschlechts) auch gleichgeschlechtlichen Paaren anzugeben, ob eine Lebensgemeinschaft vorliegt. Voraussetzung für die Einstufung als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft ist die gemeinsame Haushaltsführung.

Auf der Grundlage dieser Frage zur Lebenspartnerschaft weist der Mikrozensus für das Jahr 2002 rund 53 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Auf Grund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse dieser Frage zur Lebenspartnerschaft jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften eher eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben. Etwa zwei Fünftel (42 %) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurden im April 2002 von Frauen geführt (22 000).

Mehr als vier Fünftel der allein Erziehenden sind Frauen

Zu den allein Erziehenden gehören Väter oder Mütter, die ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner mit ihren Kindern in einem Haushalt zusammen leben.

Im April 2002 lebten in Deutschland 2,4 Mill. allein Erziehende mit Kindern. Jede fünfte (19 %) aller 12,7 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften in Deutschland bestand damit aus einer/einem allein Erziehenden und ihren bzw. seinen Kindern. 1996 lebten noch 2,2 Mill. allein Erziehende mit Kindern in Deutschland, das waren 7 % weniger als heute.

Unter den allein Erziehenden überwiegen in Deutschland nach wie vor deutlich die Mütter, mit einem – gegenüber 1996 unveränderten – Anteil von 84 % im April 2002.

22 % der allein erziehenden Mütter waren ledig, im Gegensatz dazu waren aber nur 10 % der allein erziehenden Väter ledig. Zu den verwitweten allein Erziehenden zählten im April 2002 etwa jede vierte Mutter (24 %) und etwa jeder dritte Vater (31 %). 14 % der allein erziehenden Mütter und 20 % der allein erziehenden Väter waren verheiratet, aber getrennt lebend. Auf nahezu gleichem Niveau liegen bei den allein erziehenden Müttern und Vätern die Anteile der Geschiedenen (40 % bzw. 39 %). Somit waren die geschiedenen allein Erziehenden unter beiden Geschlechtern am häufigsten vertreten.

Über 62 % der allein Erziehenden zogen im April 2002 in Deutschland minderjährige Kinder groß, 1996 waren es 56 %.

Jede fünfte Frau lebt allein

Zu den allein lebenden Personen zählen im Mikrozensus alle Personen am Hauptwohnsitz, die allein wohnen und wirtschaften. Im April 2002 traf dies auf 17 % der 81,8 Mill. am Hauptwohnsitz lebenden Menschen zu (13,7 Mill.). 58 % aller allein Lebenden waren Frauen (7,9 Mill.). Für Frauen lag der prozentuale Anteil der allein Lebenden an der Bevölkerung (Alleinlebendenquote) mit 19 % über der Alleinle-

bendenquote für Männer (15 %). D. h. jede fünfte Frau, dagegen nur jeder siebte Mann, lebte allein.

Während im April 2002 in Deutschland Frauen jüngeren und mittleren Alters (25 bis 55 Jahre) seltener allein lebten als Männer gleichen Alters, wohnten und wirtschafteten ältere Frauen (55 Jahre und älter) wesentlich häufiger allein als ältere Männer. Für ältere Frauen steigt die Alleinlebendenquote mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Für Männer bleibt sie dagegen bis zum 75. Lebensjahr auf relativ konstantem Niveau und nimmt erst dann deutlich zu (siehe Abbildung 4.3).

Besonders stark waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den 75-jährigen und Älteren. Für Frauen im Alter von 75 Jahren und mehr erreichte die Alleinlebendenquote mit 65 % das 2,7-fache Niveau des entsprechenden Vergleichswertes für Männer dieses Alters (24 %). Ausschlaggebend für das starke Auseinanderdriften der weiblichen und männlichen Alleinlebendenquoten im höheren Alter ist u. a. die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen im Vergleich zu der von Männern.

Verheiratete Frauen bekommen ihr erstes Kind mit 30 Jahren

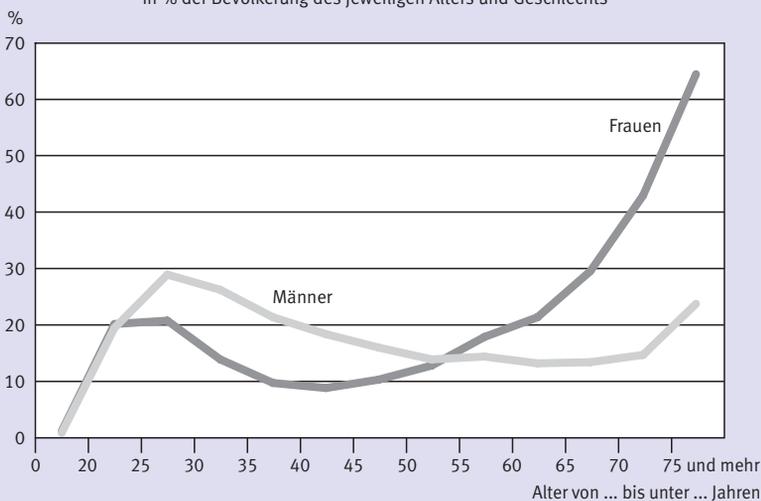
12,3 Mill. Frauen versorgten im April 2002 in Deutschland als Ehegattin, Lebenspartnerin oder allein erziehende Mutter einer Eltern-Kind-Gemeinschaft ledige Kinder im Haushalt.

Im Jahr 2001 bekamen verheiratete Frauen in Deutschland ihr erstes Kind mit durchschnittlich 29,1 Jahren. Das zweite Kind bekamen Mütter mit 30,9 Jahren und das dritte mit 32,3 Jahren. Verheiratete Frauen im früheren Bundesgebiet bekamen ihr erstes und zweites Kind später als verheiratete Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Das dritte und weitere Kinder bekamen verheiratete Frauen im früheren Bundesgebiet etwas früher als verheiratete Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Frauen bekommen heute ihre Kinder später als noch vor 10 Jahren. Die meisten Kinder wurden im Jahr 2001 von 30- bis 34-jährigen Müttern geboren (32 %), 1991 waren es noch die 25- bis 29-jährigen Mütter. Sie gebaren damals 39 % aller Kinder.

Heute liegt der Anteil der Kinder, die von 25- bis 29-jährigen Müttern geboren werden, mit 30 % immer noch sehr hoch. Die Zahlen von 2001 zeigen ferner, dass gegenüber 1991 ebenso der Anteil der Kinder gesunken ist, die von 20- bis 24-jährigen Müttern geboren werden. Andererseits ist der Anteil der Kinder gestiegen, die von 35- bis 39-jährigen Müttern geboren werden (13 % gegenüber 8 % im Jahr 1991). Tabelle 4.3 veranschaulicht diese Entwicklungen im Detail.

Abb. 4.3: Anteil der allein Lebenden im April 2002¹⁾
in % der Bevölkerung des jeweiligen Alters und Geschlechts



1) Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0750

Tab. 4.3: Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter

Alter der Mutter	1991	2001	1991	2001
	Anzahl		%	
unter 20	27 926	38 993	3,4	5,3
20 - 24	182 623	135 784	22,0	18,5
25 - 29	324 975	219 549	39,2	29,9
30 - 34	214 463	235 264	25,8	32,0
35 - 39	68 057	92 696	8,2	12,6
40 - 44	11 347	11 830	1,4	1,6
45 - 49	472	330	0,1	0
50 und älter . .	43	29	0	0

Die Hälfte aller Kinder unter 8 Jahren besuchten eine Tageseinrichtung

Tageseinrichtungen für Kinder, insbesondere Kindergärten, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu unverzichtbaren Einrichtungen entwickelt. Vor allem aufgrund der Berufstätigkeit von Frauen und wegen veränderter Familienstrukturen besteht ein hoher Bedarf an Betreuungsformen für Kinder außerhalb der Familie. Im April 2002 lag die Erwerbstätigenquote der Frauen mit minderjährigen Kindern bei 64 %, jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft war im April 2002 allein erziehend (19 %) und in knapp zwei Drittel dieser allein erziehenden Eltern-Kind-Gemeinschaften lebten minderjährige Kinder (62 %).

Gut die Hälfte (51 %) der Kinder unter 8 Jahren, die noch keine Schüler waren, besuchten im April 2002 in Deutschland eine Kinderkrippe, einen Kindergarten oder einen Kinderhort. Dabei besuchten Kinder im Alter von 5 Jahren weitaus häu-

figer eine dieser Einrichtungen (93 %), als Kinder unter 3 Jahren (10 %).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost besuchten weitaus mehr Kinder unter 8 Jahren, die noch nicht zur Schule gingen, eine Kinderkrippe, -garten oder -hort (64 %) als im früheren Bundesgebiet (49 %).

Vor allem bei den jüngeren Kindern gibt es gravierende Unterschiede in der außerfamiliären Betreuung zwischen Kindern im früheren Bundesgebiet und denen in den neuen Ländern und Berlin-Ost (siehe Tabelle 4.4). Während im April 2002 im früheren Bundesgebiet 6 % der Kinder unter 3 Jahren eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten besuchten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 37 %. In diesem Zusammenhang steht auch die höhere Erwerbstätigenquote der Mütter in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zur Geburt des dritten Kindes gegenüber den Müttern im früheren Bundesgebiet

Tab. 4.4: Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten im April 2002 ¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
		1 000	
Kinder unter 8 Jahren insgesamt ²⁾	5 174	4 503	671
darunter in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten:	2 624	2 192	433
Davon:			
unter 3 Jahren	228	112	115
3 Jahre	452	369	83
4 Jahre	688	596	92
5 Jahre	728	650	77
6 bis unter 8 Jahren	529	464	65
		% ³⁾	
Kinder unter 8 Jahren insgesamt ²⁾	100	100	100
darunter in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten:	50,7	48,7	64,5
Davon:			
unter 3 Jahren	10,2	5,8	36,6
3 Jahre	58,6	54,7	86,4
4 Jahre	85,8	85,2	89,5
5 Jahre	92,5	92,9	89,4
6 bis unter 8 Jahren	90,7	91,1	90,2

1) Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – 2) Ohne Kinder, die bereits die Schule besuchen. – 3) Bezogen auf jeweils 100 Kinder der gleichen Altersgruppe, ohne Kinder, die bereits die Schule besuchen.

(siehe hierzu auch Abbildung 3.3 im vorhergehenden Kapitel). Im Unterschied zu den unter 3-jährigen besuchten im April 2002 im früheren Bundesgebiet 93 % der 5- bis unter 6-jährigen Kinder einen Kindergarten oder Kinderhort, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es nur geringfügig weniger (90 %).

Unbezahlte Arbeit nach wie vor Frauensache

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels werden Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes vorgestellt. Diese in den Jahren 2001/2002 zum zweiten Mal durchgeführte Stichprobenerhebung diente dazu, Informationen über ihre Zeitverwendung in verschiedenen Lebensbereichen zu gewinnen. Hierfür wurden mehr als 12 000 Personen in rund 5 400 Haushalten befragt. Die ausgewählten Personen mussten älter als 10 Jahre sein. Das erste Mal wurde die Zeitbudgeterhebung in den Jahren 1991/1992 durchgeführt.

Die bezahlten Arbeitsstunden, welche die Bevölkerung in Deutschland erbringt, fließen in jedem Quartal in die Größe des Bruttoinlandsprodukts ein. Frauen verbringen pro Woche durchschnittlich 12 Stunden mit bezahlter Arbeit, zu der in der Zeitbudgeterhebung auch Arbeitsuche und Wegezeiten gezählt werden. Sie verbringen damit deutlich weniger Zeit mit Erwerbsarbeit als Männer (22 ½ Stunden).

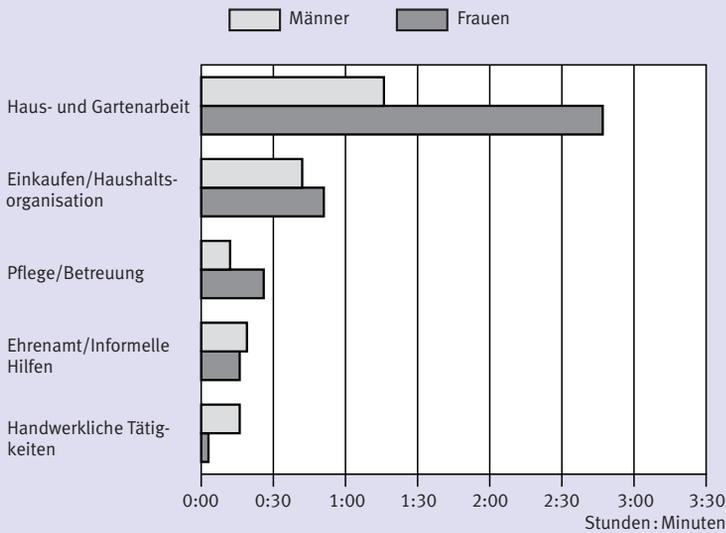
Doch gearbeitet wird nicht nur gegen Bezahlung. Unbezahlte Arbeit wird in beträchtlichen Umfang in den privaten Haushalten von und für Familienmitglieder erbracht. Frauen leisten mit knapp 31 Stunden pro Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer (19 ½ Stunden). Dabei werden zur unbezahlten Arbeit im Rahmen der Zeitbudgeterhebung Haus- und Gartenarbeit, handwerkliche Tätigkeiten, Einkaufen, Haushaltsplanung, Pflege und Betreuung von Perso-

nen, ehrenamtliche Tätigkeiten sowie unentgeltliche soziale und informelle Hilfeleistungen gerechnet.

Unter dem Strich zeigt sich, dass Frauen und Männer zusammen mehr Zeit für unbezahlte Tätigkeiten in Haushalt und Familie aufbringen als für bezahlte Arbeiten. In Zahlen bedeutet das, dass über die ganze Woche verteilt alle Personen ab 10 Jahren durchschnittlich gut 25 Stunden unbezahlt, aber 17 Stunden gegen Bezahlung arbeiten. Frauen verbringen mit durchschnittlich 43 Stunden pro Woche etwa eine Stunde länger mit unbezahlter und bezahlter Arbeit als Männer.

Betrachtet man die einzelnen Tätigkeiten, die zur unbezahlten Arbeit gerechnet werden, ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Den weitaus größten Teil der Zeit für unbezahlte Arbeit nimmt die „Haus- und Gartenarbeit“ in Anspruch. 63 % ihrer unbezahlten Arbeitszeit widmen Frauen diesen Tätigkeiten (2 ¾ Stunden täglich), Männer lediglich 46 % (1 ¼ Stunden). Zur „Haus- und Gartenarbeit“ zählen Kochen, Spülen, Reinigen von Haus bzw. Wohnung, Wäschepflege, Tier- und Pflanzenpflege. Frauen sind mit Wäschepflege z. B. täglich über eine halbe Stunde beschäftigt, Männer dagegen nur 2 Minuten. Auch das Einkaufen und die Haushaltsorganisation nehmen viel Zeit in Anspruch: Bei den Frauen 20 % (51 Minuten), bei den Männern 26 % ihrer Zeit für unbezahlte Arbeit (42 Minuten). Frauen wenden 10 % ihrer unbezahlten Arbeit für die Betreuung und Pflege von Kindern und erwachsenen Haushaltsmitgliedern auf (26 Minuten). Männer verbringen mit dieser Tätigkeit 7 % ihrer Zeit für unbezahlte Arbeit (12 Minuten). Dagegen investieren Frauen weniger Zeit in handwerkliche Tätigkeiten und in Ehrenämter bzw. unentgeltliche soziale und informelle Hilfeleistungen als Männer (19 Minuten gegenüber 35 Minuten der Männer). Abbildung 4.4 veranschaulicht die unterschiedlichen Schwerpunkte von Frauen und Männern bei unbezahlten Tätigkeiten im Jahr 2001/2002.

Abb. 4.4: Unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern 2001/2002



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0751

nehmen sie sich weniger Zeit: Insgesamt haben sie jeden Tag gut eine halbe Stunde weniger Zeit für diese Bereiche als erwerbstätige Frauen ohne Kinder.

Während (in Paarhaushalten lebenden) erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren durchschnittlich täglich 4 ½ Stunden für typische Freizeitaktivitäten – Hobbys, Sport oder die Nutzung von Medien (allem voran das Fernsehen) – und Geselligkeit bleiben, kommen ihre männlichen

Frauen mit Kindern reduzieren ihre Erwerbstätigkeit und freie Zeit

Erwerbstätige Frauen mit Kindern (unter 18 Jahren), die in Paarhaushalten leben, haben im Vergleich zu erwerbstätigen Frauen ohne Kinder geringere Erwerbszeiten, da sie in größerem Maße eine Teilzeitbeschäftigung bzw. eine geringfügige Beschäftigung ausüben. Sie wenden im Durchschnitt aller Wochentage mit gut 3 Stunden pro Tag rund 1 ¼ Stunden weniger Zeit für Erwerbstätigkeit auf. Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, verwenden erwerbstätige Mütter weniger Zeit für bezahlte Arbeit.

Neben ihrer Erwerbstätigkeit leisten erwerbstätige Frauen mit Kindern täglich gut 5 ¼ Stunden unbezahlte Arbeit, wovon auf die Kinderbetreuung 1 ¼ Stunden entfallen. Den höheren Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit und Familie – verglichen mit erwerbstätigen Frauen in Paarhaushalten ohne Kinder – gleichen erwerbstätige Mütter durch weniger Freizeitaktivitäten und soziale Kontakte aus, aber auch für sich selbst (Schlafen, Essen, Körperpflege)

Partner auf 4 ¾ Stunden pro Tag. Für erwerbstätige Mütter, die Erwerbs- und Familientätigkeit vereinbaren, führt somit – verglichen mit kinderlosen erwerbstätigen Frauen und auch mit den erwerbstätigen Vätern in Paarhaushalten – ihre umfangreichere unbezahlte Arbeit in Haushalt und für die Familie zu geringeren Erwerbszeiten und weniger Freizeitaktivitäten.

Erwerbstätige Väter in Paarhaushalten stehen dagegen kinderlosen Männern hinsichtlich ihrer Zeit für Erwerbstätigkeit in nichts nach. Sie verringern ihre Arbeitszeit, wenn minderjährige Kinder zu versorgen sind, im allgemeinen nicht (siehe Tabelle 4.5 auf der nächsten Seite). Erwerbstätige Männer mit Kindern leisten dagegen mehr unbezahlte Arbeit als erwerbstätige Männer ohne Kinder. Bei der Haus- und Gartenarbeit unterscheidet sich der Einsatz von Männern mit und ohne Kinder dabei kaum voneinander: Rund 1 bis 1 ¼ Stunden täglich werden von ihnen geleistet. Die längere unbezahlte Arbeit ergibt sich insbesondere durch eine halbe bis Dreiviertelstunde

Kinderbetreuung am Tag. Männern mit Kindern bleibt daher vor allem aufgrund von Kinderbetreuung rund eine halbe Stunde weniger für Freizeitaktivitäten und Geselligkeit.

lauf derjenigen erwerbstätigen Mütter, die sich Beruf und Familie mit einem Partner teilen. Die allein erziehenden Frauen sind knapp 1 ¾ Stunden täglich länger erwerbstätig als Frauen in Paarhaushalten. Allein

Tab. 4.5: Zeitverwendung von Frauen und Männern in Paarhaushalten 2001/2002

Arbeitsbereich	Mit Kindern unter 18 Jahren				Ohne Kinder	
	beide erwerbstätig		Mann erwerbstätig		beide erwerbstätig	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Stunden : Minuten					
Erwerbstätigkeit	5:51	3:06	5:33	0:09	5:25	4:28
Unbezahlte Arbeit	2:48	5:22	3:11	7:33	2:33	3:26
darunter:						
Haus- und Gartenarbeit	1:03	2:58	1:01	3:52	1:09	2:14
Einkaufen/Haushalts- organisation	0:34	0:53	0:32	1:03	0:42	0:51
Kinderbetreuung	0:34	1:13	0:49	2:20	0:01	0:01
Handwerkliche Tätigkeiten	0:22	0:04	0:32	0:03	0:20	0:04
Ehrenamt/Informelle Hilfen	0:15	0:13	0:15	0:14	0:19	0:14
Soziales Leben und Unterhaltung	1:31	1:48	1:33	1:49	1:53	2:01
Sonstige Freizeitaktivitäten	3:15	2:42	3:10	2:58	3:24	2:52
Physiologische Regeneration	10:22	10:46	10:21	11:12	10:32	11:00
darunter:						
Schlafen	7:55	8:08	7:50	8:25	7:51	8:12
Essen	1:35	1:42	1:39	1:50	1:41	1:40
Körperpflege	0:49	0:54	0:49	0:54	0:57	1:03

erziehende Frauen arbeiten dafür eine knappe Dreiviertelstunde weniger im Haushalt. Sie selbst gönnen sie noch rund eine halbe Stunde weniger für Schlafen, Essen und Körperpflege als erwerbstätige Mütter in Paarhaushalten. Auch für die Kinder bleibt weniger Zeit. Ihr Nachwuchs muss im Vergleich zu Kindern in Paarhaushalten, in denen Mütter erwerbstätig sind, auf gut eine Viertelstunde der mütterlichen Zeit verzichten und anders

Sind Mütter in Paarhaushalten nicht erwerbstätig, so steigt ihre Arbeitszeit im Haushalt im Vergleich zu der erwerbstätiger Frauen ohne Kinder um 4 auf gut 7 ½ Stunden. Verglichen mit erwerbstätigen Müttern leisten sie knapp 2 ¼ Stunden mehr unbezahlte Arbeit. Sie verbringen allein mit Kinderbetreuung am Tag durchschnittlich 1 Stunde mehr als erwerbstätige Mütter in Paarhaushalten. Nichterwerbstätige Mütter haben eine Viertelstunde mehr Zeit für Freizeitaktivitäten und Geselligkeit als erwerbstätige Mütter, aber auch eine halbe Stunde mehr Zeit für Schlafen, Essen und Körperpflege.

als Kindern in Paarhaushalten steht diesen Kindern kein Vater als zweite Bezugsperson im Familienalltag zur Verfügung (siehe Abbildung 4.5).

Allein Erziehende täglich länger erwerbstätig als Mütter in Paarhaushalten

Der Alltag allein erziehender Frauen mit Kindern unter 18 Jahren unterscheidet sich deutlich vom Tagesab-

Mehr Zeit für kleine Kinder

Vor allem das Alter der Kinder ist entscheidend für den Betreuungsaufwand, den Eltern mit ihren Kindern haben. Bei Paaren mit Kindern unter 6 Jahren beansprucht die Kinderbetreuung über ein Drittel der gesamten unbezahlten Arbeit. Bei allein Erziehenden Frauen nimmt sie sogar 43 % ein. Bei Paaren widmen Frauen den Kindern pro Tag 2 ¾ Stunden ihre Hauptaufmerksamkeit, Männer knapp 1 ¼ Stunden. Allein erziehende Frauen geben ihren Kindern – sind sie unter 6 Jahre – insgesamt 3 Stunden täglich ihre hauptsächliche Aufmerksamkeit und damit noch gut eine Viertelstunde mehr als Mütter in Paarhaushalten, obwohl sie durch Ernährerinnenrolle und Familienaufgabe doppelt belastet sind.

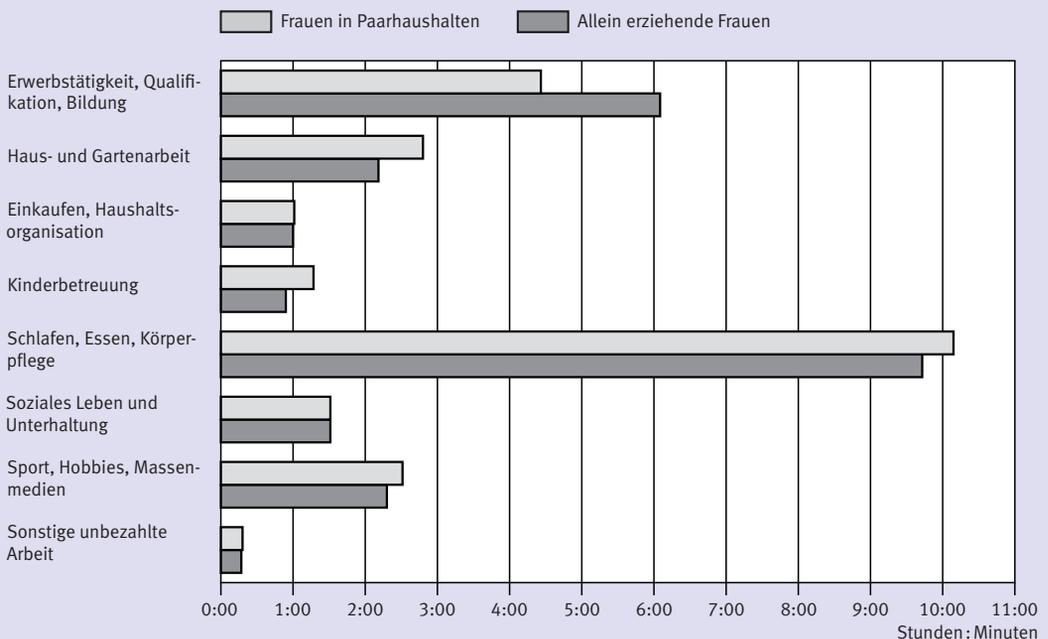
Bei der Kinderbetreuung erfolgt jedoch auch vieles parallel, beispielsweise das Einkaufen mit den Kindern. Werden diese gleichzeitigen Aktivitäten berücksichtigt, steigt der Betreuungsaufwand bei den Frauen in Paarhaushalten nochmals um 1 ¼ Stunden, bei den Männern nur um eine knappe halbe Stunde am Tag. Dass bei allein erziehenden Frauen viele Arbeiten gleichzeitig zur Kinderbetreuung durchgeführt werden, zeigt der Umfang der Kinderbetreuung als gleichzeitige Aktivität: Bei den allein erziehenden Müttern liegt er mit 1 ½ Stunden täglich fast 10 Minuten höher als bei den Frauen in Paarhaushalten.

Seit Beginn der 1990er-Jahre haben die Kinderbetreuungszeiten von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost um fast 1 ¼ Stunden am Tag auf 7 ¼ Stunden deutlich zugenommen. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Rückgang der außerfamiliären Betreuung von

Kindern im Krippenalter und die gegenüber Anfang der 1990er-Jahre deutlich niedrigere Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren zurückzuführen. Auch im früheren Bundesgebiet hat die Kinderbetreuungszeit von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren um eine Dreiviertelstunde zugenommen, auf insgesamt 8 ¾ Stunden. Damit sind Mütter im früheren Bundesgebiet immer noch 1 ½ Stunden länger mit ihren Kindern zusammen als Mütter in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

In welcher Weise sich Frauen und Männer die Kinderbetreuung teilen, hängt stark von der Erwerbstätigkeit der Partnerin bzw. des Partners ab. Erwerbstätige Frauen mit Kindern unter 6 Jahren wenden für die Betreuung ihres Nachwuchses mit 2 ¼ Stunden doppelt so viel Zeit auf wie erwerbstätige Männer, nicht erwerbstätige Frauen mit 3 ¼ Stunden sogar etwa das Dreifache. Mit steigendem Alter der Kinder reduziert sich die Betreuungszeit spürbar.

Abb. 4.5: Zeitverwendung erwerbstätiger Frauen mit Kindern unter 18 Jahren 2001/2002



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0752

5 Finanzielle Situation von Frauen

Personen können ihren Lebensunterhalt auf ganz unterschiedliche Weise abdecken: durch Erwerbstätigkeit, mittels Unterstützung von Angehörigen, mit Hilfe von Renten und Pensionen, Arbeitslosengeld oder -hilfe sowie aus sonstigen finanziellen Leistungen (u. a. Vermietung, Sozialhilfe, BAföG). Auffallend sind dabei die deutlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern: Mit einem Anteil von fast 37 % war die Abhängigkeit der weiblichen Bevölkerung von Leistungen durch Angehörige im April 2002 wesentlich größer als bei den männlichen Personen, von denen nur ein knappes Viertel (23 %) vorwiegend auf diese Unterhaltsquelle angewiesen war. Der überwiegende Lebensunterhalt ist definiert als die Unterhaltsquelle, aus der der Befragte hauptsächlich die Mittel zur Bestreitung seiner Ausgaben bezieht. Bei mehreren Unterhaltsquellen wird

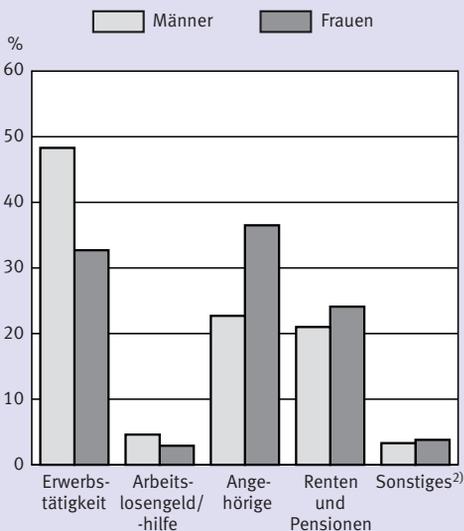
nur die wesentlichste Quelle erfasst. Abbildung 5.1 veranschaulicht die Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts für die Bevölkerung Deutschlands.

Bei jeder zehnten erwerbstätigen Frau reicht das Einkommen nicht für den Lebensunterhalt

Eine Betrachtung der erwerbstätigen Bevölkerung zeigt, dass Frauen seltener als Männer ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbseinkommen decken. Auch bei erwerbstätigen Frauen ist die Abhängigkeit von der Unterstützung durch Angehörige wesentlich größer als bei männlichen Personen. Von den insgesamt 16,2 Mill. erwerbstätigen Frauen im April 2002 in Deutschland bestritten 85 % ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit, bei den erwerbstätigen Männern waren es mit 96 % deutlich mehr. Entsprechend waren 11 % der erwerbstätigen Frauen (1,8 Mill.) und nur 2 % der Männer auf eine Unterstützung durch Angehörige angewiesen. Der Anteil derjenigen, die zwar eine Erwerbstätigkeit ausübten, aber ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld bzw. -hilfe oder Renten bzw. Pensionen und sonstigen Einkünften (z. B. eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung und sonstige Unterstützung wie z. B. Stipendium) bezogen, war bei beiden Geschlechtern relativ gering (Frauen 3,4 %, Männer 2,5 %).

Bei den Erwerbslosen sehen die Unterschiede in der Deckung des Lebensunterhalts zwischen Frauen und Männern ähnlich aus. 64 % der insgesamt 1,8 Mill. erwerbslosen Frauen im April 2002 konnten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Arbeitslosengeld bzw. -hilfe decken. Bei den Männern waren es mit 78 % deutlich mehr. Auf Unterstützung durch Angehörige waren dagegen 23 % der erwerbslosen Frauen, aber nur 10 % der erwerbslosen Männer angewiesen. Knapp drei Viertel (71 %) der hauptsächlich von Leistungen Angehöriger lebenden erwerbslosen

Abb. 5.1: Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts der Bevölkerung im April 2002¹⁾



1) Ergebnisse des Mikrozensus. – 2) Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung und sonstige Unterstützung (z. B. BAföG, Stipendium).

Frauen in Deutschland waren verheiratet, das heißt in diesen Fällen dürfte den Unterhaltsleistungen des Ehemannes größte Bedeutung zukommen. Der Anteil derjenigen Erwerbslosen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Renten bestritten, lag bei Frauen und Männern ähnlich niedrig (2 % bzw. 1 %). 11 % der erwerbslosen Frauen und ein ebenso großer Teil der erwerbslosen Männer deckten ihren Lebensunterhalt durch sonstige finanzielle Einkünfte.

Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der erwerbslosen Frauen, für die Arbeitslosengeld oder -hilfe die wichtigste Quelle ihres Lebensunterhalts ist, geringer als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. 55 % der erwerbslosen Frauen im früheren Bundesgebiet, aber 77 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost bewerteten Arbeitslosengeld bzw. -hilfe als wichtigste Quelle ihres Lebensunterhalts. Bei den Männern gab es mit 74 % bzw. 86 % deutlich geringere West-Ost-Unterschiede.

Dagegen finanzierten 30 % der erwerbslosen Frauen im früheren Bundesgebiet ihre Lebenshaltung zum größten Teil aus Unterhaltsleistungen Angehöriger; in dieser Situation befanden sich jedoch nur 12 % der als erwerbslos eingestuftten Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Auch bei den Nichterwerbspersonen im früheren Bundesgebiet lag der Anteil der Frauen, die durch Angehörige unterstützt wurden, mit 58 % über dem Anteil der Männer (50 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen erhielten 34 % der weiblichen und 43 % der männlichen Nichterwerbspersonen Leistungen ihrer Angehörigen zur Bestreitung ihres überwiegenden Lebensunterhalts.

Arbeiterinnen verdienen 25 % weniger als Arbeiter

Über alle Wirtschaftsbereiche hinweg gesehen, verdienen Arbeiterinnen rund 25 % weniger als Arbeiter.

Als Lohn oder Gehalt werden in der amtlichen Statistik alle Bruttobezüge (einschließlich Leistungs-, Sozial- und sonstige Zulagen sowie Zuschläge) der Arbeiter und Angestellten angesehen.

Im Jahr 2002 verdienten Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe monatlich 1 837 Euro brutto, Arbeiter dagegen 2 484 Euro. Damit erhielten Arbeiterinnen 26 % weniger Lohn als Arbeiter im Produzierenden Gewerbe. Gegenüber 1996, als Arbeiterinnen 27 % weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen, hat sich der Verdienstabstand zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern nur geringfügig verringert.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist der Verdienstabstand zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern geringer als im früheren Bundesgebiet. Im Jahr 2002 verdienten Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe in den neuen Ländern und Berlin-Ost 22 % weniger als Arbeiter, im früheren Bundesgebiet waren es dagegen 26 % weniger.

Zur Erklärung des geschlechtsspezifischen Verdienstabstandes tragen Unterschiede in der Arbeitszeit sowie in der Ausbildung und folglich auch in den ausgeübten Tätigkeiten zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern bei. Während die Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe 37,2 Wochenstunden arbeiteten, waren die Männer mit 38,0 Wochenstunden etwas länger beschäftigt.

Unterschiede in der Ausbildung sind eine weitere Ursache für den geschlechtsspezifischen Verdienstabstand. Arbeiterinnen konnten 2002 seltener einen Berufsausbildungsabschluss nachweisen als ihre männlichen Kollegen (die Angaben beziehen sich auf die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister). Dies trifft insbesondere auf das frühere Bundesgebiet zu, wo nur 38 % der Arbeiterinnen, aber 69 % der Arbeiter eine Berufsausbildung abge-

schlossen haben. In den neuen Ländern und Berlin-Ost besitzen dagegen 75 % der Arbeiterinnen und 84 % der Arbeiter einen Ausbildungsabschluss.

Ferner unterscheidet die Verdienststatistik bestimmte Leistungsgruppen, die Arbeiter- und Angestellten-tätigkeiten nach der für die Tätigkeit notwendigen Qualifikation einteilt. Unterschiede in der Ausbildung zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern schlagen sich in dieser Eingruppierung nach Leistungsgruppen nieder. Bei den Arbeitern werden drei Leistungsgruppen unterschieden:

- Leistungsgruppe 1 umfasst Arbeiterinnen und Arbeiter, die eine Facharbeiterqualifikation besitzen (generell bezeichnet als Facharbeiter).
- Leistungsgruppe 2 umfasst solche Personen, die Tätigkeiten mit einer Anlernzeit von mindestens drei Monaten ausüben (im Folgenden als ange-lernete Arbeiter bezeichnet).
- Leistungsgruppe 3 gruppiert diejenigen Arbeiterinnen und Arbeiter, die Tätigkeiten mit einer Anlernzeit von weniger als drei Monaten ausführen (so genannte Hilfsarbeiter).

Arbeiterinnen im früheren Bundesgebiet sind überwiegend als Hilfsarbeiterinnen und in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost überwiegend als angelernte Arbeiterinnen beschäftigt, Männer in beiden Teilen Deutschlands dagegen mehrheitlich als Facharbeiter. Ein Teil des Verdienstabstands zwischen Frauen und Männern lässt sich auf diese unterschiedlichen Tätigkeiten zurückführen. In den einzelnen Leistungsgruppen, in denen vergleichbare Tätigkeiten gebündelt werden, ist der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern niedriger als zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern insgesamt. Innerhalb aller Leistungsgruppen verdienen Frauen jedoch weniger als Männer: In den Leistungsgruppen 1 und 2 20 % und in Leistungsgruppe 3 15 % weniger als Männer.

Weibliche Angestellte verdienen 33 % weniger als männliche

Der geschlechtsspezifische Verdienstabstand ist über alle Wirtschaftsbereiche hinweg bei den Angestellten höher als bei den Arbeiterinnen und Arbeitern. So verdienen weibliche Angestellte rund 33 % weniger als ihre Kollegen.

Weibliche Angestellte im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhielten im Jahr 2002 Bruttomonatsgehälter von durchschnittlich 2 517 Euro. Männliche Angestellte dieser Wirtschaftsbereiche verdienten dagegen 3 589 Euro. Damit verdienten angestellte Frauen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 30 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Im Vergleich zu 1996 war der Verdienstabstand im Jahr 2002 zwischen weiblichen und männlichen Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe etwas geringer. Seinerzeit hatten angestellte Frauen noch 32 % weniger verdient als ihre männlichen Kollegen.

Die unterschiedlichen Verdienste von angestellten Frauen und Männern lassen sich wie bei den Arbeiterinnen und Arbeitern weitgehend durch Unterschiede in den ausgeübten Tätigkeiten erklären. Bei den Angestellten werden im Gegensatz zu den Arbeitern nicht nur drei, sondern fünf Leistungsgruppen unterschieden:

- Leistungsgruppe I umfasst leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Anordnungsbefugnis.
- Leistungsgruppe II umfasst Angestellte, die Tätigkeiten mit beschränkten Anordnungsbefugnissen ausüben.
- Zur Leistungsgruppe III gehören diejenigen Angestellten, die selbstständig arbeiten und eine mehrjährige Berufserfahrung oder besondere Fach- bzw. Spezialkenntnisse aufweisen.

- Leistungsgruppe IV fasst diejenigen Angestellten zusammen, deren Tätigkeiten das Fachwissen einer Berufsausbildung erfordern.
- Leistungsgruppe V gruppiert Angestellte mit Tätigkeiten, für die ein Ausbildungsabschluss nicht erforderlich ist.

Weibliche Angestellte gehörten 2002 überwiegend den Leistungsgruppen III und IV an, männliche Angestellte dagegen überwiegend den Leistungsgruppen II und III. Angestellte Frauen üben somit stärker als ihre männlichen Kollegen Tätigkeiten mit niedrigerem Qualifikationsniveau aus. Innerhalb der Leistungsgruppen ist – wie bei den Arbeiterinnen und Arbeitern – der geschlechtsspezifische Verdienstabstand zwischen angestellten Frauen und Männern geringer. Jedoch verdienen auch angestellte Frauen innerhalb aller Leistungsgruppen weniger als angestellte Männer. Dieser geschlechtsspezifische Verdienstabstand bedeutet jedoch nicht, dass Frauen, die im selben Unternehmen die gleiche Tätigkeit wie Männer ausüben, anders bezahlt werden.

Der Verdienstabstand zwischen angestellten Frauen und Männern im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe streut in den einzelnen Leistungsgruppen zwischen 15 % und 24 %. Er war bei den leitenden Angestellten (Leistungsgruppe I) mit 24 % am höchsten.

Frauen verdienen als Verkäuferin am wenigsten

Die Verdienstunterschiede zwischen angestellten Frauen und Männern lassen sich zum Teil auch durch unterschiedliche Berufe der beiden Geschlechter erklären. Was Frauen und Männer als Angestellte in ausgewählten Berufen im Jahr 2001 verdienten, zeigt Abbildung 5.2 auf der nächsten Seite. Die Berufsgliederung in dieser Grafik richtet sich nach der Berufssystematik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

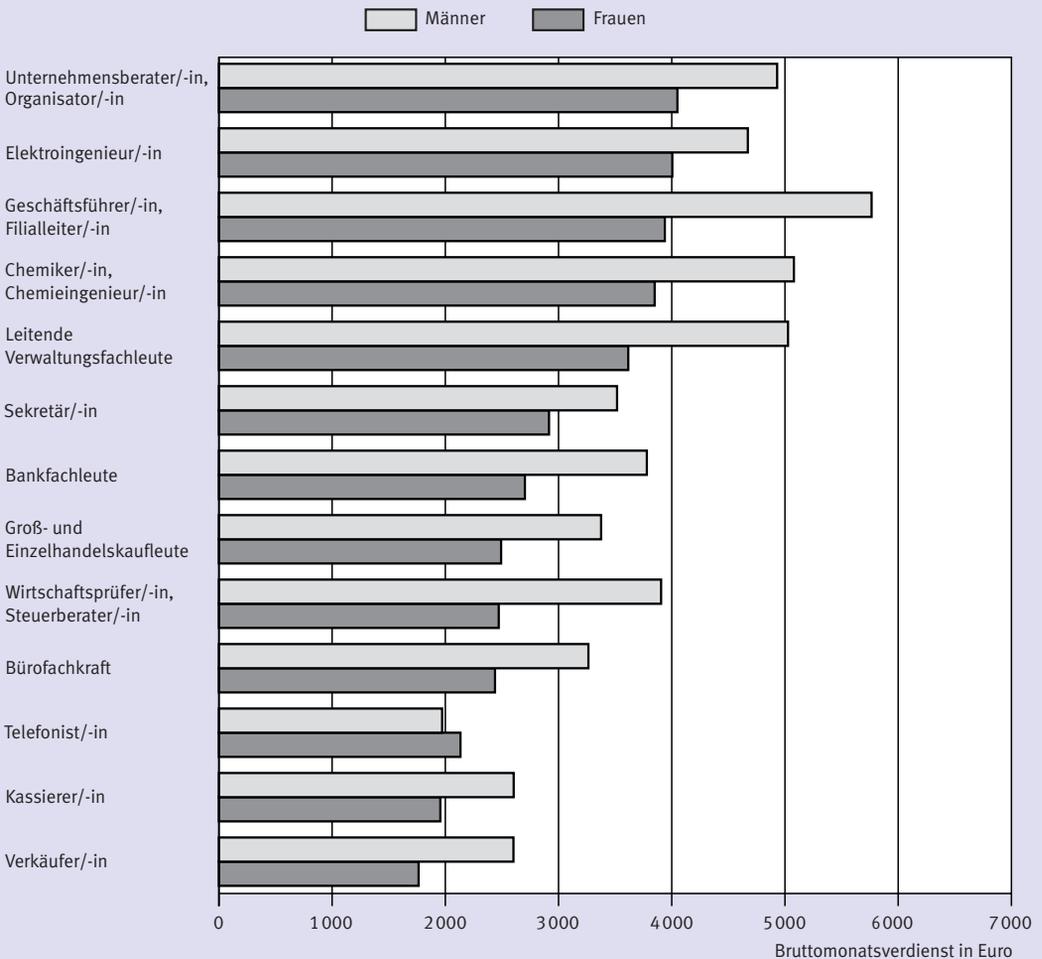
Sie differenziert i. d. R. nicht nach der Qualifikation. So wird zwar z. B. zwischen Bürokräften und Bürohilfskräften unterschieden, andere Berufe wie z. B. sonstige Techniker sind jedoch eher Sammelpositionen ohne nähere Qualifikationsbezeichnung. Außerdem unterscheidet die Berufssystematik der BA nicht nach Leistungsmerkmalen, wie sie in der oben erwähnten Leistungsgruppenzuordnung zum Ausdruck kommen. Insofern ergänzen sich die Informationen der Leistungsgruppengliederung des Statistischen Bundesamts und der Berufsgliederung der Verdienste der BA.

Der 2001 am häufigsten ausgeübte Beruf sowohl bei weiblichen als auch bei männlichen Angestellten war die Bürofachkraft. Frauen verdienten in diesem Beruf monatlich 2 439 Euro brutto und damit 25 % weniger als Männer (3 264 Euro). Nach den Bürofachkräften waren angestellte Frauen überwiegend als Verkäuferin (mit einem Bruttomonatsverdienst von 1 764 Euro), als Bankfachfrau (2 703 Euro), als Groß- und Einzelhandelskauffrau (2 493 Euro) und als Sekretärin (2 916 Euro) tätig. In allen hier genannten Berufen verdienten Männer zwischen 25 % und 32 % mehr als Frauen. Männer waren am zweithäufigsten als Geschäftsführer und Filialleiter tätig, wo sie mit 5 765 Euro den höchsten Bruttomonatsverdienst unter den am häufigsten ausgeübten Berufen erzielten. Neben den oben genannten Berufen waren Männer meist als Datenverarbeitungsfachmann (4 229 Euro), Bankfachmann (3 780 Euro) und sonstige Techniker (3 588 Euro) tätig. Frauen verdienten in diesen Berufen zwischen 17 % und 32 % weniger als Männer (siehe Abbildung 5.2 auf der nächsten Seite).

Die Berufe mit den höchsten Verdiensten sind bei Frauen Unternehmensberaterin/Organisatorin, Elektroingenieurin sowie Geschäftsführerin/Filialleiterin und bei Männern Unternehmensberater/Organisator, Chemiker/Chemieingenieur sowie leitende Verwaltungsfachkraft. Als Geschäftsführer/in

Finanzielle Situation von Frauen

Abb. 5.2: Verdienste¹⁾ weiblicher und männlicher Angestellter in ausgewählten Berufen 2001



1) Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0754

bzw. Filialleiter/in erhalten Angestellte beider Geschlechter Spitzenverdienste. Frauen in diesem Beruf verdienen mit 3 939 Euro brutto im Monat 32 % weniger als Männer. Den höchsten Verdienst erzielten die Frauen mit 4 050 Euro als Unternehmensberaterin/Organisatorin. Sie verdienen damit 18 % weniger als Männer in diesem Beruf.

In den Berufen Verkäuferin, Kassiererin und Telefonistin verdienen die Frauen im Jahr 2001 am geringsten.

Diese Berufe können als typische Frauenberufe angesehen werden, denn 59 % der Verkäuferinnen und Verkäufer sowie 79 % der Kassiererinnen und Kassierer waren Frauen. Auch Männer verdienten in diesen Berufen schlechter als in anderen.

Die Ausbildung hat auf die Höhe des Verdiensts von Angestellten einen noch größeren Einfluss als bei Arbeitern. Die Verdienste der Angestellten sind generell umso höher, je besser die Ausbildung ist. Im

Jahr 2001 verdienten angestellte Frauen mit Hochschulstudium im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe durchschnittlich 3 787 Euro. Sie erhielten damit um 16 % höhere Gehälter als ihre Kolleginnen mit Fachhochschulabschluss, 35 % mehr als ihre Kolleginnen mit Abitur und 57 % mehr als ihre Kolleginnen mit Volks-, Haupt- und Realschulabschluss.

Gleichzeitig zeigten sich auch bei gleichem Ausbildungsniveau erhebliche Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern. Angestellte Frauen mit Hochschulstudium verdienten im Jahr 2001 24 % weniger als Männer mit gleichem Ausbildungsniveau. Bei den Abiturientinnen und Abiturienten lag der geschlechtsspezifische Verdienstabstand mit 26 %, bei den Fachhochschulabsolventen mit 28 % und bei den Angestellten mit Volks-, Haupt- und Realschulabschluss mit 31 % noch höher.

Im Bereich Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister verdienten sowohl Frauen als auch Männer mit den höchsten Ausbildungsabschlüssen weniger als im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt war in den erstgenannten Dienstleistungsbereichen jedoch höher als in den letztgenannten Wirtschaftsbereichen. Hier hatten 14 % der Frauen und 35 % der Männer im Jahr 2001 einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, gegenüber 8 % der Frauen und 23 % der Männer, die im Produzierenden Gewerbe,

Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe tätig waren.

Trotz der hier beschriebenen Unterschiede ist zu erwarten, dass sich die geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede längerfristig verringern, da sich die Ausbildungsniveaus von Frauen und Männern weiter annähern werden.

Sozialhilfequote der Frauen um so höher, je jünger sie sind

Am Jahresende 2002 erhielten 1,5 Mill. Frauen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, definiert als Sozialhilfe im engeren Sinne. Frauen stellten damit 56 % aller Personen, die Sozialhilfe empfangen haben, während nur 44 % all jener, die Sozialhilfe bezogen, männlich waren. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt dient der Deckung des Grundbedarfs vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung.

Das aus der Armen- und Wohlfahrtspflege entstandene Fürsorgeprinzip findet in der Sozialhilfe seinen Niederschlag. Die Sozialhilfe soll in Not geratenen

Tab. 5.1: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾

Jahr	Insgesamt		Davon			
			Männer		Frauen	
	1 000	Sozialhilfequote ²⁾	1 000	Sozialhilfequote ²⁾	1 000	Sozialhilfequote ²⁾
1992	2 338,9	2,9	1 071,1	2,7	1 267,8	3,0
1993	2 450,4	3,0	1 106,7	2,8	1 343,7	3,2
1994	2 257,8	2,8	965,9	2,4	1 291,9	3,1
1995	2 515,7	3,1	1 088,0	2,7	1 427,7	3,4
1996	2 695,0	3,3	1 178,3	2,9	1 516,6	3,6
1997	2 893,2	3,5	1 272,3	3,2	1 620,9	3,9
1998	2 879,3	3,5	1 262,3	3,2	1 617,1	3,8
1999	2 792,5	3,4	1 218,2	3,0	1 574,2	3,7
2000	2 677,1	3,3	1 167,2	2,9	1 509,9	3,6
2001	2 698,9	3,3	1 181,6	2,9	1 517,2	3,6
2002	2 757,2	3,3	1 216,2	3,0	1 541,0	3,7

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Prozentualer Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Finanzielle Situation von Frauen

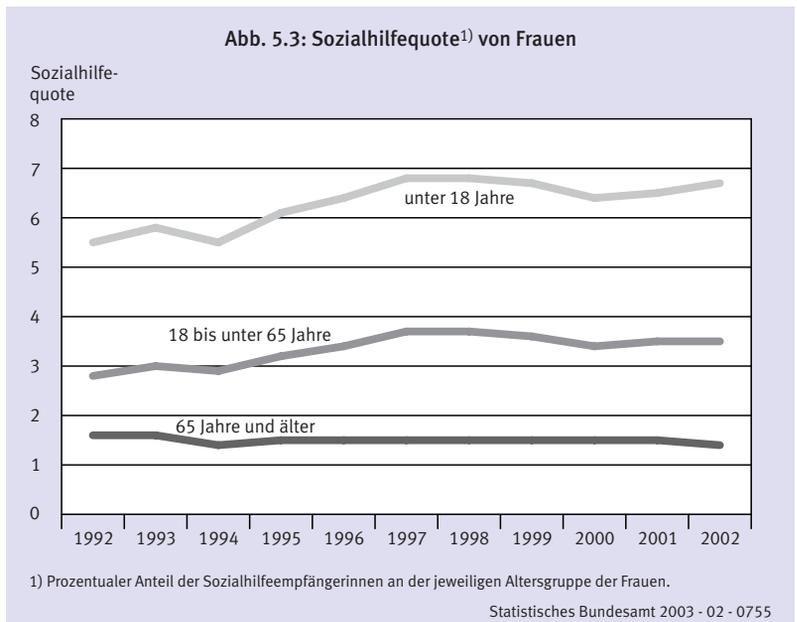
Bürgerinnen und Bürgern ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung ermöglichen. Sie wird nur dann gewährt, wenn die Betroffenen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen und wenn Angehörige oder Träger anderer Sozialleistungen sie nicht unterstützen können.

Die Sozialhilfequote gibt den prozentualen Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an einer bestimmten Bevölkerungsgruppe wieder. Sie lag zum Jahresende 2002 für die Gesamtbevölkerung in Deutschland bei 3,3 %. Frauen beanspruchten mit einer Quote von 3,7 % etwas häufiger Sozialhilfe als Männer (3,0 %). Ausländerinnen haben mit 9,4 % eine deutlich höhere Sozialhilfequote als deutsche Frauen (3,1 %).

Die Sozialhilfequote der Frauen ist in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als die der Männer (siehe Tabelle 5.1). Am Jahresende 1992 hatte die Sozialhilfequote der Frauen bei 3,0 und die der Männer bei 2,7 gelegen. Insgesamt waren am Jahresende 2002 1,3 Mill. Frauen und 1,1 Mill. Männer auf Sozialhilfe angewiesen. Am niedrigsten nach 1992 war die Sozialhilfequote für Frauen und Männer 1994 (3,1 bzw. 2,4). Dies ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Dies hatte zur Folge, dass zum Jahresende 1994 rund 450 000 Personen aus dem Sozialhilfebezug herausfielen und in das Asylbewerberleistungsrecht überwechselten.

Am höchsten seit 1992 war die Sozialhilfequote für Frauen im Jahr 1997 (3,9) und für Männer in den Jahren 1997 und 1998 (3,2).

Gegenwärtig ist die Sozialhilfequote der Mädchen und Frauen um so höher, je jünger sie sind. Während die Sozialhilfequote der Frauen – insbesondere bei Minderjährigen – in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen ist, liegt sie bei den älteren Frauen (65 Jahre und älter) knapp unter dem Niveau von 1992, wie Abbildung 5.3 veranschaulicht.



Allein erziehende Frauen (340 000) sowie allein lebende Frauen (311 000) bildeten am Jahresende 2002 die größten Gruppen unter allen Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne. Ende 2002 bezog in Deutschland jede vierte allein erziehende Frau Sozialhilfe (26 %). Dagegen bezogen nur 6 % aller allein erziehenden Männer derartige Hilfen. Ende 2002 gab es insgesamt 351 000 allein Erziehende in Deutschland, die auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen waren.

28 % der Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) konnten wegen häuslicher Bindung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, dies traf jedoch lediglich auf 1 % der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter zu.

1,5 Mill. Frauen bezogen 2002 Arbeitslosengeld oder -hilfe

41 % aller Personen, die im Jahr 2002 Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen, waren Frauen (1,5 Mill.). Gegenüber 1992 (51 %) war das zwar ein erheblicher Rückgang des Anteils, die Zahl der auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe angewiesenen Frauen ist im gleichen Zeitraum aber erheblich gestiegen, weil die Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe gestiegen ist: Im Durchschnitt des Jahres 2002 bezogen in Deutschland rund 3,6 Mill. Personen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, 1992 waren es noch deutlich weniger gewesen (2,2 Mill. Personen).

In Deutschland ist die Arbeitslosenversicherung ein Teil der Sozialversicherung. Zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung zählen die Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe bei Arbeitslosigkeit und von Konkursausfallgeld bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld richtet sich nach der Dauer sowohl der Arbeitslosigkeit als auch der vorherigen Beschäftigung, während für den Bezug von Arbeitslosenhilfe vor allem die Bedürftigkeit eine Rolle spielt.

Frauenanteil unter den Arbeitslosengeldempfängern liegt bei 41 %

Mehr als 781 000 Frauen bezogen im Jahr 2002 Arbeitslosengeld. Das waren 41 % der insgesamt knapp 1,9 Mill. Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfänger. Mit einem Anteil von 56 % hatten die Frauen 1992 noch mehr als die Hälfte aller Personen gestellt, die auf Arbeitslosengeld angewiesen

waren (937 000 Frauen). Dies zeigt, dass zu Beginn des strukturellen Umbruchs im Osten Deutschlands Anfang der 1990er-Jahre Frauen im besonderen Maße von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Maßgeblich für den Rückgang des Frauenanteils ist die Entwicklung in den neuen Ländern (einschl. Berlin). Dort erfüllen aufgrund der anhaltend schwierigen Arbeitsmarktsituation viele längerfristig arbeitslose Frauen inzwischen nicht mehr die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld. Dies zeigen die Daten für 1992 und 2002. Der Frauenanteil an den Empfängern von Arbeitslosengeld in den neuen Ländern (einschl. Berlin) lag 1992 mit 66 % erheblich über dem von 2002 (40 %).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) lag der Frauenanteil an den Arbeitslosengeldempfängern mit zuletzt 42 % knapp über dem Wert in den neuen Ländern (einschl. Berlin). 1992 hatte er bei 45 % gelegen und war 1997 auf 40 % gesunken. Der Anstieg des Frauenanteils an den Arbeitslosengeldempfängern zwischen 1997 und 2002 weist darauf hin, dass im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) immer stärker Frauen von den Arbeitsmarktproblemen betroffen sind.

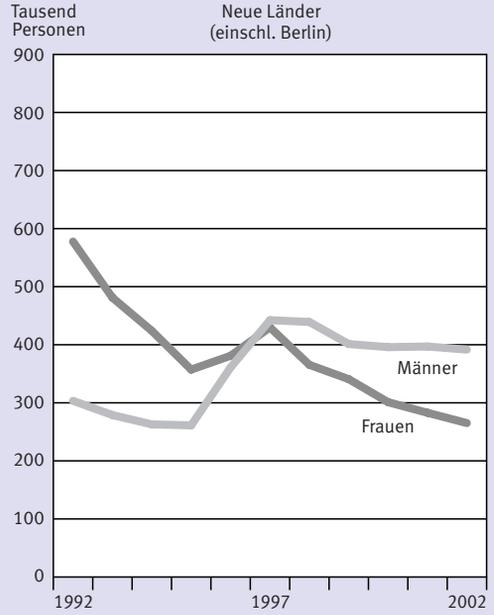
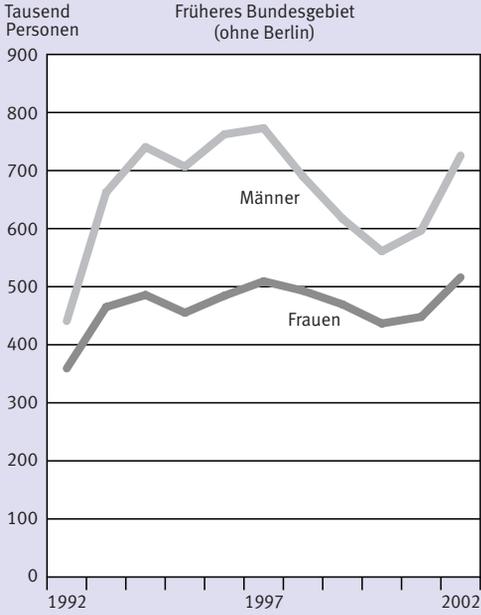
Seit 1992 ist also der Anteil der Frauen an den Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfängern insgesamt zurückgegangen, wobei auch die Zahl der Frauen, die Arbeitslosengeld bezogen, gegenüber 1992 zurückgegangen ist (siehe Tabelle 5.2).

Tab. 5.2: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

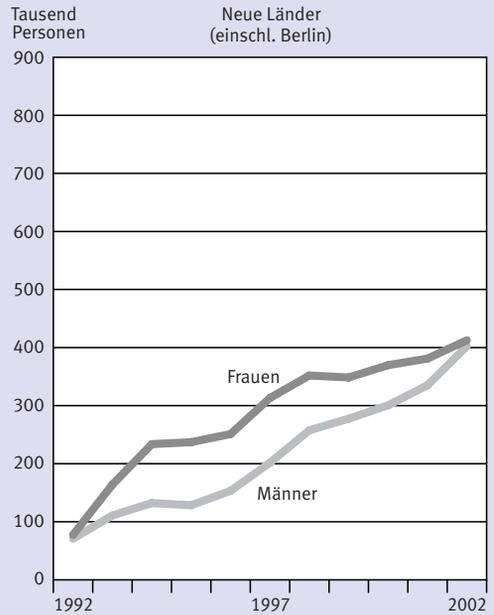
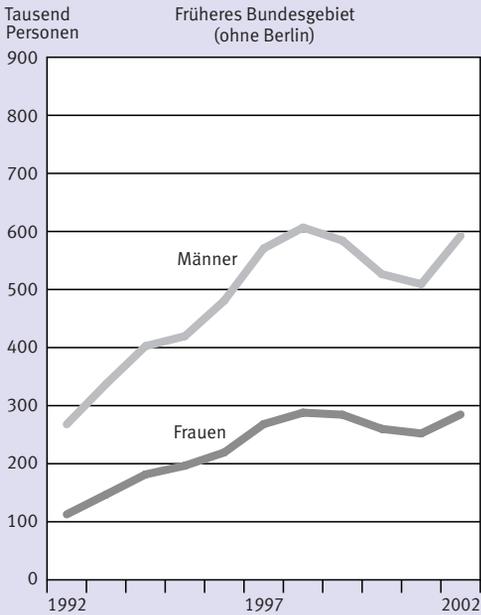
Jahr	Insgesamt		Frauen	
	Anzahl		%	
Arbeitslosengeld				
1992	1 681 155	936 889	55,7	
1997	2 154 561	939 251	43,6	
2002	1 898 585	781 183	41,1	
Arbeitslosenhilfe				
1992	528 786	190 208	36,0	
1997	1 353 797	581 334	42,9	
2002	1 692 215	697 315	41,2	

Abb. 5.4: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Arbeitslosengeld



Arbeitslosenhilfe



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0756

Mehr als 3,5-mal so viele Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe wie 1992

Der zunehmend größer werdende Kreis von Personen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, ist ein Indiz für die anhaltenden Arbeitsmarktprobleme. Im Durchschnitt des Jahres 2002 gab es mit 697 000 Frauen mehr als 3,5-mal so viele Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe als 1992 (190 000 Frauen). Betrachtet man Frauen und Männer zusammen, gab es mit knapp 1,7 Mill. gut dreimal so viele Empfänger von Arbeitslosenhilfe wie vor zehn Jahren (siehe Tabelle 5.2). Arbeitslosenhilfe wird im Anschluss an eine ausgelaufene Arbeitslosengeldzahlung oder dann gewährt, wenn eine Person die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllt.

Auch der Frauenanteil lag 2002 mit 41 % deutlich über dem von 1992 (36 %), seit 1997 (43 %) ist er aber leicht gesunken. Ein Grund für den sinkenden Frauenanteil seit 1997 ist, dass die Anzahl der auf Arbeitslosenhilfe angewiesenen Männer stärker steigt als die der Frauen.

Seit 1992 erhöhte sich vor allem die Zahl der Frauen, die in den neuen Ländern (einschl. Berlin) Arbeitslosenhilfe bezogen, enorm. 1992 gab es im Osten Deutschlands rund 77 000 Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe, 2002 waren es dagegen mehr als fünfmal so viele (413 000 Frauen). Auch im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der auf Arbeitslosenhilfe angewiesenen Frauen, und zwar um das 2,5-fache von 113 000 Frauen 1992 auf 285 000 Frauen im Jahr 2002. Die Zahl der Frauen, die Arbeitslosenhilfe bezogen haben, ist in den letzten zehn Jahren gestiegen, weil immer mehr Frauen die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht mehr erfüllen und dann Arbeitslosenhilfe erhalten.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren 33 % der im Jahresdurchschnitt 2002 insgesamt 877 000 Personen mit Anspruch auf Arbeitslosenhilfe weiblichen Geschlechts, in den neuen Län-

dern (einschl. Berlin) stellten die Frauen im selben Jahr rund die Hälfte (51 %) der insgesamt 815 000 Arbeitslosenhilfe empfangenden Personen (Abbildung 5.4). Diese unterschiedlichen Frauenanteile können auf die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen im früheren Bundesgebiet und denen in den neuen Ländern (einschl. Berlin) zurückgeführt werden.

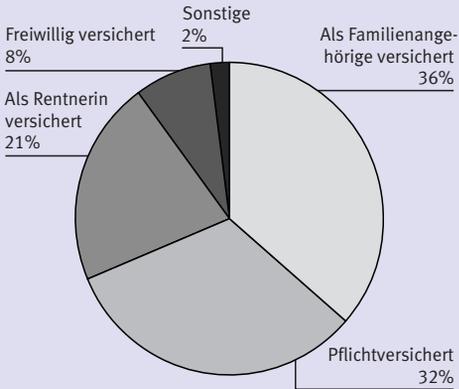
Jede dritte Frau als Familienangehörige krankenversichert

Die zu den Sozialversicherungen zählende gesetzliche Krankenversicherung basiert auf dem Gedanken gegenseitiger Hilfe durch Beitragszahlungen und durch kollektiven Risikoausgleich (Versicherungsprinzip). Den Leistungen stehen also eigene Beiträge des Versicherten gegenüber. Darin unterscheidet sich die zu den Sozialversicherungen gehörende Krankenversicherung von der Versorgung (ohne selbstentrichtete Beiträge werden Leistungen aus Ansprüchen gegenüber dem Staat gezahlt, z. B. Beamtenversorgung) und der Fürsorge (in finanzielle Not geratene Personen erhalten Leistungen für eine menschenwürdige Lebensführung, z. B. Sozialhilfe).

In der Sozialversicherung besteht weitgehend Versicherungspflicht. Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung ist es demzufolge, denjenigen Personenkreis zu versichern, der dieser Versicherungspflicht unterliegt. Je nach Alter oder sozialen Rahmenbedingungen haben die versicherten Personen unterschiedliche Arten des Versicherungsschutzes. So sind Kinder normalerweise über ihre Familien versichert. Im erwerbsfähigen Alter sind Personen meistens pflichtversichert. Personen, die älter als 65 Jahre sind, versichern sich üblicherweise als Rentner.

Im April 1999 (aktuellere Daten werden im April 2004 vorliegen) waren mehr als ein Drittel (36 %) der insgesamt 42,0 Mill. Mädchen und Frauen in Deutsch-

Abb. 5.5: Krankenversicherung der Frauen im April 1999¹⁾



1) Aktuellere Daten werden im April 2004 vorliegen.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0757

land als Familienangehörige versichert, bei den Männern waren es deutlich weniger (23 % der 40,0 Mill. Männer). Ein etwas geringerer Anteil (32 %) der Frauen war selbst pflichtversichert (Männer: 41 %), gefolgt von den als Rentnerin versicherten Frauen (21 %). Bei den Männern waren 17 % als Rentner versichert. Freiwillig versichert waren bei den Frauen gut 8 %, bei den Männern waren es mit 17 % dagegen deutlich mehr. Keine Krankenversicherung hatten 0,2 % der Frauen und ein ebenso niedriger Anteil der Männer. Abbildung 5.5 veranschaulicht die hier genannten Daten. Frauen sind damit häufiger als Männer als Familienangehörige mitversichert. Sie sind aber weniger häufig freiwillig versichert. Um sich freiwillig versichern zu können, müssen Personen eine Beitragsbemessungsgrenze überschreiten. Offenbar erreichen Frauen mit ihrem Einkommen diese Beitragsbemessungsgrenze seltener als Männer.

Dies wird auch durch die Krankenversicherungsdaten der Frauen im erwerbsfähigen Alter bestätigt. 49 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren waren 1999 pflichtversichert (Män-

ner: 57 %), während der Anteil der freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter bei 11 % lag (Männer: 21 %). Der geringere Anteil der freiwillig versicherten Frauen resultiert aus ihrer weniger starken Erwerbsbeteiligung. Von den freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter waren drei Viertel (74 %) erwerbstätig.

Der größere Teil (54 %) der freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter befand sich in einer privaten Krankenversicherung, am zweithäufigsten wurden die Ersatzkassen von diesen Frauen ausgewählt (26 %). 24 % der freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter waren Beamtinnen.

Als Familienangehörige versichert und somit ohne eigene Krankenversicherung waren 30 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter, bei den Männern waren es dagegen sehr viel weniger (10 %). Die Mehrheit dieser Frauen ohne eigene Krankenversicherung war nicht erwerbstätig (84 %).

Am häufigsten versicherten sich Frauen in Orts- und Ersatzkrankenkassen (72 %). Erwerbstätige Frauen waren häufiger – vor allem als Pflichtversicherte – in Ersatzkassen (44 %). Nicht erwerbstätige Frauen waren – vor allem als Rentnerinnen und Familienangehörige versichert – eher in Ortskrankenkassen (42 %).

Rund 67 % aller in Ortskrankenkassen krankenversicherten Frauen waren als Rentnerinnen oder als Familienangehörige versichert. Für die Ersatzkrankenkassen errechnete sich dagegen ein Anteil von 49 %.

Frauen erhalten niedrigere Versichertenrenten, aber höhere Witwenrenten als Männer

Die Alterssicherung der meisten Menschen in Deutschland besteht aus Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung, die sie durch ihre Erwerbs-

tätigkeit und durch freiwillige Leistungen für sich selbst und ihre Hinterbliebenen erworben haben. Zum Personenkreis der Versicherten gehören Arbeiter und Angestellte unabhängig von der Höhe ihres Verdienstes sowie – überwiegend auf freiwilliger Basis – u. a. Selbstständige und Hausfrauen. Zum Personenkreis der Hinterbliebenen gehören Witwen, Witwer und Waisen.

Renten werden geleistet wegen Alters, wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Todes. Die Renten wegen Alters oder wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erhalten die Versicherten selbst, dies sind die so genannten Versichertenrenten. Renten wegen Todes werden an die Hinterbliebenen gezahlt.

Deutlich mehr Versichertenrenten wurden 2002 an Frauen (9,8 Mill.) als an Männer (7,9 Mill.) gezahlt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die höhere Lebenserwartung der Frauen. Mitte des Jahres 2002 sind insgesamt rund 17,7 Mill. Versichertenrenten gezahlt worden.

Nach dem Tod des Versicherten hat der Ehegatte Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn er bis zum Tod des Versicherten mit diesem verheiratet war und bestimmte Zahlungsvoraussetzungen erfüllt. 2002 erhielten 5,0 Mill. Frauen, aber nur 400 000 Männer eine solche Witwen- bzw. Witwerrente. Eine Waisenrente erhielten 400 000 Menschen.

Die Gesamtzahl der Renten (23,5 Mill.) liegt somit höher als die Zahl der Rentner, da z. B. eine Hinterbliebenenrente und eine Versichertenrente zugleich an eine Person gezahlt werden können. Typischerweise erhalten hauptsächlich Frauen mehr

als eine Rente. Die Zahl der Rentnerinnen betrug rund 11,5 Mill., die der Rentner rund 7,9 Mill. im Jahr 2002.

Die durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbeträge der Versichertenrenten in der Rentenversicherung der Angestellten lagen für Frauen im früheren Bundesgebiet Mitte des Jahres 2002 bei 594 Euro und für Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 699 Euro. Die monatliche Versichertenrente für Männer im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag mit 1 160 Euro bzw. 1 156 Euro wesentlich höher als die für Frauen (siehe Tabelle 5.3).

Die monatlichen Rentenzahlbeträge der Versichertenrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter waren im Durchschnitt niedriger als die Versichertenrenten für Angestellte. Sie betrugen für Frauen im früheren Bundesgebiet 381 Euro, für Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost 595 Euro. Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente für Männer im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag auch hier mit 843 Euro bzw. 908 Euro deutlich höher als für Frauen.

Die monatlichen Rentenzahlbeträge der Witwenrenten beliefen sich in der Rentenversicherung der Angestellten im früheren Bundesgebiet auf 655 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 587 Euro. In der Rentenversicherung der Arbeiter lagen die

Tab. 5.3: Durchschnittliche Rentenzahlbeträge am 01.07.2002

Gegenstand der Nachweisung	Versichertenrenten		Renten wegen Todes	
	männlich	weiblich	darunter	
			Witwerrenten	Witwenrenten
Euro/Monat				
Rentenversicherung der Arbeiter				
Früheres Bundesgebiet	843	381	172	479
Neue Länder und Berlin-Ost	908	595	213	498
Rentenversicherung der Angestellten				
Früheres Bundesgebiet	1 160	594	248	655
Neue Länder und Berlin-Ost	1 156	699	246	587

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Finanzielle Situation von Frauen

monatlichen Rentenzahlbeträge der Witwenrenten im Durchschnitt im früheren Bundesgebiet bei 479 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 498 Euro. Die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge der Witwerrenten sind in beiden Zweigen der Rentenversicherung sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich niedriger als die der Witwenrenten.

Wie hoch die Rente ist, richtet sich in erster Linie nach der Höhe und Anzahl der Beiträge, die eine Person im Laufe ihres Berufslebens in die Rentenkasse eingezahlt hat. Deshalb können Versicherte, die lange gearbeitet und gut verdient haben, höhere Renten erwarten als andere, die bei geringem Verdienst weniger lange berufstätig waren. Das ist auch der Grund dafür, dass die Renten der Frauen zumeist erheblich geringer ausfallen als die der Männer. Denn Frauen kommen – unter anderem wegen ihrer familiären Einbindung – vielfach nicht auf die gleiche Anzahl von Berufsjahren wie Männer, zudem verdienen sie oft auch weniger bzw. gehen häufiger als Männer einer Teilzeitbeschäftigung nach. Allerdings sind viele Rentnerinnen nicht allein auf ihre eigene Rente angewiesen, da sie zusätzlich noch eine Witwenrente beziehen: Gut ein Viertel (29 %) aller Rentnerinnen in Deutschland sind Mehrfachrentnerinnen, beziehen also mindestens zwei Renten. Bei den Rentnern beträgt der Anteil lediglich 4 %.

Die Versichertenrenten für Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind wegen der regelmäßig längeren Erwerbstätigkeit deutlich höher als für Frauen im früheren Bundesgebiet. So haben Frauen im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 25 Versicherungsjahre vorzuweisen, Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen 41 Versicherungsjahre.

Die Rentenzahlbeträge zeigen allerdings nur zum Teil die Versorgungssituation der Rentnerinnen und Rentner, da hierzu weitere Einkommen (wie z. B. Betriebsrenten, Einkommen aus Vermögen) zu berücksichtigen sind.

6 Frauen und Gesundheit

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In dieser weitgefassten Definition kann Gesundheit zwar nicht durch amtliche Statistiken ausgedrückt werden, gleichwohl wird eine Vielzahl von Informationen zum Gesundheitszustand und Krankheitsgeschehen der Bevölkerung in Deutschland durch die amtliche Statistik bereitgestellt.

Frauen sind häufiger krank als Männer

In mehrjährigen Abständen, zuletzt im April 1999, werden im Rahmen des Mikrozensus Fragen zur Gesundheit gestellt. Bei dieser Befragung gilt eine Person dann als krank oder unfallverletzt, wenn sie sich zum Zeitpunkt der Befragung oder in einem vierwöchigen Berichtszeitraum davor so in ihrem Gesundheitszustand beeinträchtigt fühlte, dass sie ihre übliche Beschäftigung (Schulbesuch, Berufstätigkeit, Hausarbeit etc.) nicht voll ausüben konnte.

Im April 1999 beantworteten die Fragen zur Gesundheit 87 % der Frauen und ein genauso hoher Teil der Männer. Von ihnen bezeichneten sich gut 11 % der Frauen und 10 % der Männer als krank oder unfallverletzt. Insgesamt waren weniger Frauen unfallverletzt (0,6 %) als Männer (0,8 %), aber mehr Frauen krank (11 % gegenüber 9 %).

Am niedrigsten war die Krankenquote in der Gruppe der unter 15-Jährigen, in der sie für weibliche Jugendliche 4,3 % und für männliche 4,5 % betrug. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die Quote: Bei den 40- bis unter 65-jährigen Frauen lag sie bei 11 %, bei den gleichaltrigen Männern war sie ebenso hoch (11 %). In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älte-

ren bezeichneten sich 22 % der Frauen und 21 % der Männer als krank.

Die Quote der Unfallverletzten war ebenfalls am niedrigsten bei den unter 15-Jährigen (jeweils 0,4 % bei Mädchen und Jungen), am höchsten bei den 15- bis unter 40-jährigen Männern (1,1 %) sowie bei den 65-jährigen und älteren Frauen (1,0 %).

Brustkrebs häufigster Grund für stationäre Behandlung

Im Jahr 2000 wurden 9,4 Mill. Frauen in deutschen Krankenhäusern stationär behandelt, das entspricht 55 % der insgesamt 17,2 Mill. Krankenhauspatientinnen und -patienten dieses Jahres. Diese Zahl schließt auch Sterbe- und sogenannte Stundenfälle ein, bei denen der stationäre Krankenhausaufenthalt am Tag der Aufnahme endet.

Je 10 000 Einwohnerinnen wurden im Jahr 2000 rund 2 200 Frauen in ein Krankenhaus stationär aufgenommen, für die Bevölkerung insgesamt betrug die Behandlungshäufigkeit 2 052 je 10 000 Einwohner. Frauen wurden also insgesamt häufiger als Männer vollstationär behandelt. In der Gruppe der älteren Menschen (60 Jahre und älter) lag die Krankenhaushäufigkeit je 10 000 Einwohner bei Frauen niedriger (3 737) als bei Männern (4 159).

Der häufigste Grund für einen stationären Klinikaufenthalt war für Frauen die normale Entbindung (also ohne Kaiserschnitt und andere geburtshilfliche Maßnahmen) mit 490 000 stationär behandelten Patientinnen im Jahr 2000. Ohne diese normalen Entbindungen einzubeziehen, waren Frauen aufgrund von Krebs der Brustdrüse (253 000 Patientinnen) am häufigsten im Krankenhaus. An zweiter Stelle liegt die chronische ischämische Herzkrankheit, d. h. die verminderte Durchblutung des Herzens, mit 179 000 Fällen und an dritter Gallensteine (141 000). Männer wurden im Jahr 2000 hauptsächlich im Zusammenhang mit einer chro-

nisch ischämischen Herzkrankheit stationär behandelt (366 000 Patienten), gefolgt von psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (213 000). Der Leistenbruch war die dritthäufigste Diagnose bei Männern (166 000), die in Krankenhäusern stationär behandelt wurden.

Jede fünfte Entbindung durch Kaiserschnitt

Im Jahr 2001 gab es in deutschen Krankenhäusern insgesamt 715 100 Entbindungen, bei denen 724 600 Kinder lebend zur Welt kamen. 161 500 dieser Entbindungen erfolgten durch einen Kaiserschnitt. Dies entspricht einem Anteil von 23 %. 1991 lag der Anteil der Entbindungen durch Kaiserschnitt an allen Geburten im Krankenhaus noch bei 15 %.

Während der Anteil der Kaiserschnitte an allen Entbindungen von 1991 bis 2001 kontinuierlich gestiegen ist, nahm der Anteil anderer geburts-hilflicher Maßnahmen im gleichen Zeitraum stetig ab. Im Jahr 2001 lag der Anteil der durch Vakuumextraktion entbundenen Frauen bei knapp 5 % (1991: 6 %) und der durch Zangengeburt entbundenen Frauen bei 1,4 % (1991: 2,6 %).

Wegen einer Fehlgeburt wurden im Jahr 1991 88 700 Frauen im Krankenhaus behandelt. 2001 waren es 70 900 und damit 20 % weniger als 1991.

40 % der Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen, waren kinderlos

Im Jahr 2002 wurden in Deutschland über 130 000 legale Schwangerschaftsabbrüche von Krankenhäusern und sonstigen Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, gemeldet. 94 000 Schwangerschaftsabbrüche wurden im früheren Bundesgebiet, 25 000 in den neuen Ländern und 11 000 in Berlin durchgeführt.

1997 wurden 131 000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, seitdem ist die Zahl der Abbrüche relativ konstant geblieben. Im früheren Bundesgebiet ist die Anzahl der Abbrüche seit 1997 um 3 % gestiegen, während im gleichen Zeitraum in den neuen Ländern 10 % weniger und in Berlin 3 % weniger Abbrüche zu verzeichnen waren.

Zum Zeitpunkt des Eingriffs waren 48 % der Frauen ledig, fast ebensoviele (46 %) waren verheiratet. 7 400 Schwangere (6 %) waren minderjährig. Der Anteil der Frauen, die als Minderjährige einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, lag in den neuen Ländern bei 7 %, im früheren Bundesgebiet und in Berlin bei jeweils 5 %.

Rund 40 % der schwangeren Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs noch keine Kinder geboren. Jeweils ein Viertel (25 % bzw. 24 %) hatte bislang eine bzw. zwei Lebendgeburten. Dabei liegt in den neuen Ländern (ohne Berlin) der Anteil derer, die zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs bereits ein oder zwei Kinder hatten, höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Tabelle 6.1 enthält Angaben dazu, wie viele Kinder Schwangere zum Zeitpunkt ihres Schwangerschaftsabbruchs bereits geboren hatten.

Jede vierte der Frauen, die sich 2002 zum Abbruch der Schwangerschaft entschlossen hatte, suchte ein Krankenhaus auf (24 %). Die meisten entschieden sich für eine gynäkologische Praxis (76 %). Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) wurden überwiegend gynäkologische Praxen aufgesucht (83 %), um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, in den neuen Ländern (ohne Berlin) eher Krankenhäuser (57 %).

Rund 5 % aller betroffenen Frauen ließen den Schwangerschaftsabbruch in einer Einrichtung außerhalb des Bundeslandes, in dem sie wohnen, vornehmen.

Frauen und Gesundheit

98 % der gemeldeten Abbrüche wurden nach der Beratungsregelung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen vorgenommen.

Die häufigste Abbruchmethode (106 300 Fälle) war im Jahr 2002 mit 82 % die Vakuumaspiration (Absaugmethode). 5 % aller Abbrüche wurden mit dem Ende 1999 eingeführten Medikament Mifegyne durchgeführt (7 000 Fälle).

heit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und sie daher nur beeinträchtigt am Leben in der Gesellschaft teilnehmen können. Ausgedrückt wird die Schwere der Einschränkung im Grad der Behinderung (GdB), und zwar in Zehnergraden von 20 bis 100. Als schwerbehindert gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde.

Die Schwerbehindertenquote gibt den Anteil der schwerbehinderten Menschen an der Bevölkerung des jeweiligen Alters und Geschlechts an. In Deutschland waren Ende 2001 rund 8 % der Frauen und fast 9 % der Männer schwerbehindert. Tabelle 6.2 enthält die entsprechenden Angaben für das frühere Bundesgebiet (einschl. Berlin) und die neuen Länder (ohne Berlin).

Tab. 6.1: Schwangerschaftsabbrüche nach vorangegangenen Lebendgeborenen 2002

Vorangegangene Lebendgeborene	Deutschland	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Neue Länder (ohne Berlin)	Berlin
	Anzahl			
Keine	51 941	39 041	7 683	4 982
1	33 147	22 190	7 801	3 060
2	31 302	21 914	6 976	2 321
3	9 992	7 609	1 697	661
4	2 725	2 039	455	222
5 und mehr	1 280	984	192	98
Insgesamt . . .	130 387	93 777	24 804	11 344
	%			
Keine	39,8	41,6	31,0	43,9
1	25,4	23,7	31,5	27,9
2	24,0	23,4	28,1	20,5
3	7,7	8,1	6,8	5,8
4	2,1	2,2	1,8	2,0
5 und mehr	1,0	1,0	0,8	0,9
Insgesamt . . .	100	100	100	100

Weniger weibliche als männliche Schwerbehinderte

Etwas weniger als die Hälfte (47 %) der insgesamt 6,7 Mill. von den Versorgungsämtern anerkannten Schwerbehinderten in Deutschland waren Ende 2001 weiblich (3,2 Mill.). Im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin) wurden Ende 2001 insgesamt 2,7 Mill. schwerbehinderte Frauen gezählt, der Frauenanteil entsprach mit 47 % dem für ganz Deutschland. In den neuen Ländern (ohne Berlin) war die Hälfte (50 %) der Schwerbehinderten weiblich (484 700).

Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesund-

Die Schwerbehindertenquote steigt mit zunehmendem Alter an, denn eine Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Während bei den 25- bis 35-Jährigen 1,8 % der Frauen und 2,2 % der Männer schwerbehindert sind, hat bei den 55- bis 65-Jährigen jede achte Frau (12 %) und jeder

Tab. 6.2: Schwerbehindertenquote am 31.12.2001

Geschlecht	Deutschland	Früheres Bundesgebiet (einschl. Berlin)	Neue Länder (ohne Berlin)
Männlich	8,8	9,1	7,2
Weiblich	7,5	7,7	6,9
Insgesamt . . .	8,1	8,4	7,0

sechste Mann (18 %) einen Schwerbehindertenausweis. Abbildung 6.1 veranschaulicht die Schwerbehindertenquote für Frauen und Männer in Abhängigkeit ihres Alters.

Die weitaus meisten Schwerbehinderungen waren im Jahr 2001 krankheitsbedingt. Bei den Frauen war eine Krankheit häufiger Ursache der Behinderung (89 % der Fälle) als bei den Männern (82 %). Aufgrund von Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen, eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit haben dagegen 6 % der männlichen, aber nur 0,6 % der weiblichen Schwerbehinderten dauerhafte Schäden davon getragen. 0,4 % der weiblichen und 0,9 %

rund 319 000 Herz- und Kreislaufkranke, das ist jede zehnte schwerbehinderte Frau. Am zweithäufigsten waren die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen (15 %), und zwar insbesondere der Beine (11 %). Bei weiteren knapp 15 % der schwerbehinderten Frauen waren Wirbelsäule und Rumpf in ihrer Funktion eingeschränkt.

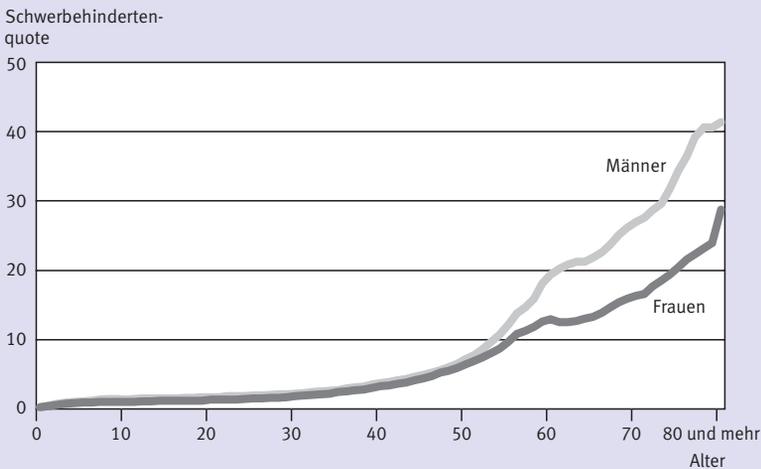
Weniger Frauen als Männer übergewichtig

Die Befragten des Mikrozensus wurden 1999 nach Körpergewicht und Körpergröße gefragt. Von Interesse ist hier das Verhältnis von Körpergröße und Körpergewicht. Daraus kann ermittelt werden, ob eine Person Unter-, Über- oder Normalgewicht besitzt. Dieses Verhältnis wird im so genannten Body-Mass-Index (BMI) ausgedrückt. Dieser wird berechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die quadrierte Körpergröße (in Metern) teilt; das Geschlecht und das Alter der Person bleiben dabei unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem BMI von über 25 als überge-

wichtig ein, mit einem Wert von 30 als stark übergewichtig. 40 % der Frauen und 56 % der Männer, die 18 Jahre und älter waren, hatten demnach im Jahr 1999 Übergewicht. Stark übergewichtig waren 11 % der Frauen und 12 % der Männer.

In allen Altersklassen gab es weniger übergewichtige Frauen als Männer. Schon bei den 18- bis 20-jährigen war nur jede neunte weibliche, aber fast jeder

Abb. 6.1: Schwerbehindertenquote¹⁾ am 31.12.2001



1) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe und des jeweiligen Geschlechts in %.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0758

der männlichen Schwerbehinderten waren 2001 aufgrund eines Verkehrsunfalls schwerbehindert. Angeboren war die Behinderung bei 4,5 % der weiblichen und 4,8 % der männlichen Schwerbehinderten.

Eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen war bei den 3,2 Mill. weiblichen Schwerbehinderten mit einem Anteil von 24 % die häufigste Behinderungsart. Darunter befanden sich allein

sechste männliche Jugendliche übergewichtig (siehe Tabelle 6.3).

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Übergewichtigen sowohl bei Frauen als auch bei Männern an. Den höchsten durchschnittlichen BMI hatten 1999 die 65- bis 70-jährigen Frauen und Männer. In dieser Altersklasse waren 60 % der Frauen und 73 % der Männer übergewichtig. Tabelle 6.3 veranschaulicht diese Daten für verschiedene Altersklassen.

Tab. 6.3: Body-Mass-Index der Bevölkerung 1999

Alter von ... bis unter ... Jahren	Durchschnittlicher Body-Mass-Index		Darunter Übergewicht		Darunter mit starkem Übergewicht ¹⁾	
	kg/m ²		% ²⁾			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18 - 20	22,6	21,2	15,8	10,7	2,6	1,9
20 - 25	23,4	21,9	24,0	14,7	3,5	3,4
25 - 30	24,5	22,7	37,7	21,5	5,9	5,6
30 - 35	25,2	23,2	47,1	24,8	7,9	6,5
35 - 40	25,6	23,7	52,9	29,5	9,8	7,8
40 - 45	26,1	24,2	58,5	34,3	12,9	10,1
45 - 50	26,6	24,9	64,8	42,0	15,3	11,8
50 - 55	26,8	25,4	67,6	48,0	16,7	14,1
55 - 60	26,8	25,6	69,3	50,1	16,5	14,7
60 - 65	27,1	26,2	71,6	58,4	18,0	17,2
65 - 70	27,1	26,5	73,1	60,4	18,7	19,1
70 - 75	26,6	26,0	68,2	57,0	14,7	15,9
75 und mehr	25,6	24,7	55,6	44,1	9,3	9,6
Zusammen	25,8	24,5	56,2	39,7	12,1	11,0

1) Lt. WHO bedeutet ein Body-Mass-Index von 25 und mehr Übergewicht, von 30 und mehr starkes Übergewicht. –
2) Anteil an der Bevölkerung mit Angaben zu Körpergewicht- und Körpergröße.

Untergewicht (BMI kleiner als 18,5) wurde bei 4 % der erwachsenen Frauen, aber nur bei 1 % der Männer, ermittelt. Besonders häufig tritt Untergewicht bei den 18- bis unter 20-jährigen Frauen auf (16 %).

Jede fünfte Frau ist Raucherin

Trotz der bekannten Gesundheitsgefahren des Rauchens verzichten viele Menschen in Deutschland nicht darauf. Im April 1999 stuften sich 7,0 Mill. Frauen (die älter als 15 Jahre waren) in Deutschland als Raucherinnen ein. Das entsprach einem Anteil der Raucherinnen an allen Frauen von 19 %. Der Anteil

der Raucherinnen an allen rauchenden Personen in Deutschland betrug 41 %.

Der Anteil der regelmäßig rauchenden Frauen war nicht nur insgesamt, sondern auch in allen Altersklassen geringer als jener der Männer. Unter den 35- bis 40-jährigen gab es sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern den höchsten Raucherinnen- und Raucheranteil (31 % bzw. 42 %). Der niedrigste Anteil an Raucherinnen und Rauchern an

allen Befragten ab 15 Jahren war unter den 75-jährigen und Älteren zu finden. Tabelle 6.4 zeigt den Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Bevölkerung insgesamt in Abhängigkeit vom Alter.

Der Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Bevölkerung in Deutschland ist in den vergangenen Jahren gestiegen, vor allem der Anteil junger Raucherinnen und Raucher. Während 1992 18 % der 15- bis 20-jährigen zum Glimmstengel

griffen, waren es 1999 bereits 25 %. Dabei ist der Anteil der jungen Frauen nahezu in gleichem Umfang wie der Anteil der jungen Männer gestiegen (um 7 Prozentpunkte): Während 1992 14 % der 15- bis 20-jährigen Frauen Zigaretten rauchten, waren es 21 % im Jahr 1999. Bei den gleichaltrigen jungen Männern betrug die Anteile der Raucher 21 % bzw. 28 %.

Hinsichtlich der Höhe des täglichen Zigarettenkonsums gab es ebenfalls geschlechtsspezifische Unterschiede. So war 1999 bei den regelmäßigen Raucherinnen nur etwa jede zehnte Frau als starke Raucherin einzustufen, bei den männlichen regel-

Tab. 6.4: Regelmäßige Raucherinnen und Raucher 1999

Alter von ... bis unter ... Jahre	Raucher/-innen		Darunter	
	Männlich	Weiblich	Starke Raucher/-innen ¹⁾	
			Männlich	Weiblich
%				
15-20	22,3	16,4	1,2	0,9
20-25	37,7	26,9	4,8	2,5
25-30	38,8	27,4	7,3	3,2
30-35	39,9	30,2	9,3	3,8
35-40	42,0	30,6	10,3	4,5
40-45	40,5	29,4	11,7	4,8
45-50	37,5	25,4	11,6	4,0
50-55	32,3	20,9	9,5	3,6
55-60	26,2	13,6	6,8	1,9
60-65	21,6	10,1	4,4	1,1
65-70	17,7	7,7	3,2	0,6
70-75	14,5	6,3	1,7	0,4
75 und mehr . . .	9,4	3,3	0,8	0,3
Insgesamt . . .	30,9	18,9	6,9	2,4

1) Lt. WHO mit einem täglichen Zigarettenkonsum von mehr als 20 Stück.

mäßigen Rauchern jedoch etwa jeder fünfte. Als starke Raucherin bzw. starker Raucher gilt eine Person, die mehr als 20 Zigaretten am Tag raucht. Den höchsten Anteil an starken Raucherinnen gab es in der Altersgruppe der 40- bis 45-jährigen Frauen (5%), die meisten starken Raucher ebenfalls in der Altersgruppe der 40- bis 45-jährigen Männer (12%).

Geringeres Unfallrisiko von Frauen

Im Jahr 2002 verunglückten insgesamt 210 000 Mädchen und Frauen im Straßenverkehr. 175 000 Mädchen und Frauen wurden leicht und 33 000 wurden schwer verletzt, 1 900 Mädchen und Frauen verstarben an den Unfallfolgen innerhalb vom 30 Tagen nach dem Unfalldatum. Insgesamt wurden im Jahr 2002 mehr als 6 800 Unfalldote auf öffentlichen Wegen und Plätzen gezählt sowie über 388 000 leicht und fast 88 400 schwer Verletzte.

Das Risiko von Frauen, im Straßenverkehr zu verunglücken, ist deutlich niedriger als das von Männern. So waren 43 % aller Verunglückten, 44 % aller Ver-

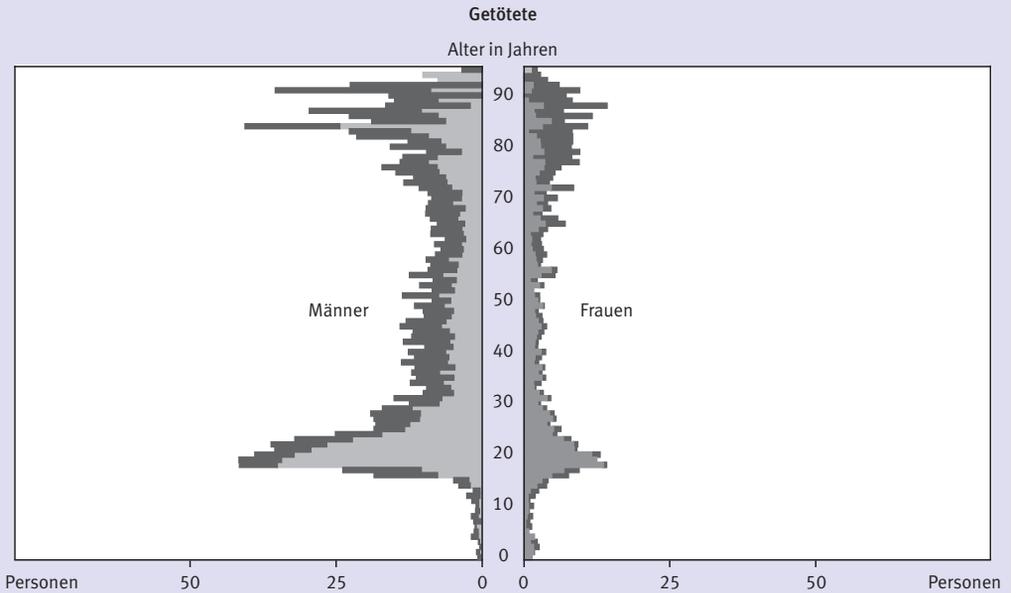
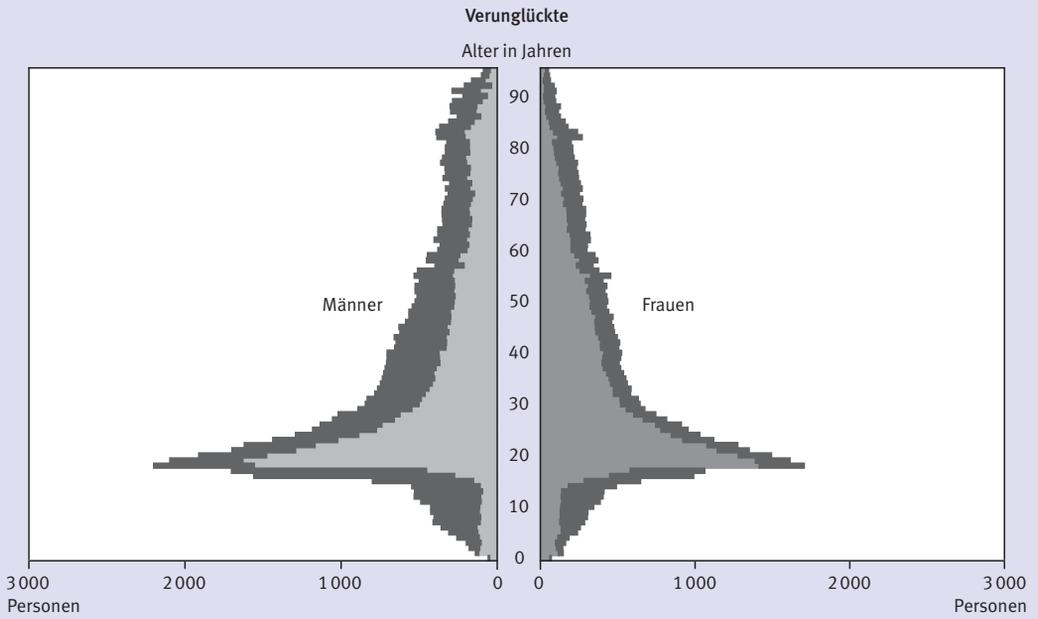
letzten und 28 % aller im Straßenverkehr Getöteten im Jahr 2002 weiblich. Werden die Verunglücktenzahlen auf die Einwohnerzahlen des jeweiligen Geschlechts bezogen, wird das geringere Unfallrisiko von Frauen noch deutlicher: Im Jahr 2002 verunglückten je 1 Mill. Einwohner 497 Frauen, aber 678 Männer im Straßenverkehr. Betrachtet man die Zahlen für die im Straßenverkehr getöteten Personen, sind die Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern noch ausgeprägter: Je 1 Mill. Einwohner starben 45 Frauen und 123 Männer bei Straßenverkehrsunfällen. Damit wurden fast dreimal so viele Männer wie Frauen im Straßenverkehr getötet.

Frauen haben in allen Altersgruppen ein geringeres Unfallrisiko als Männer. Am geringsten war die Unfallhäufigkeit im Jahr 2002 bei Seniorinnen über 65 Jahren, so verunglückten 237 Seniorinnen je 100 000 Einwohner. Ein Grund hierfür dürfte die geringere Verkehrsteilnahme der älteren Frauen sein. Hinsichtlich des Risikos, im Straßenverkehr getötet zu werden, befand sich diese Altersgruppe mit 7 Getöteten je 100 000 Einwohner an 4. Stelle. Diese Zahlen spiegeln zum einen die mit zunehmendem Alter nachlassende körperliche Widerstandskraft und damit möglicherweise schwerwiegendere Folgen von Körperverletzungen wieder, zum anderen nehmen ältere Frauen sehr häufig als Fußgängerinnen am Verkehr teil und sind somit einem größeren Risiko als Pkw-Fahrerinnen ausgesetzt, schwerwiegende Verletzungen zu erleiden. Am häufigsten verunglückten im Jahr 2002 Frauen der Altersgruppe von 18 bis 21 Jahren. Je 100 000 Einwohner kamen 1 605 Frauen dieser Altersgruppe zu Schaden.

Die am stärksten von Verkehrsunfällen mit Todesfolge betroffene Altersgruppe der Frauen waren die 18- bis 21-jährigen. Diese Altersgruppe war auch am stärksten von tödlichen Verkehrsunfällen betroffen. So kamen im Jahr 2002 je 1 Mill. Einwohner im Alter von 18 bis 21 Jahren 132 Frauen bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Bei den Männern waren es

Abb. 6.2: Verunglückte und Getötete im Straßenverkehr je 100 000 Einwohner 2002

■ Pkw-Benutzer/-innen ■ übrige Verkehrsteilnehmer/-innen



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0759

allerdings mehr als dreimal so viele (408 Tote). Abbildung 6.2 zeigt die Zahl der verunglückten und getöteten Frauen und Männer bezogen auf einzelne Altersjahre.

Die überwiegende Mehrheit der verunglückten Frauen aller Altersgruppen (71 %) kam als Fahrerin oder Mitfahrerin eines Pkw zu Schaden. 1 200 dieser 149 000 weiblichen Unfallbeteiligten wurden getötet. Die 18- bis 40-jährigen Frauen waren besonders häufig in einen Unfall mit einem Pkw verwickelt: Ihr Anteil betrug zwischen 79 % und 85 % an allen 18- bis 40-jährigen verunglückten Frauen. Von den bei einem Unfall getöteten 18- bis 24-jährigen Frauen kamen sogar 92 % in einem Pkw ums Leben.

Während 41 % aller verunglückten Pkw-Insassinnen als Mitfahrerin bei einem Verkehrsunfall zu Schaden kamen, saß nur jeder vierte verunglückte männliche Pkw-Insasse nicht selbst am Steuer (24 %). Von den getöteten Frauen hatten 45 % den Wagen nicht selbst gefahren.

27 000 Frauen verunglückten im Jahr 2002 als Fahrradfahrerinnen (13 % aller verunglückten Mädchen und Frauen), rund 200 von ihnen wurden getötet. Mit dem Fahrrad verunglückten relativ häufig Mädchen zwischen 10 und 15 Jahren (36 % aller verunglückten Mädchen dieser Altersgruppe) und ältere Frauen über 60 Jahre (16 %).

Als Fußgängerinnen kamen im Jahr 2002 insgesamt 18 000 Frauen zu Schaden (8 % aller verunglückten Frauen). Auch hier waren Mädchen und ältere Frauen besonders betroffen: Mehr als jedes vierte Mädchen unter 15 Jahren (26 %) und jede vierte Seniorin über 70 Jahre (26 %), die im Jahr 2002 bei Unfällen zu Schaden kamen, verunglückten als Fußgängerinnen. Bei den Getöteten kamen fast jedes vierte Mädchen (23 %) und nahezu die Hälfte der Seniorinnen als Fußgängerinnen ums Leben (49 %).

Frauen fahren seltener mit motorisierten Zweirädern und verunglücken folglich auch deutlich seltener als

Männer mit diesem Verkehrsmittel. Nur 5 % der verunglückten Frauen hatten einen Unfall mit einem Mofa, Moped oder Motorrad. Dagegen waren es bei den Männern 17 %.

3 % der im Jahr 2002 im Straßenverkehr verunglückten Frauen kamen als Fahrerin oder Insassin von Kraftomnibussen, Güterkraftfahrzeugen oder Straßenbahnen zu Schaden.

Frauen seltener schuld an Unfällen als Männer

Im Jahr 2002 wurden 36 % der 457 000 an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Pkw von Frauen gesteuert. Während in den Altersgruppen ab 35 Jahren der Anteil der Frauen als Hauptverursacher von Pkw-Unfällen mit Personenschaden mit zunehmendem Alter abnimmt (von 39 % auf 24 %), steigt er bei den Männern an (von 61 % auf 76 %). Ein Grund hierfür dürfte sein, dass in höheren Altersgruppen weniger Frauen als Männer einen Pkw führen.

Zur Beurteilung der Fahrqualität dienen Analysen zum Unfallhergang. Danach waren die an Unfällen beteiligten Pkw-Fahrerinnen etwas seltener schuld an den Unfällen als Pkw-Fahrer. 51 % der 163 000 im Jahr 2002 unfallbeteiligten Frauen waren Hauptverursacher eines Unfalls mit Personenschaden (84 000 Frauen), aber 55 % der insgesamt 294 000 unfallbeteiligten Männer (162 000 Männer). In allen Altersgruppen bis 55 Jahre wurden für Frauen günstigere Werte ermittelt als für Männer. Nur bei den Altersgruppen über 55 Jahre wurden für Männer geringere Werte festgestellt als für Frauen. Unfälle, die von Pkw-Fahrerinnen bewirkt wurden, waren zudem meist weniger folgenschwer als solche, die Pkw-Fahrer verursachten.

Auch als Fahrradfahrerin oder Fußgängerin waren Frauen seltener schuld an Verkehrsunfällen als Männer. 34 % der 28 200 an einem Unfall beteiligten

Fahrradfahrerinnen (9 700), aber 45 % der beteiligten Fahrradfahrer (20 900) sowie 27 % der beteiligten Fußgängerinnen (4 900), aber 36 % der beteiligten Fußgänger (7 500) galten 2002 als Verursacher eines Unfalls. Nur als Fahrerinnen eines Motorrads, Omnibusses oder Güterkraftfahrzeugs sind Frauen im Falle eines Unfalls häufiger schuld als Männer.

Bei der Analyse der Unfallursachen ergeben sich ebenfalls deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Zwar stellte bei beiden Geschlechtern die Unfallursache „nicht angepasste Geschwindigkeit“ das häufigste Fehlverhalten dar. Dieses wurde jedoch Pkw-Fahrerinnen mit 11 % seltener vorgeworfen als Pkw-Fahrern (15 %). Frauen fielen im Vergleich zu Männern seltener durch „Alkoholeinfluss“ (1 % zu 5 %) sowie durch „Fehler beim Überholen“ (2 % zu 3 %) auf. Sie begingen dagegen häufiger als die männlichen Pkw-Fahrer „Vorfahrts- bzw. Vorrangfehler“ (12 % zu 11 %).

Jede zweite Frau stirbt an einer Kreislauferkrankung

Im Jahr 2001 starben insgesamt 445 000 Frauen und 384 000 Männer. Ihre Todesursachen waren zumeist Krankheiten (96 %). Bei den Frauen lag mit 97 % der Anteil der aufgrund von Krankheiten Gestorbenen etwas höher als bei den Männern (94 %).

Für jeden Sterbefall wird in der Todesbescheinigung das so genannte Grundleiden der/des Gestorbenen erfasst. Dies ist diejenige Krankheit oder Verletzung, die den Ablauf der zum Tode führenden Ereignisse ausgelöst hat. Ist z. B. eine Frau an Lungenversagen gestorben, weil sie Lungenkrebs hatte, so wird Lungenkrebs als Todesursache statistisch erfasst und nicht das Versagen ihrer Lungen.

Sterbeziffern geben Aufschluss darüber, wie viele Personen einer bestimmten Altersgruppe bezogen auf die Einwohnerzahl derselben Altersgruppe ver-

storben sind. Sie sind insbesondere bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung der Sterbefälle sinnvoll, da derzeit die Frauen in den höheren Altersgruppen überwiegen, in denen naturgemäß die meisten Sterbefälle auftreten.

Frauen und Männer starben 2001 überwiegend an Krankheiten des Kreislaufsystems. Mit 59 % lag der Anteil dieser Todesursache an den Todesursachen insgesamt bei den Frauen um 18 Prozentpunkte höher als bei den Männern (41 %). Für Kreislauferkrankungen lag die Sterbeziffer je 100 000 Einwohner für Frauen bei 550, für Männer nur bei 399. Nahezu jede sechste Kreislauftote starb an einem Herzinfarkt, bei den männlichen Kreislauftoten war es jeder vierte. Der Anteil der durch eine Kreislauferkrankung Gestorbenen ist bei den Frauen höher als bei den Männern, da aufgrund der höheren Lebenserwartung bei Frauen das Kreislaufsystem altersbedingt häufiger versagt als bei Männern.

Eine weitere häufige Todesursache für Frauen waren mit 22 % die bösartigen Neubildungen (Krebserkrankungen). Diejenige Krebsart, die bei Frauen am häufigsten zum Tode führte, war Brustkrebs. 18 % von allen an Krebserkrankungen gestorbenen Frauen erlagen diesem Krebsleiden (17 500 Gestorbene). Von den an Krebs gestorbenen Frauen sind darüber hinaus 10 % an Krebs der Atmungsorgane gestorben. Krebserkrankungen führten bei 28 % der Männer zum Tode. Bei ihnen waren Krebserkrankungen der Lunge und Bronchien die häufigste Krebsart (28 500 Gestorbene).

Krankheiten des Atmungssystems waren bei mehr als 5 % der Frauen und Krankheiten des Verdauungssystems bei knapp 5 % der Frauen die Ursache für ihr Ableben. Abbildung 6.3 veranschaulicht die häufigsten Todesursachen für Frauen und Männer im Jahr 2001.

Auf nicht-natürliche Weise, d. h. durch Verletzungen, Vergiftung oder Suizid, starben 12 700 Frauen und 21 500 Männer im Jahr 2001. Der Anteil der an nicht-

natürlichen Todesursachen Gestorbenen liegt mit 3 % bei den Frauen deutlich niedriger als bei den Männern (6 %).

Von den im Jahr 2001 auf nicht-natürliche Weise Gestorbenen waren 7 200 Menschen Opfer eines Kraftfahrzeugunfalls, knapp 28 % von ihnen waren Frauen (2 000 Frauen). Mehr als die Hälfte (57 %) der 7 100 durch einen Sturz verunglückten Menschen waren Frauen (4 000 Frauen). Durch Suizid schieden im Jahr 2001 insgesamt 11 200 Menschen aus dem Leben, von ihnen waren 3 000 Frauen.

Im Jahr 2001 starben 27 Mütter an Komplikationen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft, bei einer Entbindung und während der 6 bis 8 Wochen danach (Wochenbett). Das waren fast 4 Mütter je 100 000 Lebendgeborene. Die Müttersterblichkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken, 1960 starben je 100 000 Lebendgeborene noch 106 Mütter (insgesamt 1 030 Mütter). Zum einen verbesserte sich im gleichen Zeitraum die medizinische und hygienische Versorgung. Außerdem ging die Anzahl der Geburten seit 1960 um fast die Hälfte zurück, sodass der Einzelnen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden konnte: Im Jahr 1960 gab es noch 1,3 Mill. Geburten, während im Jahr 2001 nur noch 734 000 Geburten zu verzeichnen waren.

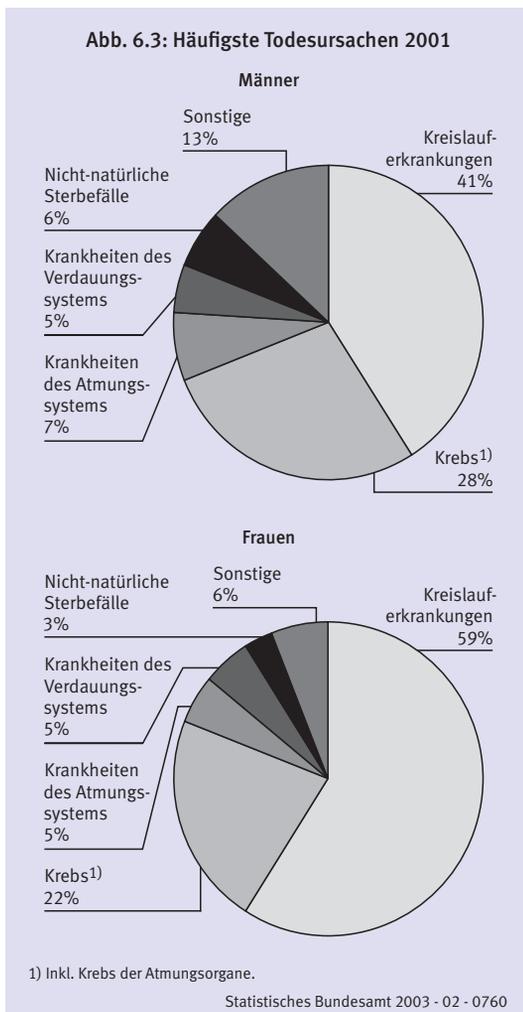
Auch die Säuglingssterblichkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 2001 starben fast 430 Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene im ersten Lebensjahr, 1960 waren es dagegen noch 3 500 Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene gewesen.

12 % aller AIDS-Kranken sind Frauen

An der seit Anfang der 1980er-Jahre erstmals aufgetretenen Immunschwächekrankheit AIDS sind zwischen 1982 bis 2000 mehr als 20 000 Personen in Deutschland erkrankt, von ihnen sind 12 % Frauen (2 483). In Deutschland sind über 2 100 Frauen und fast 13 900 Männer seit 1982 an AIDS gestorben.

Die Zahl der HIV-Infizierten wird von 1993 bis 2000 auf 3 600 Frauen und 12 000 Männer geschätzt. Die Zahl der Menschen, die sich jedes Jahr mit dem HI-Virus infizieren (Anzahl der HIV-positiv gemeldeten Laborfälle), ist von 1993 bis 2000 von 2 400 Fällen auf 1 700 Fälle gesunken. Dabei nahm die Zahl der infizierten Frauen von 453 auf 435 ab. Fast alle AIDS-Fälle wurden aus dem früheren Bundesgebiet gemeldet (99 %).

Abb. 6.3: Häufigste Todesursachen 2001



7 Frauen im öffentlichen Leben

Frauen und Männer nehmen in vielfältiger Weise am öffentlichen Leben teil und gestalten so Politik, Wirtschaft und Kultur in Deutschland mit. Sei es, dass sie durch politische Beteiligung die Ausgestaltung demokratischer Strukturen beeinflussen, im Rahmen einer Mitgliedschaft in Gewerkschaften ihre Interessen wahrnehmen oder sich aktiv in Sport- oder kulturellen Vereinen und Verbänden beteiligen – das gesellschaftliche Leben in Deutschland bietet eine Vielzahl von Mitwirkungsmöglichkeiten und wird wiederum durch das Engagement jedes Einzelnen geprägt.

Vier von fünf Frauen beteiligten sich an der Bundestagswahl 2002

Die Ausübung des Wahlrechts spielt für das Funktionieren unserer parlamentarischen Demokratie eine bedeutende Rolle. 79 % der wahlberechtigten Frauen beteiligten sich als Urnen- oder Briefwählerinnen an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag im September 2002. Die Wahlbeteiligung der Männer lag mit 80 % nur unwesentlich höher.

In der Tendenz zeigt die Statistik fast durchgängig, je älter die Bevölkerungsgruppe ist, desto mehr Interesse besteht für die Wahlen, wobei zwischen Frauen und Männern in fast allen Altersgruppen nur geringfügige Unterschiede in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen waren (siehe Abbildung 7.1).

Die älteren Bürgerinnen und Bürger stellen aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands ein bedeutendes Wählerpotential dar. So gehören von den rund 61,4 Mill. Wahlberechtigten 32 % der Gruppe der ab 60-Jährigen an. Sie sind seit Jahren die tragenden Säulen der Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe lag mit 82 % um 2,6 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung aller Altersgruppen.

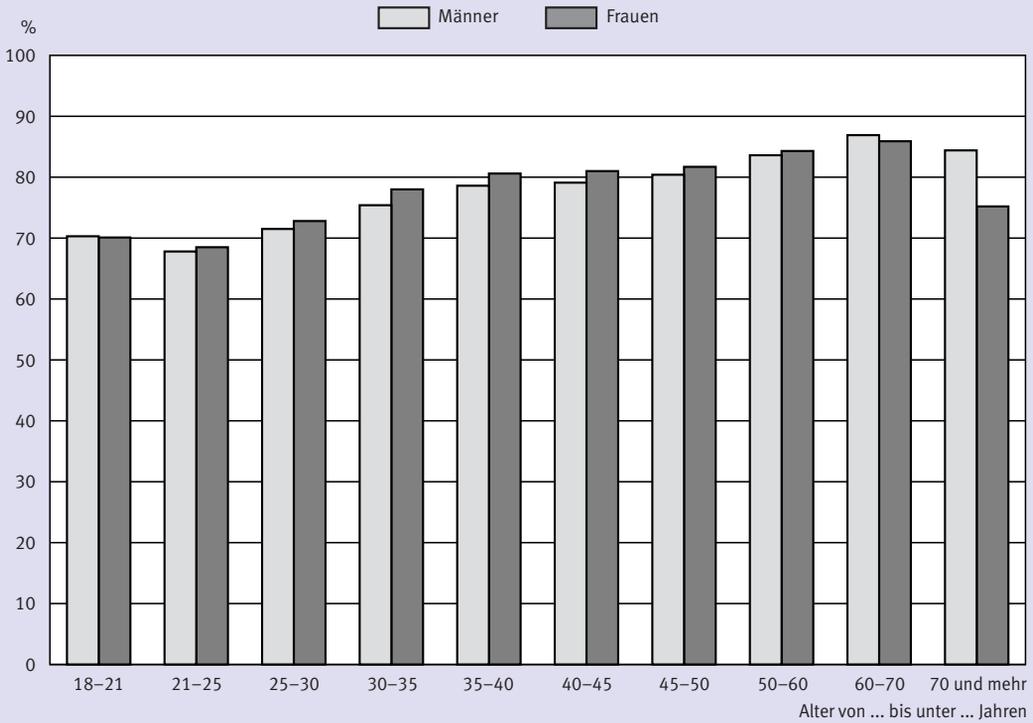
Insgesamt zeigten die 60- bis 69-Jährigen die höchste Wahlbeteiligung: 86 % der Frauen und 87 % der Männer dieser Altersgruppe beteiligten sich an der Bundestagswahl im September 2002. Die Gruppe der 70-Jährigen und Älteren zeigte dagegen eine geringere Wahlbeteiligung gegenüber den 60- bis 69-Jährigen: Die Wahlbeteiligung war bei den Frauen deutlich niedriger, bei den Männern jedoch nur leicht. Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung der Frauen in der Altersgruppe der ab 70-Jährigen (75 %) dürfte mit der Tatsache zusammenhängen, dass sich in der betreffenden Altersgruppe deutlich mehr ältere Frauen befinden, denen eine Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter immer schwerer fallen dürfte: In dieser Altersgruppe stehen 6,3 Mill. Frauen mit einem Durchschnittsalter von 79 Jahren 3,5 Mill. Männern (Durchschnittsalter 77 Jahre) gegenüber.

In der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen lag die Wahlbeteiligung am niedrigsten: nur 69 % der Frauen und 68 % der Männer beteiligten sich an der Bundestagswahl 2002 (dabei lag die Wahlbeteiligung der Frauen dieser Altersgruppe in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit knapp 62 % noch niedriger). Die Wahlbeteiligung weiblicher und männlicher Jungwähler lag

Tab. 7.1: Stimmabgabe von Frauen und Männern bei der Bundestagswahl 2002

Partei	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	%		
Männer			
SPD	36,7	36,6	37,0
CDU/CSU	39,2	41,4	29,4
Grüne	8,2	9,0	4,6
PDS	4,3	1,4	17,3
FDP	8,1	8,4	6,8
Sonstige	3,5	3,1	5,0
Frauen			
SPD	40,2	39,7	42,3
CDU/CSU	37,8	40,2	27,2
Grüne	8,9	9,8	4,9
PDS	3,7	0,9	16,6
FDP	6,7	6,8	6,0
Sonstige	2,7	2,6	3,1

Abb. 7.1: Wahlbeteiligung¹⁾ bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 2002



1) Anteil der Urnen- und Briefwähler/-innen an den Wahlberechtigten.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0761

mit 68 % deutlich unter der bundesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von knapp 80 %.

SPD vorn bei ostdeutschen Wählerinnen

Während bei den Frauen die SPD mit rund 40 % um 2,4 Prozentpunkte vor der CDU/CSU lag, lagen bei den Männern die Unionsparteien mit fast 40 % um 2,5 Prozentpunkte vor der SPD (siehe Tabelle 7.1). Die SPD erzielte ihr bestes Ergebnis mit knapp 41 % bei den jüngsten Wählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren. Für das beste Ergebnis für die Unionsparteien (46 %) sorgten die über 60-jährigen Männer.

Betrachtet man die Angaben für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-

Ost getrennt, zeigt sich ein unterschiedliches Wahlverhalten. Während im früheren Bundesgebiet die Unionsparteien bei beiden Geschlechtern vorn lagen (Frauen 0,5 Prozentpunkte vor der SPD, Männer dagegen knapp 5 Prozentpunkte), war die Unterstützung der SPD in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei beiden Geschlechtern besonders hoch (Frauen wählten die SPD mit 15 Prozentpunkten vor der CDU/CSU, Männer mit knapp 8 Prozentpunkten).

Ein Drittel der Bundestagsabgeordneten sind Frauen

Die politische Repräsentanz der Frauen entspricht trotz deutlicher Verbesserungen in den vergangenen 20 Jahren noch immer bei weitem nicht ihrem

Anteil an der wählbaren Bevölkerung. In den seit 1949 gewählten Bundestagen waren bis 1983 zunächst weniger als 10 % der Abgeordneten weiblich. Ein Frauenanteil von mehr als 15 % der Abgeordneten wurde erstmals bei dem im Januar 1987 gewählten 11. Deutschen Bundestag erreicht. Seitdem stieg der Anteil der Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag kontinuierlich an. Seit der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag im September 2002 sind die Frauen mit einem Anteil von mehr als 32 % vertreten (siehe Tabelle 7.2).

Tab. 7.2: Frauenanteil im Deutschen Bundestag ¹⁾

Jahr	Abgeordnete im Deutschen Bundestag	Frauen
	Anzahl	%
1949	410	7,1
1953	509	8,8
1957	519	9,2
1961	521	8,3
1965	518	6,9
1969	518	6,6
1972	518	5,8
1976	518	7,3
1980	519	8,5
1983	520	9,8
1987	519	15,4
1990	662	20,5
1994	672	26,3
1998	669	30,8
2002	603	32,2

¹⁾ Jeweils nach dem Stand bei der Wahl; einschl. der bis 1987 durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählten Abgeordneten.

Deutschland steht mit diesem Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten an fünfter Stelle. Am höchsten ist der Frauenanteil zurzeit im schwedischen (44 %) und im dänischen Parlament (38 %). Auch in der finnischen (37 %) und der niederländischen Volksvertretung (35 %) ist der Frauenanteil höher als im 15. Deutschen Bundestag. Am niedrigsten unter den EU-Staaten ist der Frauenanteil gegenwärtig mit 9 % im griechischen und mit 10 % im französischen Parlament.

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten ist bei den im Bundestag vertretenen Parteien unterschiedlich hoch. 38 % der SPD-Abgeordneten sind Frauen und

bei den GRÜNEN stellen sie mit über 58 % sogar die Mehrheit. Damit liegt bei den beiden Regierungsparteien SPD und GRÜNE der Frauenanteil deutlich höher als bei den Oppositionsparteien. Hier liegt der Frauenanteil bei 22 % in der CDU/CSU und bei 21 % in der FDP. Die beiden von der PDS gestellten Abgeordneten sind Frauen.

Der Frauenanteil der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament liegt höher als der Frauenanteil im Deutschen Bundestag; er beträgt derzeit über 37 %.

Frauen sind in den Landtagen Bremens, Schleswig-Holsteins und des Saarlands am stärksten vertreten

In den Länderparlamenten waren Ende September 2003 durchschnittlich 31 % der Landtagsabgeordneten weiblich. Damit lag der Frauenanteil in allen Länderparlamenten Deutschlands zusammen fast genauso hoch wie im 15. Deutschen Bundestag. In der Bürgerschaft Bremens sowie in den Landtagen Schleswig-Holsteins und des Saarlands waren Frauen – gemessen am Bundesdurchschnitt – am stärksten vertreten. So waren zwei von fünf Abgeordneten in der Bürgerschaft Bremens Frauen (41 %). Im Landtag von Schleswig-Holstein (38 %) und im saarländischen Landtag (rund 37 %) stellten sie mehr als ein Drittel der Abgeordneten. Dagegen waren weibliche Abgeordnete in den Landtagen Baden-Württembergs mit gut einem Fünftel (22 %) und Bayerns mit gut einem Viertel der Abgeordneten (27 %) deutlich in der Minderheit.

Der Anteil der Frauen an den Abgeordneten der einzelnen Parteien bzw. politischen Vereinigungen, die in den deutschen Landtagen vertreten sind, weist große Unterschiede auf. Die Spannweite reicht von knapp 6 % bei der CDU in Berlin bis 60 % bei den GRÜNEN in Bayern und Schleswig-Holstein.

Jede fünfte abhängig Erwerbstätige ist gewerkschaftlich organisiert

20 % der abhängig erwerbstätigen Frauen waren Ende 2002 Mitglied einer Gewerkschaft. Bei den Männern waren es 36 %.

In Deutschland gibt es im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern nur wenige, aber dafür mitgliedsstarke Gewerkschaftsorganisationen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als größter Dachverband zahlreicher Einzelgewerkschaften zählte Ende 2002 rund 7,7 Mill. Mitglieder. Ein knappes Drittel (32 %) von ihnen waren Frauen.

Die DGB-Gewerkschaften sind nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut, d. h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweigs unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. So ist der DGB der Dachverband von acht Einzelgewerkschaften (siehe Tabelle 7.3). Frauen sind in diesen Einzelgewerkschaften unterschiedlich stark vertreten. Dies liegt daran, dass der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen unterschiedlich stark ist. In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lag der Frauenanteil Ende 2002 mit 68 % und in der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) mit fast 50 % sehr hoch. Ver.di ist mit gut 2,7 Mill. Mitgliedern Ende 2002 zugleich die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft des DGB. Sie entstand im Juli 2001 durch den Zusammenschluss von vier Einzelgewerkschaften

(Deutsche Postgewerkschaft; Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; IG Medien sowie die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr) und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG). Am schwächsten vertreten waren Frauen mit knapp 14 % in der IG Bauen, Agrar, Umwelt und mit fast 18 % in der Gewerkschaft der Polizei.

Weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen neben den Gewerkschaften des DGB sind der Deutsche Beamtenbund (DBB) und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB). 30 % der 1,2 Mill. Mitglieder des DBB waren im Jahr 2002 Frauen. Im CGB waren 27 % der 307 000 Mitglieder Frauen.

In Sportvereinen bevorzugen Frauen Reiten und Turnen

39 % der 23,6 Mill. Mitglieder der im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen Spitzenverbände waren im Jahr 2002 Mädchen und Frauen (9,3 Mill.). Gegenüber 1992 hat die Zahl der weiblichen Mitglieder im Deutschen Sportbund um 2 Prozentpunkte zugenommen.

Die Beteiligung von Frauen in Sportvereinen des Deutschen Sportbundes ist von den jeweiligen Sportarten abhängig. Dies hat teils traditionelle Gründe bzw. ist durch spezielle körperliche Anforderungen bedingt. In fünf Sportarten erreichte der Anteil der Frauen an den Vereinsmitgliedern im Jahr 2002 mehr

als fünfzig Prozent: im Reiten und Turnen mit jeweils 70 %, im Tanzsport mit 65 %, im Volleyball und Schwimmen mit jeweils 52 % (siehe Tabelle 7.4). Der Deutsche Turnerbund stellte mit rund 5,0 Mill. Mitgliedern im Jahr 2002 den zweitstärksten Verband hinter den Fußball-

Tab. 7.3: Anteil der Frauen in den DGB-Gewerkschaften am 31.12.2002

Gewerkschaften	Mitglieder	Frauen
	1 000	%
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	265	68,0
Ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft) . . .	2 740	49,5
Gewerkschaft Nahrungs-, Genuss-, Gaststätten . . .	245	39,9
TRANSNET	297	20,5
IG Bergbau, Chemie, Energie	834	19,2
IG Metall	2 644	18,7
Gewerkschaft der Polizei	185	17,6
IG Bauen, Agrar, Umwelt	490	13,5
DGB insgesamt	7 700	31,8

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Frauen im öffentlichen Leben

lern. Bei den weiblichen Mitgliedern (rund 3,5 Mill.) lag das Turnen vor Fußball (846 000) und Tennis (780 000) weit an der Spitze.

Das Interesse von Frauen am Fußballsport hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2002 hatte der Deutsche Fußball-Bund 312 000 mehr aktive und passive weibliche Mitglieder als zehn Jahr zuvor (1992: 534 000 Frauen). Ihr Anteil stieg im gleichen Zeitraum um 3,5 Prozentpunkte. Im Jahr 2002 waren damit knapp 14 % der 6,3 Mill. Mitglieder des Deutschen Fußball-Bundes, welcher innerhalb des Deutschen Sportbundes der mitgliedstärkste Verein ist, Frauen. Dass Frauen mittlerweile erfolgreich Fußball spielen, zeigt das Ergebnis der Fußballweltmeisterschaft 2003. Die deutschen Fußballerinnen haben mit einem 2:1 Sieg gegen die

schwedischen Fußball-Frauen diese Weltmeisterschaft gewonnen.

Unter den Sportfischern (4 %), im Luftfahrtverband (6 %) und unter den Schachspielern (6 %) war der Anteil der Frauen von allen im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen Vereinen am niedrigsten.

Zwei von fünf aktiven Mitgliedern im Deutschen Sängerbund sind Frauen

41 % der 579 000 in Männer- und Frauenchören sowie in gemischten Chören Singenden waren im Jahr 2002 Frauen (238 000). Damit hat sich der Anteil der Frauen unter den aktiven Mitgliedern im Deutschen Sängerbund seit 1992 um 5 Prozentpunkte erhöht, verringerte sich die Gesamtzahl der singenden Mitglieder im gleichen Zeitraum um rund

36 000 Personen. Nicht inbegriffen sind hier die Kinder- und Jugendchöre, deren Mitgliederzahlen wachsen.

Der Deutsche Sängerbund hatte im Jahr 2002 mehr als 1,7 Mill. aktive und nichtaktive Mitglieder, die in 22 000 Chören zusammengeschlossen waren. Nur jeder zehnte dieser Chöre war ein reiner Frauenchor (10 %), während es im gleichen Jahr über 8 500 Männerchöre, das waren 39 % aller Chöre, gab. Gemischte Chöre hatten mit 35 % einen etwas geringeren Anteil, während Kinder- und Jugendchöre knapp 16 % ausmachten.

Tab. 7.4: Aktive und passive Mitglieder in den 25 mitgliedstärksten Verbänden des Deutschen Sportbundes 2002

Spitzenverband	Insgesamt	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	%
Reiten	759 088	534 103	70,4
Turnen	5 025 672	3 528 103	70,2
Tanzsport	268 425	175 133	65,2
Volleyball	516 722	270 095	52,3
Schwimmen	644 185	333 505	51,8
Leichtathletik	862 291	418 943	48,6
Behindertensport	334 277	160 971	48,2
Lebensrettungsgesellschaft . .	567 331	257 033	45,3
Ski	696 695	306 190	43,9
Badminton	226 590	93 625	41,3
Tennis	1 918 752	779 797	40,6
Golf	399 016	159 257	39,9
Handball	831 903	311 086	37,4
Kanu	113 124	39 132	34,6
Karate	106 833	35 477	33,2
Judo	276 064	86 133	31,2
Kegeln	253 097	77 885	30,8
Basketball	195 369	52 501	26,9
RadSPORT	156 898	42 216	26,9
Schützen	1 565 233	387 351	24,7
Segeln	190 887	46 196	24,2
EISSPORT	167 871	40 487	24,1
Tischtennis	688 034	159 989	23,3
Fußball	6 264 497	846 317	13,5
Schach	93 210	5 546	6,0
Sportfischer	668 847	24 700	3,7

Quelle: Deutscher Sportbund.

Kontaktmöglichkeiten

Auskünfte zu methodischen und fachlichen Fragen der einzelnen Kapitel erhalten Sie über die folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern.

1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Gesamtbevölkerung, Wanderungen, Altersstruktur	Hr. Voit	06 11 - 75 21 16	gruppe-vib@destatis.de
Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung, Geburten und Sterbefälle	Fr. Sommer	06 11 - 75 27 08	gruppe-vib@destatis.de

2 Bildung und Ausbildung

Generelles Bildungsniveau	Fr. Krüger-Hemmer	06 11 - 75 28 57	bildungsstatistik@destatis.de
Allgemeine Schulausbildung, Berufliche Bildung	Fr. Renz	06 11 - 75 41 41	schulstatistik@destatis.de berufsbildungsstatistik@destatis.de
Hochschulausbildung	Hr. Beck	0611 - 75 41 40	hochschulstatistik@destatis.de

3 Frauen im Erwerbsleben

Erwerbsbeteiligung	Hr. Breiholz	0 18 88 - 644 87 11	mikrozensus@destatis.de
Erwerbstätigkeit	Hr. Breiholz/ Hr. Dr. Duschek	0 18 88 - 644 87 11 0 18 88 - 644 87 20	mikrozensus@destatis.de
Arbeitslosigkeit	Fr. Thiele	06 11 - 75 48 68	erwerbstaetigkeit@destatis.de

4 Wie Frauen leben

Familienstand	Fr. Sommer	06 11 - 75 27 08	gruppe-vib@destatis.de
Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebens- gemeinschaften	Hr. Dr. Duschek	0 18 88 - 644 87 20	mikrozensus@destatis.de
Allein erziehende Mütter, Allein lebende Frauen	Hr. Voit	06 11 - 75 21 16	gruppe-vib@destatis.de
Mutterschaft, Kinderbetreuung	Fr. Sommer/ Hr. Dr. Duschek	06 11 - 75 27 08 0 18 88 - 644 87 20	gruppe-vib@destatis.de mikrozensus@destatis.de
Zeitverwendung	Fr. Dr. Kahle	0611 - 75 20 99	irene.kahle@destatis.de

5 Finanzielle Situation von Frauen

Lebensunterhalt	Fr. Israel-Königsfeld	0 18 88 - 644 86 98	mikrozensus@destatis.de
Löhne und Gehälter	Fr. Weiser	06 11 - 75 20 94	gruppe-vd@destatis.de
Sozialhilfe	Fr. Wolff	0 18 88 - 644 81 64	gruppe-viii@destatis.de
Arbeitslosengeld und -hilfe	Fr. Thiele	06 11 - 75 48 68	erwerbstaetigkeit@destatis.de
Krankenversicherung	Fr. Israel-Königsfeld	0 18 88 - 644 86 98	mikrozensus@destatis.de
Renten	Fr. Behr	0 18 88 - 644 81 39	sozialleistungen@destatis.de

6 Frauen und Gesundheit

Gesundheitszustand, Schwangerschaftsabbrüche Übergewicht, Rauchgewohnheiten,	Hr. Heilmann	0 18 88 - 644 81 45	schwangerschaftsabbrueche@destatis.de
Krankenhausaufenthalte, Entbindungen, AIDS	Hr. Graf	0 18 88 - 644 81 69	gesundheitsstatistiken@destatis.de
Schwerbehinderte	Fr. Marten	0 18 88 - 644 81 47	schwerbehinderte@destatis.de
Verkehrsunfälle	Hr. Kaiser	06 11 - 75 24 98	verkehrsunfaelle@destatis.de
Todesursachen	Hr. Schelhase	0 18 88 - 644 81 09	gesundheitsstatistiken@destatis.de

7 Frauen im öffentlichen Leben

Wahlbeteiligung, Gewählte Abgeordnete	Fr. Schömel	06 11 - 75 32 89	bundeswahlleiter@destatis.de
Frauen in Gewerkschaften	Fr. Nagel	06 11 - 75 33 84	jeannette.nagel@destatis.de
Frauen in Vereinen	Hr. Kleinegees	06 11 - 75 28 57	kulturstatistik@destatis.de